

6. März 1922

## BRUNO BORCHARDT · DAS RECHT AUF ARBEITS- VERWEIGERUNG UND DIE PFLICHT ZUR ARBEIT

**P**ERIODISCHE Arbeitseinstellungen bildeten das Kennzeichen der deutschen Innenwirtschaft in den 3 Jahren seit dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands und der innenpolitischen Umwälzung, die ihm folgte. Sie schienen der natürliche Ausdruck der immer weiter fortschreitenden Krise unseres Geldmarkts, und man war, mindestens in den ersten Jahren, geneigt zu übersehen, daß die fortschreitende Geldentwertung nicht nur ihre Ursache sondern ebenso ihre Folge war, daß es sich hier um eine Verflechtung handelte, die aus einer Entwertung eine neue, größere, dauernd entstehen ließ. Erst die Tatsache, daß diese Arbeitseinstellungen sich mit besonderer Wucht nicht so sehr gegen die privaten Unternehmer als vielmehr gegen die bereits sozialisierten (verstaatlichten und kommunalisierten) Betriebe richteten, veranlaßte zu einem Nachdenken über die besondere Bedeutung dieser Wirtschaftskämpfe für das Wirtschaftsleben. Die letzten Streiks der deutschen Eisenbahnbeamten und der Berliner städtischen Arbeiter und Angestellten, die die Wirtschaft Deutschlands und im besondern Berlins aufs schwerste trafen, haben nicht nur die sogenannte Öffentlichkeit sondern auch die Arbeiterklasse selbst dazu gebracht sich mit der Frage des Rechts auf Arbeitseinstellung überhaupt zu beschäftigen. Daß man, wenn auch nur bei den Beamten, das Streikrecht von dem Koalitionsrecht trennte, war der erste Ausdruck einer Besinnung und Selbstbesinnung, deren Vertiefung von weittragenden Folgen für das gesamte Arbeitsrecht sein dürfte.

Die Arbeitsniederlegung galt stets als die natürliche Waffe des Arbeiters im wirtschaftlichen Kampf. Sie war es auch zweifellos im kapitalistischen Zeitalter der ungezügelteren freien Konkurrenz. Der Menschen- und Friedensfreund, der Pazifist (wie man in Deutschland zu sagen pflegt), wird freilich den Streik als Kampfhandlung ebenso ablehnen wie den Krieg. Wie er aber trotz grundsätzlicher Negierung des Krieges unter bestimmten Umständen auch selbst zur Waffe greift, um seine Heimat und sein Volk zu schützen, so wird er auch im gegebenen Fall die Waffe des wirtschaftlichen Krieges benutzen, um sein Dasein zu erhalten oder für seine Klasse einzutreten. Die Arbeiter hatten gar keine andere Waffe als den Streik, um sich gegen die übermäßige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und der ihrer Frauen und Kinder

zu wehren. Ein solcher Streik bedeutete keineswegs eine Erschütterung des ganzen Betriebszweiges. Denn neben Betrieben, in denen die Löhne und die gesundheitlichen Verhältnisse besonders schlecht waren, gab es in den Blütezeiten des hochkommenden Kapitalismus auch solche mit erheblich besseren Arbeitsbedingungen, zuweilen selbst an dem gleichen Ort, so daß die Arbeitskämpfe ursprünglich nicht über den Bereich einer Fabrik, selten über den eines Ortes hinauszugehen brauchten. Die Arbeiter merkten aber bald, daß sie in solchen vereinzelt Kämpfen wenig ausrichten konnten, daß sie den Unternehmern in der Regel unterlegen waren, und sie kamen zum Zusammenschluß innerhalb des ganzen Berufs. Auch die Unternehmer schlossen sich zusammen, ja mit feinem Instinkt erkannten sie die Gemeinsamkeit ihres Interesses noch früher als die Arbeiter und versuchten mit Schwarzen Listen und Aussperrungen den Kampfesmut der Arbeiter und Arbeiterorganisationen zu brechen. Die Geschichte des Emporringens der Arbeiterklasse, durch die die europäische Menschheit recht eigentlich zu einer höhern Kultur geführt wurde, ist eine Geschichte voll unsäglichler Entbehrungen und heldenmütigen Leidens und Ausharrens, bis die Arbeiterklasse für ihre Organisationen die Anerkennung errang. Sobald die Arbeitskämpfe aus dem Stadium der Kämpfe in einzelnen Betrieben in das der Kämpfe in ganzen Betriebszweigen traten, mußten sie ein erhebliches öffentliches Interesse erregen. Bei dem komplizierten kapitalistischen Wirtschaftssystem, in dem jeder Beruf mit jedem andern auf mehr oder minder enge Weise zusammenhängt, wird eine sehr große Anzahl von Betriebszweigen in Mitleidenschaft gezogen, wenn in irgendeinem wichtigen Betriebszweig eine starke Erschütterung vor sich geht. Deshalb sehen wir auch schon früh, daß bei jeder größern Arbeitsniederlegung oder Aussperrung die Staatsgewalt sich ins Mittel legt und versucht einen Ausgleich zwischen den streitenden Teilen herbeizuführen. Ich erinnere nur an die Bemühungen des preußischen Handelsministers von Berlepsch zu Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts um die Beilegung des großen Bergarbeiterausstands und an die gleichen Bemühungen des englischen Premierministers Lloyd George aus jüngster Zeit.

Weit unmittelbarer noch als Unruhen selbst in den wichtigsten privaten Betrieben greifen Erschütterungen oder gar ein Stillstand in öffentlichen, in Betrieben des Staats oder der Gemeinde in unser Wirtschaftsleben ein. Je restloser der Verkehr, die Förderung von Kohle, die Erzeugung und Herbeischaffung von Gas, Wasser und Elektrizität aus privater Hand genommen und in öffentliche übergeführt worden sind, um so unerträglicher wird ein Stillstand solcher Betriebe. Daher sehen wir denn auch, daß der Staat nirgends derartiges geduldet hat oder duldet. Das war in allen Ländern der Fall. In Deutschland wurde bis zur Staatsumwälzung von 1918 jedes Recht der Beamten und Staatsarbeiter in einen Streik einzutreten von den Trägern der öffentlichen Gewalt rundweg bestritten, den Eisenbahnern wurde sogar verboten einem Verein oder Verband anzugehören, der nicht ausdrücklich das Recht zum Streiken für seine Mitglieder ablehnte. Der alte Staat führte dieses Verbot mit den sehr bedeutenden ihm zur Verfügung stehenden Mitteln durch. In den Kommunen galt es nicht als ganz ebenso selbstverständlich, daß die Arbeiter ein Streikrecht nicht hätten, aber Streiks kommunaler Arbeitergruppen gehörten doch zu den großen Seltenheiten und endeten fast stets mit schlimmen Niederlagen der Arbeiter, bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit und Entlassung aller derer, die sich nicht schnell genug

zur Arbeit meldeten. Man denke nur an den Streik der Charlottenburger Gasarbeiter um 1900. Im neuen Deutschland zeigten sich gerade die Arbeiter der öffentlichen Betriebe weit mehr von einer Streiklust, man kann fast schon sagen: von einem Streikfieber, erfaßt als Arbeiter privater Betriebe, weil sie bei den öffentlichen Gewalten auf weniger Widerstandskraft rechneten als bei privaten. Auch die Beamten fingen an die Arbeitsverweigerung als ihr Recht zu betrachten und in Streiks einzutreten. Hier begann nun der Widerstand der öffentlichen Gewalten auch im republikanischen Deutschland. Der sächsische Minister Lipinski, der zurzeit der einigen Sozialdemokratie zu ihrem "radikalen" Flügel gehörte und jetzt eines der rührigsten Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei ist, wandte sich im sächsischen Landtag am 4. Oktober 1921 mit den schärfsten Worten dagegen, daß Beamte ein Streikrecht haben könnten. Er betonte nachdrücklich den Unterschied in der Stellung des Beamten zu der des Arbeiters: Während der Arbeiter von der Konjunktur abhängt, habe der Beamte eine lebenslänglich gesicherte Stellung, aus der er nicht ohne weiteres entlassen werden könne; das Recht des Streiks könne ihm daher nicht eingeräumt werden. Auch der Reichspräsident, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, sah sich beim letzten Eisenbahnerstreik zu der Verordnung vom 1. Februar 1922 genötigt, deren erster Satz lautete: »Den Beamten der Reichsbahn ist ebenso wie allen übrigen Beamten nach dem geltenden Beamtenrecht die Einstellung oder Verweigerung der ihnen obliegenden Arbeit verboten.« Wenn in dieser Verordnung wie in den Ausführungen Lipinskis der Unterschied zwischen Beamten und Arbeiter so scharf hervorgehoben und nur dem erstgenannten das Recht zum Streiken bestritten wird, so muß man zugeben, daß dieser Unterschied in der rechtlichen Stellung der beiden Gruppen heute tatsächlich vorhanden ist. Aber wirtschaftlich ist dieser Unterschied nicht von entscheidender Bedeutung. Der Allgemeinheit kann es gleichgültig sein, ob der öffentliche Betrieb, von dem nun wieder die ganze Wirtschaft des Gemeinwesens abhängt, durch Beamte oder durch Arbeiter stillgelegt wird. Die Allgemeinheit wird einfach verlangen, daß ein solcher Betrieb überhaupt nicht unterbrochen wird. Daß dieses gerade auch ein sozialistisches Postulat ist, hat die bolschewistische Regierung Rußlands in schärfster Weise bekundet. Wenn der russische Bolschewismus in Wahrheit auch nichts weniger ist als Sozialismus oder gar Kommunismus, so prätendiert er doch dessen Verkörperung zu sein, und man muß ihm zugestehen, daß er sich in seinen Proklamationen der sozialistischen Grundsätze in überaus geschickter Weise bedient; dies ist ja auch der Grund, weshalb die Sozialisten aller Länder in dem russischen Bolschewismus immer noch eine sozialistische Regierungsform sehen. Die bolschewistische Regierung verbietet nun ganz konsequent das Streiken in Staatsbetrieben überhaupt, bestraft die Aufforderung dazu als "gegenrevolutionäre Umtriebe" in drakonischer Weise und läßt die Führer der Streikbewegung kurzweg erschießen. Wenn der wahrhafte Sozialist solche Maßnahmen als mit dem Menschheitsempfinden des Sozialismus unverträglich ablehnen wird, so wird er doch andererseits anerkennen, daß der Zweck, der damit verbunden ist: nämlich die Verweigerung der Arbeit am Gemeinwesen unmöglich zu machen, sich aus den Grundsätzen des Sozialismus selbst ergibt. Wer die Gemeinschaft und ihr Leben höher stellt als das noch so berechnete Interesse der einzelnen Personen und Gruppen, wird nicht dulden können, daß eine einzelne Kategorie es in ihrer Hand hat den gesamten wirt-

schaftlichen Organismus der Gesellschaft produktionsunfähig zu machen. Auf die Wichtigkeit des Betriebs für die Gesamtheit kommt es an, weit weniger auf die rechtliche Stellung der in solchem Betrieb Beschäftigten. Wie soll die Bevölkerung leben und arbeiten, wenn ihr Wasser, Gas, Elektrizität abgesperrt, wenn ihr die Verkehrsmittel genommen werden? Lebenswichtige Betriebe dürfen eben nicht gestört werden, und die in öffentlicher Hand, in der des Staates oder der Gemeinde befindlichen Betriebe sind lebenswichtig.

Nun weisen manche Befürworter eines Rechts zur Arbeitsverweigerung gerade in diesen Zentralbetrieben der Gesellschaft darauf hin, daß die deutsche Regierung ja beim Lüttwitzputsch selber ihre Beamten zum Streik aufgefordert hätte. Es ist erstaunlich, daß kluge und für die Gemeinschaft fühlende Menschen aus jener Tatsache ein "Streikrecht" der Beamten usw. herleiten wollen. Das ursprüngliche Gefühl dürfte solche Scheinargumentation nicht aufkommen lassen. Damals handelte es sich doch um etwas ganz anderes als um eine Arbeitsverweigerung zum Zweck der Erringung wirtschaftlicher Vorteile oder der Abwehr wirtschaftlicher Nachteile. Damals handelte der "Streikende" überhaupt nicht im Interesse seiner Person oder Gruppe. Er wurde im Interesse der Gemeinschaft aufgerufen, und er trat für sie ein, als er den Veranstaltern des Putsches den Gehorsam verweigerte, als alle vereint durch Stilllegung des wirtschaftlichen Mechanismus die Usurpatoren zum Rücktritt zwangen. Daß auch die damals vertriebene Regierung einem gewaltsamen Umsturz ihre Existenz verdankte, kann hier nicht als Gegengrund angeführt werden. Denn die republikanische Staatsform und ihre Träger waren von der Volksgesamtheit bestätigt worden. Die Abneigung gegen bestimmte Träger der öffentlichen Gewalt, mag sie noch so begründet sein, darf nie dahin führen, daß man die Wahrnehmung öffentlicher Interessen der Verfolgung von Gruppeninteressen gleichstellt. Das eine ist sicher, daß die Beamten und Arbeiter, die der Lüttwitzregierung die Fortführung ihrer Herrschaft unmöglich machten, indem sie ihre Arbeit einstellten, im Auftrag des gesamten Volks oder seiner überwiegenden Mehrheit zu handeln glaubten. Überhaupt ist das Recht auf Revolution etwas grundsätzlich anderes als das Recht zur Wahrnehmung des Eigeninteresses. Gewiß ist auch diese berechtigt, ja notwendig, und gewiß schafft die Klassensolidarität neue Normen. Aber eben darum, weil sie auch ein Gemeinschaftsgebot ist, weil der Klassenkampf auf die klassenlose Gesellschaft abzielt. Wer sich unter Nichtachtung oder sogar Entäußerung materieller Vorteile für sich oder für seine engere Gruppe selbstlos in den Dienst der Gemeinschaft stellt, wie es jene Arbeitsverweigerer zur Zeit des Lüttwitzputsches mindestens ihrer Absicht nach getan haben, kann nicht dem gleichgestellt werden, der nur sich selbst oder seiner Gruppe nützen will. Wer dieses tut, hat sich vielmehr zu fragen, ob er nicht in seinem, an sich sehr berechtigten Wunsch ein übergeordnetes Gebot verletzt; ob er nicht verpflichtet ist sein Interesse zurückzustellen, wenn es das Gesamtinteresse verletzt. Mit Recht haben daher in den Monaten nach dem Novemberzusammenbruch viele (und gerade auch solche, die jetzt für das Beamtenstreikrecht eintreten zu sollen glaubten) es beklagt, daß die Revolution in eine große Lohnbewegung auszuarten drohe. Sie hatten eben das richtige Gefühl, daß das grundverschiedene Dinge seien, so sehr sie auch im Leben selber mit einander zusammenhängen und in den äußeren Formen einander gleichen. Daher ist in der sozialistischen Bewegung die Idee des politischen Generalstreiks stets von der des wirtschaftlichen scharf getrennt

worden. Ein Generalstreik zur Erreichung wirtschaftlicher Zwecke kann, wirtschaftlich betrachtet, niemals Erfolg haben, weil die Schädigung der Gesamtwirtschaft durch ihn größer ist als der Nutzen, der für die einzelne Kategorie erzielt wird; da aber diese Kategorie nun wieder in die Gesamtwirtschaft verflochten ist, so wird ihr letzten Endes mehr genommen als sie augenblicklich zu erreichen glaubt. Die Vorkommnisse der letzten Jahre bieten, wenn man sich nicht durch Äußerlichkeiten blenden läßt, hierfür genügende Belege. Als im Jahr 1904 die italienischen Genossen einen Generalstreik veranstalteten, der in kurzer Zeit zusammenbrach, erörterte Genosse Filippo Turati in einem, auch heute noch sehr lehrreichen (und nur in wenigen Punkten zu ergänzenden oder zu korrigierenden) Artikel der Sozialistischen Monatshefte die Möglichkeit und die Grenzen der Wirksamkeit eines solchen allgemeinen Streiks.<sup>1</sup> Er kam zu dem Ergebnis: »Der Generalstreik zum Zweck der Eroberung der wirtschaftlichen Macht ist eine Absurdität.« (Er fügte aber hinzu: »Der Generalstreik als politische Demonstration, als Ausdruck eines Protestes, einer Warnung kann nicht schlechthin von der Hand gewiesen und verurteilt werden.«) Namentlich die wesentlichen Erfordernisse des öffentlichen Lebens, die Produktionszweige von unbedingter allgemeiner Notwendigkeit, wie Brot, Trinkwasser, Licht, Sanitätsdienst, Postverbindung usw., müssen von den Arbeitern, die sich in einem wirtschaftlichen Kampf befinden, unter allen Umständen respektiert werden. Die Aufhebung dieser Institutionen widerstreitet, wie damals Turati ausführte, den höheren Forderungen der Zivilisation und schadet dadurch den Streikenden selbst, mindestens vereitelt sie in weiterer Folge das von den streikenden Arbeitern Erstrebte; denn sie bringt fast die ganze Bevölkerung, die Mehrzahl der Arbeiter selbst nicht ausgeschlossen, gegen den Streik auf und stärkt alle reaktionären Strömungen.

Es ist anzuerkennen, daß die Arbeiterbevölkerung Berlins lange Zeit geglaubt hat die Sache der städtischen Arbeiter sei unter allen Umständen auch die ihrige, müsse daher von ihr auch unterstützt werden, selbst wenn sie dafür Opfer in ihrem Leben bringen müßte. Aber gerade der letzte Berliner Kommunalstreik mit seiner brutalen Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der gesamten Bevölkerung durch die Absperrung des Wassers hat die Arbeiter zum Nachdenken veranlaßt und ihnen klagemacht, daß die städtischen Betriebe zum Wohl der Gesamtheit funktionieren müssen, und daß sie nicht der Willkür der in ihnen tätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten überlassen bleiben dürfen. Freilich darf diese Einsicht nun nicht zur Ungerechtigkeit gegenüber den von der Gemeinde Beschäftigten führen. Es muß anerkannt werden, daß auch die städtischen Arbeiter und Angestellten sich in Not befinden und allen Anlaß haben um die Verbesserung ihrer Lebenslage zu kämpfen und jeden Versuch einer Verschlechterung abzuwehren. Aber man dient ihrer Sache schlecht, wenn man aus diesem Grund für ihr "Streikrecht" eintritt oder sie sogar noch zum Streik ermuntert. Man bekommt dadurch vielleicht vorübergehende Popularität in manchen Kreisen, aber man bekundet kein wahres Mitleid mit den wirklich von der Not Betroffenen. Ein wirkliches Mitempfinden erfordert es vielmehr, daß man jenen Notleidenden ihre Lage, die Ursachen ihrer Not rückhaltlos klarmacht; erst aus solcher Erkenntnis ergeben sich die Mittel zur Linderung oder Beseitigung der Not.

<sup>1</sup>) Siehe Turati Lehren und Folgen des Generalstreiks in Italien, in den Sozialistischen Monatsheften, 1904 II, Seite 865 ff.

Daher muß auch den städtischen und staatlichen Angestellten, unbekümmert, ob man dadurch Beliebtheit erlangt oder nicht, gesagt werden: Die Notlage aller einzelnen Arbeiter- und Angestelltenkategorien kann nicht beseitigt werden, indem jede Kategorie durch Arbeitsverweigerung sich Vorteile verschafft und dadurch, ohne und gegen ihre Absicht, nun wieder die anderen Kategorien schädigt. Es ist ja gar kein Kampf gegen das Unternehmertum, der durch solche Streiks geführt wird. Nicht das Unternehmertum wird geschädigt, wenn es den Streikenden ihre Forderungen "bewilligt", denn es hat durch die Beherrschung des Innenmarkts infolge der Knappheit der Produkte die Macht alles wieder durch andere Preisfestsetzung herauszuholen; dadurch aber wird nun wiederum das Geld entwertet, und jene "Errungenschaften" beseitigen sich selbst. In Wahrheit schädigen die Arbeiter nur sich selbst; solche Streiks sind letzten Endes immer ein Kampf einer Kategorie gegen alle anderen. Nicht durch das Hin- und Herschieben des Arbeitsprodukts kann den Arbeitern geholfen werden sondern nur durch die Vermehrung der Produkte überhaupt, durch die Hebung der Gesamtwirtschaft. Es ist immer noch dem größten Teil des deutschen Volkes nicht klar geworden, in welche Verarmung wir durch den Krieg und durch seinen unglücklichen Ausgang, der auf dem Weg von dem unheilvollen Frieden von Brest Litowsk bis zu seiner natürlichen Folge, dem Vertrag von Versailles, erreicht wurde, auf allen Gebieten gekommen sind, daß wir enormer, unsere Kraft bis ins letzte anspannender Arbeit bedürfen, um hochzukommen, um den Niederbruch unserer Wirtschaft auszugleichen, um die äußere und viel mehr noch die innere Wiedergutmachung zu leisten. Nicht die Veränderung der Distribution, nur die Vermehrung der Produktion kann uns helfen. Dazu ist notwendig, was immer wieder gesagt werden muß: Arbeit, Arbeit und immer wieder Arbeit. Auch die Rationalisierung der Betriebe kann nicht als Ersatz der Mehrarbeit sondern nur *im Verein* mit ihr, und gerade *durch* sie, vorgenommen werden. Soll den in den staatlichen und städtischen Betrieben Beschäftigten wirklich geholfen werden, so muß man laut und deutlich heraus sagen, daß das nur geschehen kann, wenn *ihre Anzahl verringert* wird, und wenn die dann Übrigbleibenden *mehr arbeiten* als bisher. Es muß systematisch mit Einschränkungen des Personals vorgegangen werden. Das darf man diesem Personal nicht verschweigen, man darf diese Einschränkung nicht auf Umwegen zu erreichen suchen; dadurch ruft man gerade eine Erbitterung hervor, weil eine allgemeine Unsicherheit erzeugt wird, und niemand weiß, woran er ist. Es muß vielmehr ganz offen von jenen Angestellten verlangt werden, daß sie selber ihre Anzahl verringern und dann ein erheblich höheres Maß an Arbeit übernehmen. Den Entlassenen muß dann anderweitig Arbeit beschafft werden, wobei Ansprüche auf Beschäftigung in einem bestimmten Beruf natürlich nicht gestellt werden dürfen, die Betroffenen sich vielmehr dorthin begeben müssen, wo sie gebraucht werden: in die Landwirtschaft, in die Kohlengruben, in das Baugewerbe, kurz in die Urproduktion, deren Förderung dann wieder die gesamte übrige Produktion neu belebt. Aber *alle*, die in den Staats- und Kommunalbetrieben Verbleibenden wie die nunmehr Umgeschichteten, müssen *mehr*, bedeutend mehr arbeiten als bisher.<sup>2</sup> Dann, und nur dann, können ihre Reallöhne vergrößert werden. Ohne Mehrarbeit bedeutet jede "Aufbesserung" der jetzt ohne Zweifel vollkommen un-

2) Siehe Lindemann Die Mitwirkung der Arbeiterklasse beim wirtschaftlichen Wiederaufbau, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 1 ff.

zureichenden Löhne und Gehälter nur ein stärkeres Anziehen der Notepresse. Und so viel Ökonomie hat heute auch der Arbeiter, daß er weiß: Nicht auf höhern Geldlohn muß gesehen werden sondern auf höhere Kaufkraft des Lohnes. Bei gleichbleibendem Gesamtprodukt der Wirtschaft gibt es kein Entrinnen aus dem Zirkel der sich gegenseitig bedingenden Lohnsteigerung und Lohnentwertung. Wer also wirklich für die Staats- und Kommunalangestellten eintreten will, der hat ihnen zu sagen, daß zwar ihr *Lohn* zu *klein*, ihre *Anzahl* aber zu *groß* ist, und daß eine Vergrößerung ihres Lohns nur bei einer Verkleinerung ihrer Anzahl stattfinden kann, dann freilich auch automatisch stattfinden wird.

Und so muß das Recht auf Arbeitsverweigerung ergänzt und zu einem Teil abgelöst werden durch die Pflicht zur Arbeit. Wie schon Millerand (dessen Weitsicht als Sozialpolitiker vielleicht jetzt erst rückschauend ganz gewürdigt werden kann, wenn man seine zu Beginn dieses Jahrhunderts verfaßten Schriften und seine Gesetzentwürfe betrachtet, die im Grunde noch heute das Muster abgeben könnten, da ihr Ziel noch heute nicht erreicht ist) vor 2 Jahrzehnten den Gedanken ausgesprochen hat, daß der Klassenkampf durch die Klassensolidarität ergänzt werden müsse. Die Wirksamkeit des einen wird durch das andere nicht geschwächt sondern gesteigert, weil eben das Schicksal jeder Klasse vor allem von dem der Gesamtheit abhängt.

Wie also sollen nun die Arbeitsbedingungen in öffentlichen Betrieben zustande kommen? Sollen sie einseitig von der Leitung festgesetzt, soll die Durchführung der Arbeit mit Gewaltmaßregeln nach bolschewistischem Muster erzwungen werden? Das widerspricht nicht nur dem mit Recht gesteigerten Selbstgefühl der Arbeiter, die nirgends als Hörige behandelt sein wollen. Das verhindert auch das Aufkommen des Gefühls der Selbstverantwortung der Arbeiter als Träger der Produktion. Es ist ganz klar, daß die Organisationen der betreffenden Arbeiterkategorien nach wie vor einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen werden ausüben müssen. Aber dies darf nicht mehr im Kampf gegen die Gesamtheit geschehen. Diesen Arbeitern steht ja nicht ein Unternehmer oder eine Unternehmergruppe gegenüber, sondern Arbeitgeber ist das gesamte Volk, zu dem sie selbst gehören. Der Einfluß auf das Arbeitsverhältnis, den sie ausüben wollen, wird vielmehr nur durch die Ausgestaltung des *Tarifvertragswesens*, durch die Erweiterung des *Tarifvertragsrechts* zu geschehen haben. Es ist aber ein Irrtum, wenn man glaubt, daß der Tarifvertrag eben ja nur durch den Streik erreicht und sichergestellt werden kann. In den öffentlichen Betrieben wird er es vielmehr am besten eben durch die Entwicklung des öffentlichen Rechts, auf dessen Gestaltung die Arbeiter als Wähler die größte Einwirkung haben oder wenigstens haben könnten, wenn sie ihrer eigenen Aufgabe Hauptträger der Produktion zu sein stets in bewußter Weise genügten. Und hier kommen wir noch auf einen weitem Gedanken, der dahin führt, daß der Arbeiter nicht nur durch seine unterschiedslose Stellung als Angehöriger des Volks, als Wähler einen Einfluß ausübt sondern durch seine Funktion im schaffenden Volksorganismus. Durch die Betriebsräte sollte ein Ausdruck dieser Tatsache geschaffen werden. Durch diese Einrichtung sollten die Arbeiter selbst die Produktion zu fördern und rationeller zu gestalten instand gesetzt werden. Aber die ganze Entstehungsgeschichte des Gesetzes, bei dessen Schaffung es dem Gesetzgeber nicht auf die Durchführung einer Idee an-

kam sondern nur darauf sich aus einer unbequem werdenden Situation herauszuwinden<sup>3</sup>, hat die Betriebsräte eigentlich von vornherein schon auf eine falsche Bahn gelenkt. Deshalb haben vielleicht nicht einmal die in den Berliner städtischen Betrieben Beschäftigten die Hauptschuld, wenn ihre Betriebsräte sich ihrer produktiven Aufgabe nicht gewachsen gezeigt haben. In der Tat haben diese nicht zur Gesundung der städtischen Wirtschaft beigetragen sondern, indem sie sich beinahe grundsätzlich jeder noch so notwendigen Verringerung der Arbeiterzahl widersetzen, sich als Hemmschuh der Produktion erwiesen. Es ist daher natürlich, wenn allmählich eine Stimmung um sich greift, die den Betriebsräten überhaupt abgünstig ist, wenn man ihre Befugnisse einzuschränken, sie womöglich ganz zu beseitigen sucht. Das Schlimme ist, daß, wie die Dinge heute liegen, eine Gegnerschaft gegen die Betriebsräte nicht deren produktionshemmende Wirkung trifft sondern gerade das Aufkommen der Produktionsidee in der Arbeiterklasse erschwert.

Nichts ist aber jetzt wichtiger, als daß der Arbeiter eine besondere seelische Einstellung zu seiner Arbeit gewinnt. Ihm diese zu verschaffen, das war der eigentliche Sinn des Rätegedankens.<sup>4</sup> Der Arbeiter darf sich nicht bloß als Ausgebeuteter fühlen, er muß vielmehr die Wichtigkeit seiner eigenen, noch so unscheinbar sich darstellenden Funktion im gesamten Produktionsverfahren erkennen, er muß so sich für die Gesamtproduktion verantwortlich fühlen. Das kann nur durch einen systematischen Aufbau der Produktion geschehen, wie er hier in den Sozialistischen Monatsheften verlangt worden ist: eine Forderung, der sich der 2. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands im April 1919 angeschlossen hat. Erst wenn dieser Gedanke zur lebendigen Tat wird, werden die kommunalen Betriebe vor allen weiteren Erschütterungen bewahrt bleiben. In jeder Gemeinde muß neben die Stadtverordnetenversammlung, ihr gleichberechtigt, eine *Kammer der Arbeit* treten. Neben die Vertretung, bei der die Bevölkerung nach der bloßen Zahl gewertet wird, gehört eine Vertretung, bei der die Bevölkerung auf Grund ihrer Arbeitstätigkeit erfaßt wird. Eine solche Einrichtung würde die Notwendigkeit der Produktionssteigerung und die für die rationelle Gestaltung der öffentlichen Betriebe notwendige Umschichtung der Bevölkerung den Arbeitern zum Bewußtsein bringen. In kurzem sollen die Beratungen über die neue Städteordnung in Preußen beginnen. Möge die Zeit nicht ungenutzt vergehen, um den Gedanken der Kammer der Arbeit in seinen Einzelheiten zu erörtern.

## MAX SCHIPPEL · SOZIALLÖHNE?

**W**ENN mehrere Arbeiter im gleichen Betrieb und Produktionszweig die gleiche Rangstellung einnehmen und die gleiche Leistung vollbringen, soll man ihnen verschiedene Löhne zubilligen, je nachdem sie nur für sich selber oder für eine Familie zu sorgen haben? Soll je nach der Kinderzahl eine nochmalige Lohnabstufung innerhalb der Verheirateten sich vollziehen?

Die Frage tauchte vor dem Krieg nur gelegentlich ganz nebenher auf. Man ging damals im großen und ganzen von der Tatsache und der Erwartung

3) Siehe *Kallert Die Rolle des Betriebsrätegesetzes beim Produktionsaufbau, in den Sozialistischen Monatsheften, 1919 II, Seite 1128 ff.*

4) Siehe dazu auch Koch *Betriebsrätebildung und Produktionsidee, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 II, Seite 873 ff.*



aus, daß zwar überall ein *Einheitslohn* sich für die gleiche Leistung durchsetze, daß dieser aber seinerseits genügend hoch sich stelle, um die zeitweilig gegebenen Ansprüche einer *Arbeiterdurchschnittsfamilie* zu befriedigen. Dem Ledigen und Kinderlosen mochte nach Deckung des durchschnittlichen Lebensbedarfs eines einzelnen Arbeiters ein Überschuß an Gegenwarts- oder Zukunftswerten verbleiben; der ungewöhnlich kinderreiche Familienvater hingegen mochte gewissen Einschränkungen nicht entgehen können, falls ihm nicht zusätzliches Einkommen aus Frauen- und Kinderarbeit zufließt. Überschüsse wie Fehlbeträge hielten sich jedoch innerhalb so enger Grenzen, daß selbst der verheiratete Einzelarbeiter die Einheitsnorm innerlich kaum ernstlich anfocht, und daß die Arbeiterorganisation ihre ganze gewerkschaftliche Taktik so gut wie unwidersprochen auf den einheitlichen Leistungslohn zuschneiden konnte. Auf der Unternehmenseite hätte man vollends eine Lohndifferenzierung nach dem familiären Bedarf des Arbeiters in den meisten Fällen für ganz undenkbar erklärt: der Wettbewerb beim Absatz des Erzeugnisses setze einheitliche Arbeitskostengrundlagen voraus und verbiete wesentliche Unterschiede in den Herstellungskosten, soweit für diese die Löhne maßgebend sind.

Seit dem Krieg gerieten diese theoretischen Grundauffassungen und praktischen Normen der Lohngestaltung offensichtlich arg ins Wanken. Wie Unterstützungsgelder und Rationsanweisungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ganz naturgemäß dem Familienstand sich anpaßten, so stufte man die mehr und mehr sich durchsetzenden Teuerungszulagen sehr bald in ähnlicher Weise ab. Das Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 schrieb ähnlich gerichtet in § 8 eine Nachprüfung vor: »ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn« nicht einfach dem Beschäftigten, sondern »etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht«. Weil für den zur Arbeit zu entlassenden heerespflichtigen Familienvater der fällige Regellohn oft weniger betragen würde als die militärische Löhnung nebst freier Verpflegung und Kleidung zusammen mit den bisher seiner Familie gewährten Unterstützungen, so sah man sich, um die Heranziehung aller nur irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte zur Industrie nicht zu beeinträchtigen, schon durch die Logik der gegebenen Tatsachen wiederum genötigt auf dem Weg der Kriegswohlfahrtspflege die Einkommensbezüge für die Verheirateten verhältnismäßig aufzuheben. Auf allen möglichen Gebieten und aus den verschiedensten Anlässen brach dann diese früher ganz ungekannte oder doch kaum merkbare Differenzierung zwischen Ledigen und Verheirateten mit unvorhergesehenem Nachdruck durch. Nach dem Besoldungsgesetz vom 30. April 1920 erhielten die Beamten »für jedes unterhaltsberechtigten Kind einen Kinderzuschlag« (§ 16), und man weiß, wie dieses Zugeständnis, obwohl seit Anbeginn keineswegs allseitig mit Zustimmung begrüßt, rasch sich auswuchs. In den Befreiungen von der vollfälligen Einkommensteuer kamen die Verheiratung und die Zahl der Kinder mit ganz anderer Entschiedenheit als jemals früher zum Ausdruck. Die Bergleute voran, drängte ein Lohnarbeitsberuf nach dem andern, obwohl abermals selten mit voller Einmütigkeit in seinen Reihen, bei Tarifverhandlungen jedesmal auf derartige "soziale" Teilerhöhungen hin und trieb, oft sehr gegen den ausgesprochenen Willen der Führer, von Stufe zu Stufe auf diesem Weg weiter vorwärts. (Beispielsweise fingen die Bergleute schon während des Krieges mit einer Zulage von 20 Pfennig für jede Schicht und jedes Kind an; seit Anfang 1920 stand diese

Zulage auf 1 Mark, seit Sommer 1920 auf 2 Mark, im Herbst 1921 auf 3 Mark im Ruhrrevier und Sachsen, auf 2,50 Mark in Oberschlesien, wozu aber unterdes noch ein Hausstandsgeld von 3 Mark im Ruhrrevier, von 4 Mark in Sachsen und 4,50 Mark in Oberschlesien getreten war.) Wenn schließlich sogar die Reichsverfassung in ihrem Artikel 119 eigens versicherte: »kinderreiche Familien« hätten »Anspruch auf ausgleichende Förderung«, so dachten die meisten Zustimmenden wohl bereits in erster Linie an die Fortspinnung des bald hier bald da aufgenommenen Soziallohngedankens.

Jedenfalls spiegelt sich in alledem eine gewisse innere Notwendigkeit und Zwangsläufigkeit wider und ebenso bis zu einem gewissen Grad eine offenbare Zeitgemäßheit. Denn an alte Überlieferungen war dabei, wie gesagt, nicht anzuknüpfen. Im Gegenteil, gerade die gewerkschaftliche Tradition lief der dargelegten Entwicklungsrichtung schnurstracks entgegen.



ES ist nun überaus lehrreich zu beobachten, auf welche Weise man sich zunächst "grundsätzlich" mit der überraschenden Neuerscheinung auf dem Lohngebiet auseinanderzusetzen suchte. Und es ist gut deutsch und entspricht unserer gewohnten deutschen Parteikampfweise, wie man sie auch auf wirtschaftlich-soziale Diskussionen überträgt: daß man dabei ohne weiteres dazu neigt verwickelte Entscheidungen und vorsichtig abwägende, eigentlich niemandem recht willkommene Zielsetzungen mit Vorliebe in einseitiger Übertreibung auf lachhaft einfache unversöhnliche Interessen- und Denkgegensätze und womöglich auf tiefdurchdachte schwärzeste Pläne zurückzuführen, obwohl es sich bei dem ganzen Verlauf der Dinge überwiegend um Regelungen handelt, die aus ganz außerordentlichen Voraussetzungen der jüngsten Zeit heraus entstanden, nur für eine bestimmte Zeitspanne berechnet und innerhalb bestimmter Begrenzungen berechtigt sind und sein wollen.

Freilich berauschen sich die Anhänger des Soziallohns gleichfalls gern an "Prinzipien", die bei den tatsächlichen Vorgängen des jüngsten Zeitabschnittes kaum irgendwie ins Gewicht fielen. So bringt Fritz Reermann, ein sonst sehr sachkundiger und sachlicher Mitarbeiter des Christlichen Zentralblatts, den Soziallohn in Zusammenhang mit der so oft als epochemachend bezeichneten Encyclica rerum novarum des Papstes Leo XIII., die bereits einen »für die Tugend ausreichenden Familienlohn« gefordert habe, so daß ergänzende Frauen- und Kinderarbeit in Wegfall kommen könne. Und wie zur abschreckenden Warnung vor ähnlichen ideologischen Entgleisungen fügt der Verfasser hinzu: daraufhin sei bei den katholischen Moraltheologen ein Streit darüber entstanden, ob der so empfohlene Familienlohn »eine Sache der ausgleichenden Gerechtigkeit oder nur ein Erfordernis des allgemeinen Wohles« sei<sup>1</sup>; ein Streit, über dessen welterschütterndes Ergebnis wir leider nichts weiter erfahren. In ähnlichem Verhimmlungsdrang erhebt wiederum einer unserer eigenen Parteigenossen (der sonderbarerweise innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft lediglich die grausigsten Gefahren aus der Drachensaat des Soziallohns emporschießen sieht) den Grundgedanken an sich nach strengstem sozialdemokratischen Ritus zum Zukunftsstaatsheiligen: »In der kapitalistischen Gesellschaft wird nur des Profits halber produziert. Läßt sich aus einem Rohstoff ein notwendiger Massenkonsumartikel herstellen, ebenfalls aber auch ein überflüssiger Luxusartikel, so wird statt des dringend notwendigen Massenkonsumartikels die Luxusware hergestellt, falls ihre Herstellung höheren

1) Siehe Reermann Der Familienstandslohn (Soziallohn), im Christlichen Zentralblatt vom 23. Januar 1922.

Profit verspricht. Demgegenüber kennzeichnet sich die sozialistische Wirtschaftsweise als Bedarfswirtschaft. Das Motiv zur Produktion gibt hier nicht der Profit, sondern der planmäßig festgestellte Bedarf. Dem entspricht natürlicherweise eine ebenso planmäßige, nach dem *Bedarf* des einzelnen sich richtende *Verteilung* der hergestellten Waren, soweit diese allgemeine Gebrauchsgüter sind. In einer sozialistischen Gesellschaft wird also ein Jungeselle nur das beanspruchen können, was er für seine Person bedarf, während einem *Familienvater* von dem Arbeitsertrag so viel zukommt, wie nötig ist zum Lebensunterhalt seiner *Familie*. Da in einer planmäßig organisierten sozialistischen Gesellschaft die Bedürfnisse des einzelnen dem Bedarf entsprechend befriedigt werden, kann man *diese* Verteilung der Waren eine *Entlohnung nach dem Familienstand* nennen. Somit wären die eingangs erwähnten Soziallöhne im Grunde genommen einem *sozialistischen* Ideengang entsprungen. Der Unterschied ist nur der, daß man einen in der sozialistischen Gesellschaft selbstverständlichen Vorgang einfach auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung verpflanzen will.«<sup>2</sup>

Ein andermal wies man uns haarscharf nach, wie die (so allgemein gar nicht vorhandene) Abschwenkung des heutigen Unternehmertums zum Soziallohn eine weitangelegte Verschwörung gegen die Arbeiterklasse enthülle. Man ersehne und brauche eine Überfüllung des Arbeitsmarkts zum Zweck vermehrten Lohndrucks; daher die plötzliche "kapitalistische" Sorge um die kinderreichen Familien. Diesen überradikalen Spürsinn in Ehren. Aber mit solchen mehr als willkürlichen Unterstellungen knüpft man kaum an irgendwelche tatsächlichen Vorgänge an, und jedenfalls würde eine solche Lohnpolitik unglaublich viel Opferwilligkeit und Weitblick auf der Unternehmerseite voraussetzen. Denn der mehrzahlende Einzelunternehmer hätte zunächst nur die Last des Vorgehens auf lange Jahre zu tragen, während der mögliche Erfolg erst in ziemlich ferner Zukunft winkte, nämlich dann, wenn die noch ungeborenen, erst durch Kinderzulagen erzeugten Arbeiterkinder zu wirklich leistungsfähigen Arbeitern heranerzogen sind; und selbst dann würde bestenfalls die Unternehmerge samtheit Nutznießer sein, ohne Garantie für irgendwelchen Vorteil des betreffenden Einzelunternehmers.

Solche nebelhaften, aus der Urtiefe des reinen Denkens erzeugten "Erklärungen" erscheinen um so bodenloser, wenn man gleich darauf mit der selben Sicherheit die genau entgegengesetzten Befürchtungen vortragen hört. Die Festlegung höherer Löhne für Verheiratete und Familienväter soll nämlich, kapitalistisch wohlüberlegt, zugleich auf weiter nichts hinauslaufen als auf die systematische Entlassung und dauernde Stellenlosigkeit der Familienväter zugunsten der billigeren Ledigen.



**I**MMERHIN, mit der letzten Erwägung, mag sie in der unterstellten bewußten Absichtlichkeit noch so sehr der ganzen heutigen Stellung des Unternehmertums widersprechen, erreichen wir allerdings den Kern des ganzen Problems; denn im sozialen Leben ist sehr häufig das subjektiv von niemandem Beabsichtigte das objektiv in der Regel Eintretende. Kann es bei gleicher Produktionsleistung billigere und teurere Arbeitskräfte neben einander geben, ohne daß der Unternehmer angereizt und schließlich gezwungen sein wird die teureren Arbeitskräfte nach Möglichkeit durch billigere zu ersetzen? Günstige beschwichtigende Erfahrungen, wie man sie vorläufig im Steinkohlenbergbau machen kann, beweisen hier sehr wenig. Denn die deutsche Steinkohlenproduktion vermochte seit dem Krieg niemals genug Hände aufzutreiben, sie bedurfte der künstlichsten staatlichen Beihilfen, der umfassendsten Siede-

<sup>2</sup>) Siehe *Steinmetz Soziallöhne?*, in der Neuen Zeit, 1921-1922 I, Seite 481.

lungsanlagen und Wohnungsschöpfungen, um ihren Menschenbedarf einigermaßen zu decken. Zudem floß ihr jede Mehrausgabe für Arbeitslöhne, solange sie der Wirtschaft der freien Konkurrenz noch nicht wieder unterstellt war, ohne Schwierigkeiten und womöglich mit Wucherzuschlag jederzeit zurück. Wie wird aber der Verlauf bei wirklicher vollwirkender freier Konkurrenz sein? Man könnte sich vorstellen, daß die rücksichtsloseren Unternehmer ausschließlich Ledige als billigere Arbeitskräfte verwenden, und daß umgekehrt die anständigeren Unternehmer sich ausschließlich auf die teureren Arbeitskräfte stützen müßten. Könnten die anständigen Unternehmungen dann überhaupt noch daseinsfähig sein, und bedeutete ihr Zusammenbruch nicht abermals Stellenlosigkeit in erster Linie für die Verheirateten?

Die Haupteinwände der Gewerkschaften kehrten sich mit vollstem Recht gegen diese bedenkliche und bedrohliche Seite des Soziallohns. Trotzdem wird man bei näherem Einblick anerkennen müssen, daß das reale Leben selber hier bereits ganz stattliche Ansätze zu einer Abschwächung und Aufhebung der an sich ganz unbestreitbaren Gefahren entwickelt hat: allerdings im stillen und fast ganz unter der Schwelle des öffentlichen Bewußtseins. Da auch für andere soziale Zwecke ähnliche Ansätze mehr und mehr hervortreten, so wird man diesen Vorbereitungen und Erschließungen eines gangbaren Auswegs vielleicht ein nicht ungünstiges Horoskop stellen und die ganze Streitfrage entsprechend ruhiger ansehen können.

Die Berliner Metallindustriellen haben seit 1920 eine Ausgleichskasse gebildet, an die jeder Unternehmer je nach der Zahl der bei ihm tätigen, gleichviel, ob verheirateten oder ledigen, Arbeiter seine Beiträge entrichtet, und aus der jedem Unternehmer seine Mehrzahlungen für Soziallöhne, also für verhältnismäßige Mehrbeschäftigung von Verheirateten rückvergütet werden. (Der besondere Modus der Kostenumlegung und Rückerstattung kann hier unerörtert bleiben.) Die Zahlung der Soziallöhne wird demgemäß von der Gesamtunternehmerschaft getragen, während der Einzelbetrieb jeder Mehrbelastung für Verheiratete und Kinder entgeht. Die Wettbewerbsfähigkeit wird durch die ungleiche und wechselnde prozentuale Mischung von Ledigen und Verheirateten trotz dem Haushalts- und Kinderzuschlag nicht berührt.

Das ist durchaus nichts Vereinzelt. In der thüringischen Porzellanindustrie soll der gleiche Grundgedanke verwirklicht sein. Reermann führt im Christlichen Zentralblatt eine gleichlaufende Regelung für eine mehr handwerksmäßige Produktion, für das Pflasterergewerbe von Rheinland-Westfalen, an. Hubert Tigges erwähnt ähnliches, freilich in recht unbestimmter Weise, von der rheinisch-westfälischen Zement-, Eisen- und Stahlindustrie.<sup>3</sup> Im Braunkohlensyndikat übernimmt, wie berichtet wird, die gegebene einheitliche Organisation die Beseitigung der Differenzierungsfolgen. Nach dem Textilarbeiter vom 26. August 1921 wollten die Textilindustriellen Thüringens, »um die Durchführung der sozialen Zulagen der Arbeiterschaft schmackhafter zu machen, eine Ausgleichskasse errichten«. Vom Anhaltischen Arbeitgeberverband druckte der Arbeitgeber vom 15. Mai 1921 die »Satzung für die Kasse zum Ausgleich der Familienbeihilfen für Angestellte« ab. Die Apotheker in Bayern (oder in ganz Deutschland?) haben ihre Verheiratetenzuschußkasse, um den Einzelbetrieb mit überdurchschnittlichen Leistungen für verheiratete Angestellte zu verschonen.

3) Siehe Tigges Zur Erörterung der Familienlohnfrage, in der Sozialen Praxis vom 11. Januar 1922.

Im Ausland regen sich ähnliche Keime. In Deutsch Österreich ordnete ein Gesetz vom 30. Juli 1919 für die Gesamtheit der pharmazeutischen Angestellten die Zahlungen an die obligatorische Gehaltskasse, um das Verlangen der Pharmazeuten nach mit dem Alter steigenden Bezügen zu erfüllen, ohne daß die Apothekenbesitzer einen Anreiz zur Anstellung junger Kräfte an Stelle der höherentlohnnten älteren Gehilfen hätten.<sup>4</sup> Nach einer Mitteilung Eleanor F. Rathbones bestände in Neusüdwaless /Australien/ auf Grund eines Gesetzes aus dem Jahr 1919 ein Kinderfonds, zu dem jeder Arbeitgeber nach Maßgabe seiner Arbeitnehmer beisteuere, und aus dem nach der Kinderzahl abgestufte Lohnzuschüsse monatlich ausgezahlt würden.<sup>5</sup> »Dieses Verfahren nimmt dem Arbeitgeber den Anreiz Ledige den verheirateten Männern vorzuziehen.« Und Lord Askwith, der hochangesehene Schiedsrichter in so vielen englischen Arbeitskämpfen, empfahl seinerseits diesen "Pool"-gedanken, den die englischen Bergarbeiter bekanntlich zur Lösung anderer Lohnprobleme verfochten, ähnlich wie man in manchen unserer deutschen Organisationen (Steinsetzer, Bauarbeiter) durch Ferienkassen dem ungleichen Druck der obligatorischen Urlaubsgewährung auf Einzelunternehmer und sonstigen Schwierigkeiten der Urlaubsregelung zu begegnen sucht.

Auf jeden Fall würden Ausgleichskassen vielen Einwendungen gegen die Lohndifferenzierung nach dem Familienstand den Boden entziehen.



**B** damit schon für dereinst zurückkehrende normalere Zeiten sich eine tiefere Lohnumbildung ankündigt? Ob, wie man sich zuweilen ausdrückt, die Zukunft mehr von dem Ziel der gleichen *Lebenshaltung* bei gleicher Leistung bestimmt sein wird, statt wie die Vergangenheit von der Starrern und einfachern Praxis des gleichen *Lohns* für gleiche Leistung?

Vermutlich wird dies in erster Linie davon abhängen, wie weit in der gegenwärtigen abnormen Übergangszeit, aus deren Preisemporschnellen und Lohnnachhinken das plötzliche Vordrängen des ganzen Soziallohnproblems im wesentlichen zu erklären ist, die Ausgleichskassen sich auszubreiten und festzuwurzeln vermögen. Daß, zurzeit wenigstens, ein starkes Bedürfnis für die Einkommens- und Belastungsdifferenzierung nach dem Familienstand vorliegt, gestehen unsere Gewerkschaftswortführer, soweit sie sich gegen die unmittelbare Lohndifferenzierung aus naheliegenden organisationstaktischen Gründen wenden, selber dadurch zu, daß sie zwischen ledigen und verheirateten Arbeitern Differenzierungen von oft recht beträchtlicher, ja angesichts unserer Staatsfinanznot sogar beängstigender Größe durch Steuerabstriche, durch Erziehungsbeihilfen, durch Mietsnachlässe und ähnliches, immer aus öffentlichen Mitteln, selber empfehlen.<sup>6</sup> Wird in den nächsten Jahren der Staat, oder wird das Produktionsunternehmertum als der tragfähigere Teil

4) Siehe *Pothoffs* anregende, von der großen Öffentlichkeit viel zu wenig gewürdigte Betrachtungen über Berufskassen, in der Sozialen Praxis vom 18. Mai 1921. Hierbei sei gleich erwähnt, daß *Fürth* gleichfalls Anlaß nahm sich für Soziallöhne unter Voraussetzung der Schaffung eines Zulagefonds auszusprechen; in einem Artikel Sozial- und Individuallohn?, in der Chemnitzer Volksstimme vom 18. Oktober 1921. Beachtenswert war ferner eine Aussprache im Korrespondenten für Deutschlands Buchdruck, die an einen dort am 5. Juni 1920 veröffentlichten Artikel *Nolls* Wirtschaftliche Nothilfe: ein Weg zum Existenzminimum, anknüpfte, aber später immer wieder von neuem begann.

5) Siehe *Wages and Family Allowances*, in der Wochenausgabe der Times vom 13. Mai 1921. Aus der Timeszeitschrift ist übrigens nicht ganz klar ersichtlich, ob es sich im Fall von Neusüdwaless um ein bereits geltendes Gesetz oder bloß um einen parlamentarischen Antrag handelt.

6) Am wertvollsten war noch immer der Artikel *Leipziger* Lohn nach Leistung oder nach dem Familienstand?, im Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30. April 1921.

für solche Ergänzungsleistungen sich herausstellen? Je nachdem wird man wahrscheinlich, sei es mehr auf dem Weg der Steuerpolitik und der Staatszuschüsse, sei es auf dem Weg der Soziallöhne und der Ausgleichskassen, das dauernd Bedeutungsvolle von dem Grundgedanken der Differenzierung zwischen ledigen und verheirateten Lohn- und Gehaltsempfängern zu verwirklichen suchen.

## HERMANN SCHÜTZINGER · DIE NEUDEUTSCHE STRATEGIE IM WELTKRIEG

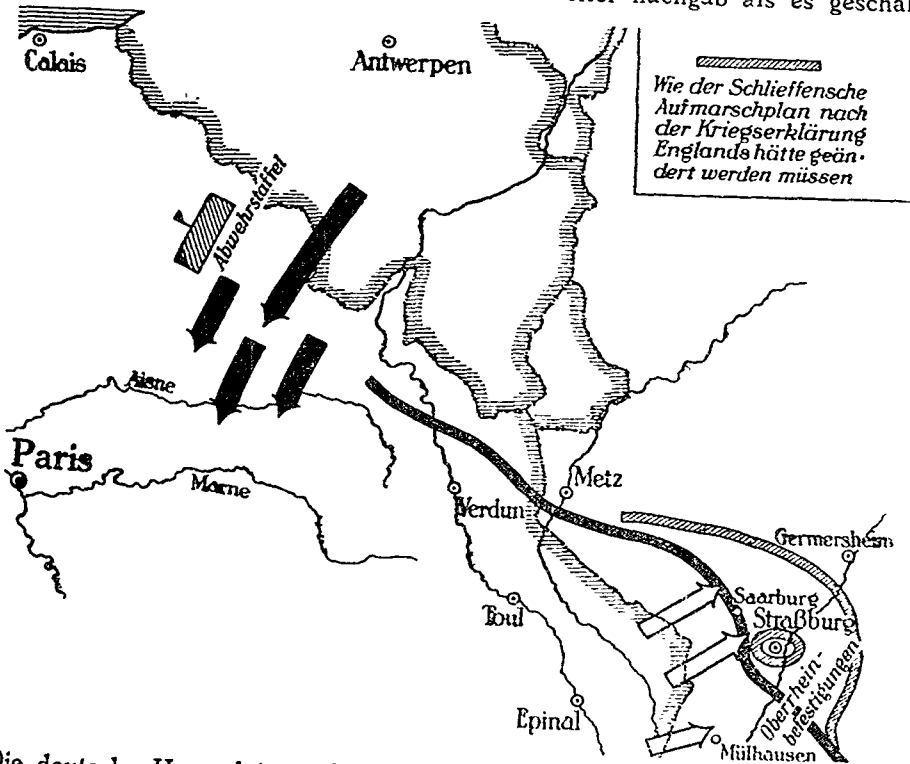
**K**RIEGSPÄNE müssen intuitiv entworfen und spontan ausgeführt werden. Die allgemeinen Grundsätze dürfen in ihnen nur zielweisende Funktion haben. Die Hauptsache ist, daß man jede Änderung der Situation, ja eines einzigen Faktors in ihr, blitzschnell erfaßt und dann das ihr Entsprechende tut. Die Überlegenheit der Napoléonischen Strategie bestand eben darin, daß das Feldherrngenie Napoléons stets den Gesamtkomplex übersah und, ehe noch dem Gegner Veränderungen der Einzelheiten ins Bewußtsein gedungen waren, das überraschend Richtige durchführte. Kein eingelerntes System, das die Erfindungskraft einrosten läßt, nur die ständig Neues hervorbringende Produktivität, die das von ihr selbst aufgestellte Gesetz in der Anwendung beständig erneuert, ist das Entscheidende der Kriegskunst, ist die Erklärung der unvergleichlichen militärischen Taten eines Napoléon. Wie stand es nun um die deutsche Strategie im Weltkrieg 1914-1918? Wo die Wurzeln der militärischen Niederlage Deutschlands zu suchen sind, ist hier bereits gezeigt worden.<sup>1</sup> Wie das neudeutsche System sich im Krieg selbst bewährt hat, soll nachstehend untersucht werden.

Der Kriegsplan, nach dem die deutschen Armeen ins Feld geführt wurden, stammt von Schlieffen, der 1901 bis 1906 Generalstabschef der Armee war. Schlieffens Plan war für den Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Rußland ohne Eingreifen Englands gedacht. Er sah vor die Entscheidung in Frankreich schnellstens durch Vormarsch des rechten deutschen Flügels durch Belgien zu erringen und dann die freiwerdenden Kräfte nach Rußland zu werfen. Der Plan war operativ richtig. Er forderte die völlige Entblößung des Elsaß und die Zurücknahme der deutschen Truppen auf die Linie Metz-Strasbourg-Oberrheinbefestigungen. Je gründlicher die Franzosen im Elsaß zupackten, je mehr Truppen durch Zurücknahme auf die genannten Befestigungen gespart wurden, desto vernichtender mußte sie der Entscheidungsstoß des rechten deutschen Flügels aus dem Norden treffen. »Das Napoléonische Gesetz von der Überlegenheit am entscheidenden Platz war in diesem Plan in gigantischem Maßstab zum Ausdruck gebracht.«<sup>2</sup> Aber es fehlte das Napoléonische Genie, um diesen »Plan« ein Jahrzehnt später durchzuführen, um das »Gesetz« richtig anzuwenden. Denn der Schlieffensche Plan entsprach nicht mehr den Verhältnissen im Jahr 1914. Aus dem englisch-französischen Marineabkommen von 1912 ging hervor, daß man mit der Landung

1) Siehe *Schützinger Die Wurzeln der deutschen Niederlage in der kaiserlichen Armee*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 165 ff.

2) Siehe das *anonym* veröffentlichte Buch *Die Tragödie Deutschlands* (München 1921), Seite 249. Dieses hier bereits zitierte Buch, das im Politischen zwar der bei uns herrschenden Ideologie unkritisch folgt (siehe die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 236), ist in allem Militärischen mit großer Sachkenntnis geschrieben, darum von hohem Wert.

einer englischen Armee an der Kanalküste zu rechnen hatte. Die Konsequenz dessen wäre gewesen, daß man vor allen Dingen den rechten Flügel noch einmal verstärkte, eine Abwehrstaffel gegen Calais-Le Havre (Kavalleriekorps) einfügte und im Süden beträchtlich weiter nachgab als es geschah.



Die deutsche Heeresleitung hat diese Konsequenz in geradezu frevelhafter Weise mißachtet, und deshalb wurde die Marneschlacht verloren und mit ihr der Krieg. Anstatt den linken Flügel zu schwächen, verstärkte man ihn durch eine 6. und 7. Armee. Anstatt sich über Saarburs und Mülhausens Wegnahme im Interesse der operativen Idee zu freuen, machte man dort sinnlose und verlustbringende Gegenstöße. Anstatt die letzte Granate für die Entscheidungsschlacht des rechten Flügels aufzuheben, schwächte man diesen durch Abgabe von 2 Korps nach Tannenberg, 1 Korps an Antwerpen. Die Quintessenz der Heerführung aller Zeiten: unter Abwägung der beiderseitigen Kräfte die eigene an einem entscheidenden Punkt zu kumulieren<sup>3</sup>, wurde aber

3) Der englische Hauptmann Wright sagt in seinem, in mannigfacher Beziehung aufschlußreichen Buch *Wie es wirklich war im Obersten Kriegsrat der Alliierten /München 1922/*, Seite 11: »Alles hing davon ab, ob Foch sich gegen die gewaltige Obermacht würde halten können, während Manoury und Lord French die rechte Flanke der Deutschen aufrollten. Wäre es den Deutschen gelungen das französische Zentrum zu überrennen und die ausgedehnte Front der Alliierten von Verdun bis Paris zu durchbrechen, so hätte dieses Einkreisungsmanöver [Gallienis] für die Deutschen keinerlei Gefahr gehabt; denn dann wäre der größte Teil des französischen Heeres aufgerieben worden.« Die deutschen Armeeführer waren aber gar nicht imstande diese Operation auszuführen, weil sie zum selbsttätigen Manöver am Schlachtfeld nicht erzogen waren. Diese Verachtung der erst am Schlachtfeld erwachsenden operativen Idee ist ein Erbstück schon aus der Moltkeschen Zeit. Schon vor 20 Jahren hatte Foch in seinen *Principes de la guerre /Paris 1902/* behauptet, Moltke hätte 1870 eigentlich den Krieg verlieren müssen, da er blindlings nach einem voraus bestimmten Plan vorging, anstatt aus der Situation heraus zu operieren; seine Erfolge hätten zum großen Teil auf Glück beruht.

am schmachlichsten dadurch vergewaltigt, daß die Heeresleitung glaubte die durch oben genannte Abgaben geschwächte deutsche Armee zu einem zweiten entscheidenden Vorstoß zwischen Toul und Epinal vorzuführen zu können. Wohl noch nie ist das Gesetz von der Ökonomie der Kräfte so gröblich mißachtet worden. »So hatte«, wie ein deutscher Generalstäbler nun nachträglich klipp und klar feststellt, »der ganze Aufmarsch seinen tiefen Sinn verloren, war ein geistloses Gebilde geworden. Einer Halbheit des Gedankens konnte denn auch nur die Halbheit der Tat folgen.«<sup>4</sup>

Die Marneschlacht und der verlorene Krieg sind danach die zwangsläufige Folge der verballhornten Schlieffenschen Aufmarschidee, eine klare Konsequenz der Verhöhnung der Grundgesetze der Strategie durch den deutschen *Generalstab*. Nicht das Ungeschick des Generals, der den rechten deutschen Flügel führte, hat den Krieg verlieren lassen, sondern die durch Halbheiten, Ängstlichkeiten und dynastische Rücksichten verkrüppelte Idee eines großen Mannes. Ein wahrhaft großer Volksführer hätte die Kraft besessen die Besetzung Straßburgs, Freiburgs, Königsbergs und Danzigs durch den Feind einem mit ihm einigen Volk zuzumuten, im Interesse der Idee der Schlieffenschen Umfassungsschlacht. Das alte Regime wagte es nie dem Volk die Wahrheit zu sagen (womit noch nicht gesagt sein soll, daß das neue Regime dies, auf seinem Gebiet, zu tun wagt). Das Elsaß und Teile Badens sowie Ostpreußens bis zur Weichsel preiszugeben war durch den unvermutet schnellen Aufmarsch der Russen und das Erscheinen der englischen Expeditionsarmee in Nordfrankreich notwendig geworden. Der Obrigkeitsstaat wagte dies nicht einzugestehen. Daher wurde der Operationsplan durchlöchert und von einem mannhaften Gegner in Stücke geschlagen. In der "hohen" preußischen Schule war die Absolutheit der Initiative Gesetz gewesen. Der Kriegsplan sollte nicht der Situation entspringen, sondern er war das Gegebene. Der Schlieffensche Plan wurde das Idol der geistigen Unfruchtbarkeit und des Starrsinns der leitenden Männer. Er wurde nicht organisch weiter entwickelt, sondern es wurde ein Schema aus ihm herausgezogen. Der französische General Buat hat nicht unrecht, wenn er schreibt: »Der Große Generalstab prägt allen seinen Mitgliedern ein unauslöschliches Zeichen auf: den Hochmut, den Stolz auf das deutsche Vaterland wie den persönlichen Hochmut.«<sup>5</sup>

Unter diesem Generalstab diente ein grenzenlos hingebungsvolles *Truppenoffizierkorps*. Gewiß, es hatte seine Schattenseiten. Es war von einem, 2 Jahrhunderte lang gezüchteten Klassendünkel beseelt, es arbeitete wie jedes Berufsoffizierkorps in erster Linie unter dem Druck der Besichtigungen und unvermuteten Kontrollen. Es enthielt sich ängstlich jeder Kritik dessen, was "von oben" kam. Aber trotz alledem waren hohe moralische Werte im deutschen Truppenoffizierkorps zur Genüge vorhanden. Hätten sie, vor allem das Ideal der Selbstzucht und Einfachheit, bis zum Ende des Krieges durchgehalten, dann wäre dem deutschen Generalstab der Ruin der eigenen Heeresmaschine vielleicht noch schwerer geworden. Wenn das Truppenoffizierkorps trotzdem sein Teil mit beigetragen hat die Kraft zum Endsieg im deutschen Heer zu brechen, so ist dies in erster Linie den älteren, den Stabsoffizieren, zuzuschreiben. Der deutsche Kasernen- und Gamaschen-

4) Siehe das anonym veröffentlichte Buch *Kritik des Weltkrieges* /Leipzig 1920/, Seite 83.

5) Siehe *Buat* Ludendorff /Lausanne 1920/, Seite 290; die beiden folgenden Zitate Seite 209 und 284 ff.



dienst *mußte* die Gehirne dieser alten Troupiers versenden und sie, was äußere Formen anlangt, zu Pedanten übelster Sorte machen. Wie viel guter Wille, wie viel Aufopferungsmut und Vaterlandsliebe ist durch das Gequängel dieser verschrobenen Exerzierhausexistenzen, durch Schielen nach Mützen-sitz und Handanlegen, Grabenordnung und Posteninstruktion zerstört worden. Das Gefährlichste und Schädlichste an ihnen aber war die geradezu erbärmliche Angst vor den Vorgesetzten. Da könnten die "Stimmungs-berichte" der einzelnen Truppenteile Bände erzählen. Wer weiß, ob die Oberste Heeresleitung nicht doch zur Vernunft gekommen wäre, wenn nicht sämtliche Berichte über Verpflegung, Unterkunft und Stimmung der Truppe von Dienststelle zu Dienststelle immer mehr verwaschen worden wären. Einzelne unliebsame Mahner, zum Beispiel der Kommandeur des 13. Bayrischen Infanterieregiments, schickte man einfach nach Hause, trotz höchsten Verdiensten vor dem Feind. So meldete der Führer der Bayrischen Pionierkompanie 106, der Oberleutnant Höflmeier, dem Kommandierenden General der deutschen Truppen an der Balkanfront Sirene bereits im März 1918, daß die bulgarischen Truppen beiderseits Dobropolje, Offiziere und Mannschaften, fest entschlossen seien bei einem Angriff des Gegners keinen Widerstand zu leisten. Er erhielt zur Belohnung ganz besondere Grobheiten. Die Meldung wurde nicht weitergegeben, Gegenmaßregeln wurden nicht ergriffen, und so besiegelte 5½ Monate später der widerstandslose Vormarsch des Generals Franchet d'Esperey die deutsche Niederlage.

Es geht eine gerade Linie aus der Kriegsvorbereitung des deutschen Heeres im Frieden über die Mißgestaltung des Aufmarschplans und die dadurch ausgelöste Rückwärtsbewegung und Erstarrung der Front und über die Unfähigkeit der deutschen Führung den Kampf um die permanenten Stellungen der Westfront zu einer strategischen Operation zu erheben — zum Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht.

Die Initiative im Kampf um die permanenten Stellungen der Westfront hatten, nachdem die deutsche Heeresleitung es versäumt hatte die Aisneschlacht durch ein großangelegtes Durchbruchverfahren der damals noch wenige Wochen alten Stellungen zu beenden, unsere Gegner. Wir hätten also Zeit gehabt 3 Jahre hindurch mit Muße von ihnen zu lernen. Die Quintessenz des ganzen Stellungskampfs ist die Durchbruchoperation und deren Abwehr. Bei der Besprechung des Durchbruchkampfes sind 3 Phasen der strategischen Gesamtlage zu unterscheiden: 1. der Bewegungskampf; hier stößt der Durchbruch zwar auf größere Schwierigkeiten als die Umfassung, er kann sich aber durch die Schnelligkeit der Ausbeutung des anfänglichen taktischen Erfolgs auswirken, die die Heranziehung der Reserven von den Flügeln illusorisch macht; die Abwehr hängt also rein von dem taktischen Erfolg an der Durchbruchsstelle ab; 2. die Durchbruchoperation durch ein permanentes Befestigungssystem, dessen Hinterland keine oder nur sehr wenige Kommunikationen besitzt; hier ist eine strategische Auswirkung möglich, weil die Heranführung von Reserven an den Ort der Entscheidung nicht schnell genug ausgeführt werden kann (Gorlice-Tarnow 1915, bulgarische Front Herbst 1918); 3. die Durchbruchoperation durch ein Stellungskriegssystem mit guten rückwärtigen Verbindungen und seitlichen Verschiebungsmöglichkeiten, wie es Nordfrankreich und Belgien waren; hier ist kein Durchbruch möglich, wenn nicht die letzten Reserven der gesamten Kampffront aufgebraucht sind. Dieses

Fundamentalgesetz wurde bis zum Jahr 1918 von beiden Parteien völlig mißachtet: von den Deutschen, weil sie es überhaupt verkannten, von den Alliierten, weil der zersplitterte Oberbefehl immer wieder es vernachlässigen ließ. Das änderte sich mit einem Schlag, als die alliierten Heere im Jahr 1918 unter eine einheitliche Leitung gestellt wurden. Foch hat jenes Gesetz gefühlsmäßig erfaßt, Ludendorff hat es förmlich verhöhnt. Die Folge seiner Hintansetzung war dann der Zusammenbruch des deutschen Heeres.

Ein permanentes Befestigungssystem mit vorzüglichen Verbindungen ist mit einem nassen Schwamm zu vergleichen, der der Verbrennung an irgendeiner Stelle erst dann keinen Widerstand mehr entgegengesetzt, wenn die letzte Pore ausgesaugt ist; **dann** fängt die Stelle der größten Erhitzung Feuer. Das

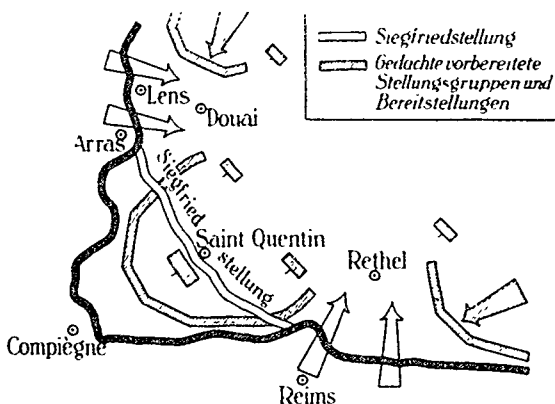


beistehende Schema veranschaulicht die automatische Abwehr eines Durchbruchversuchs an der Westfront. Jeder Durchbruchversuch ohne völlige Aussaugung aller Reserven vorher mußte dem-

nach mißlingen. Selbst eine Bindung der Reserven auf die ganze Front, eine Methode, die nur durch eine Unzahl ernsthaft geführter Angriffe mit entsprechendem Menschen- und Materialeinsatz ausgeführt werden könnte, hätte nur einen bedingten Erfolg gehabt; die Zersplitterung der eigenen Kräfte hätte die Stoßkraft des Hauptangriffs wesentlich geschwächt und das Eintreffen der Reserven bei dem ausgedehnten Eisenbahnnetz nur um wenige Tage verzögert. Die Westfront an irgendeiner Stelle einzustoßen war nicht schwer. Die Siegesfrage aber lautete: Durch welche Methode werde ich mit den Reserven am raschesten fertig, die mir die strategische Ausnutzung verwehren, wie halte ich sie mir im entscheidenden Augenblick vom Leib, und wie treffe ich sie am empfindlichsten nach Vollendung des Durchbruchs?

Die Kriegsjahre 1915 und 1916 sollten ernste Lehrjahre für die englisch-französische Armee im Studium des Angriffsverfahrens gegen ein permanentes Befestigungssystem werden. Die Nachteile dieses Durchbruchverfahrens, nämlich die Möglichkeit der taktischen Umfassung des eingedrungenen Angreifers und die schlechte strategische Nutzbarmachung suchte die feindliche Heeresleitung durch die Kombination zweier Angriffe in zurückspringende feindliche Frontteile zur Abschnürung und Doppelumfassung vorspringender Fronten auszugleichen: siehe die Doppelangriffe zu beiden Seiten von Saint-Mihiel, die ständig wiederkehrende Doppeloperation Arras-Champagne zur Abschnürung des gegen Compiègne vorspringenden deutschen Frontteils. Diesem Bestreben lag die tiefe Wahrheit zugrunde, daß der Übergang vom taktischen Durchbruch zu seiner strategischen Auswertung durch die kampflöse Gewinnung großer Flächen der Kampfzone allein vermittelt der Bedrohung der rückwärtigen Verbindungen wesentlich erleichtert wird. In diesen Jahren 1915 und 1916 war die deutsche Oberste Heeresleitung wegen der großen Operationen im Osten darauf angewiesen die Westfront mit den geringsten Kräften zu verteidigen. Erst das Jahr 1917, das die Sabotage der russischen Widerstandskraft durch die skrupellos demagogische Agitation des Bolschewismus brachte, gab ihr größere Bewegungsfreiheit.

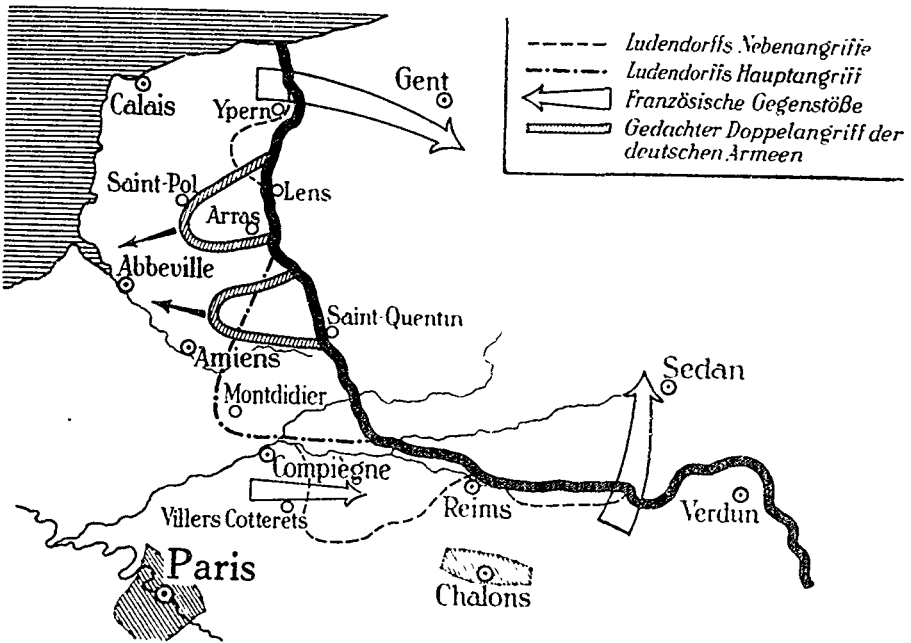
Im Winter 1916-1917 wurden die Vorbereitungen zu einer Sehnenstellung, der Siegfriedstellung, getroffen, in der sichern Annahme, daß die großen Angriffsschlachten des kommenden Jahres wieder einmal zum Zweck der Umfassung des Vorsprungs von Compiègne bei Arras und Reims geschlagen würden. Als dann die deutschen Truppen von Compiègne auf die Siegfriedlinie zurückmarschier-



ten, da triumphtierte der ganze deutsche Presseapparat über den genialen Schachzug unserer Heeresleitung. Hat das Feldherrngenie je weltgeschichtlich bedeutende Siege errungen, indem es eine rein lineare passive Verteidigung anstrebte? Ideenloser konnte die Verteidigung der Westfront überhaupt nicht organisiert werden als es damals geschah. Jeder denkende Mann an der Westfront erwartete im Sommer 1917 Ludendorffs Tat. Sie kam nicht. Wenn man den Doppelangriff Arras-Reims so genau voraussehen konnte, und das konnte man bei einer Beibehaltung des Vorsprungs von Compiègne, warum hat man sich nicht zu einer Operation oder wenigstens zu deren Vorbereitung aufgerafft, wie sie auf der vorstehenden Skizze angedeutet ist? (Sie wurde in der Tat 1918 verwirklicht: aber von den Franzosen, in der Flankenstellung im Wald von Villers-Cotterets.) Warum wich man nicht an Teilen der Front mit einem beweglichen Verfahren aus und ließ den Feind auf Rethel und Douai vorstoßen, je tiefer desto besser, um ihn desto vernichtender zu schlagen? Weil man starr an dem Gegebenen festhielt und nicht instande war sich zu einer operativen Idee durchzuringen. Weil man sich scheute die dogmatisch erzogenen Unterführer aus dem altüberkommenen Verteidigungssystem herauszunehmen und sie unter Umständen am Großkampfschlachtfeld manövrieren zu lassen, weil sich unsere bürokratisierten Generale nur unter Ach und Weh entschließen konnten freiwillig einen Rückzugsbefehl zu geben, in der ängstlichen Sucht eines friderizianischen Korporals nur durch Stockprügel den Angriffsgeist wachhalten zu können. So hat uns das Jahr 1917 an der Westfront mangels der Initiative der Obersten Heeresleitung zu einer aktiven Verteidigung Zehntausende von Toten und Gefangenen, Tausende von Geschützen und Maschinengewehren gekostet und damit die innere Widerstandskraft des deutschen Heeres wieder um ein gut Teil nutzlos ausgehöhlt.

Das Kriegsjahr 1918 sah das deutsche Heer auf dem westlichen Kriegsschauplatz im Vollgefühl seiner zahlenmäßigen Überlegenheit, die seit August 1914 zum erstenmal wieder vorhanden war. 192 Divisionen standen an der französisch-englischen Front versammelt. Stolz meldete Ludendorff am 12. Februar 1918 dem Kaiser, daß das Heer bereit sei »die größte Aufgabe seiner Geschichte zu erfüllen«. Die Oberste Heeresleitung glaubte ein scharfes und zähes Kriegsinstrument zu besitzen, mit dem sie nach Gutdünken in räumlicher und zeitlicher Unbegrenztheit operieren könnte. Das war die erste Selbst-

täuschung: Es war nicht das Heer von 1914, das sich an der Siegfriedlinie zum Angriff bereitstellte. Dazwischen lagen der Mißbrauch der Stoßkraft des Friedensheers zu einer verfehlten Operation, die an der Marne scheiterte, die Vergeudung Zehntausender jugendlicher Kriegsfreiwilliger in Flandern bei der Verfolgung einer unerfüllbaren strategischen Idee, die nutzlose Hinopferung Tausender in dem wahnwitzigen "1 Graben"-Abwehrverfahren der Jahre 1915 und 1916, die Wahnsinnstat von Verdun, die strategisch unfruchtbaren Abwehrschlachten des Jahres 1917. Es standen keine kriegsbegeisterten Soldaten an den Ausfallgräben zwischen Arras und Laon, sondern ein mißbrauchtes, zermürbtes und durch die eigene Führung ausgelaugtes Volk in Waffen, das in der bevorstehenden Schlacht die letzte Verzweiflungstat zur Erzwingung des Friedens sah. Ein Führer, der eins war mit seiner Truppe, mußte sich überhaupt fragen, ob er seine Aufgabe den Abschluß des Krieges zu erkämpfen noch durch einen Angriff lösen konnte, der das allernachdrücklichste Festhalten der menschlichen Willenskräfte erforderte. Solche Erwägungen aber spielten für Ludendorff keine Rolle, er hatte die Überlegenheit der Zahl, das genügte ihm. Die andere große Täuschung war die im deutschen Generalstab traditionelle Unterschätzung des Gegners. Die Schwierigkeit des Durchbruchs einer organisierten Front auf dem westlichen Kriegsschauplatz bestand, wie oben bemerkt, nicht in dem Einstoßen großer Frontteile sondern in der Ausnutzung des Durchbruchs. Das unabänderliche Gesetz eines 4jährigen Kampfs, daß nämlich in Nordfrankreich der Zufluß intakter Reserven jeden noch so gewaltigen Angriff zum Stehen bringen mußte, existierte für Ludendorff nicht. Er gibt sich in seiner Argumentation damit gar nicht ab. Eine große Angriffsidee für sein Massenaufgebot an Menschen und Material kennt er nicht. Er will lediglich die englische von der französischen Armee trennen. Wie wenn das bei der nunmehr hergestellten organisatorischen Einheit dieser Heere etwas bedeutet hätte! Über den Wert eines operativen "Doppelangriffs", der die Grundlage aller englisch-französischen Angriffe im Westen gebildet hatte, setzt er sich verächtlich hinweg. Weitgesteckte Angriffsziele kennt er nicht. Französische Beurteiler wie Buat verstehen diese geistlose Methode der Kriegführung überhaupt nicht. »Der Verzicht auf einen Doppelangriff«, sagt Buat, »war der Grundirrtum, der, wenn kein Zufall eintrat, und von diesem darf ein Heerführer nie hoffen, daß er günstig ausfällt, alle seine riesenhaften Versuche mit Ohnmacht schlagen sollte . . . Die strategische Aufstellung trägt ihre Wirkung in sich. Das ist eine Tatsache, wovon man Tausende von Beispielen anführen könnte . . . Die Taktik, so glänzend sie auch gewesen war, war nicht so weit getrieben worden eine vorteilhafte strategische Lage zu schaffen.« Die Quintessenz des Feldzugs im Westen, die Bindung der Reservenbewegung und -unterbringung existierte, wie gesagt, für Ludendorff nicht. Er setzte seinen Angriff gerade da an, wo infolge der zentralen Lage und der Nähe der stets stark mit Truppen besetzten Lager von Paris und Chalons der Reservenzufluß von Norden, Süden und Westen durch ein engmaschiges Bahnnetz erleichtert wurde. Die Beschränkung des Angriffs auf den Nordflügel unter vorausgehenden kräftigen Demonstrationen im Süden, die Teilung der Angriffsarmee in 2 Angriffstruppen mit dem gemeinsamen Ziel: Sommerrückung bei Abbeville, hätte bei der dort oben einzig vorhandenen Querverbindung Calais-Abbeville-Amiens noch am ehesten Aussicht gehabt eine operative Lage zu schaffen, die die Armee der Alliierten in schwere Bedrängnis zu bringen vermochte:



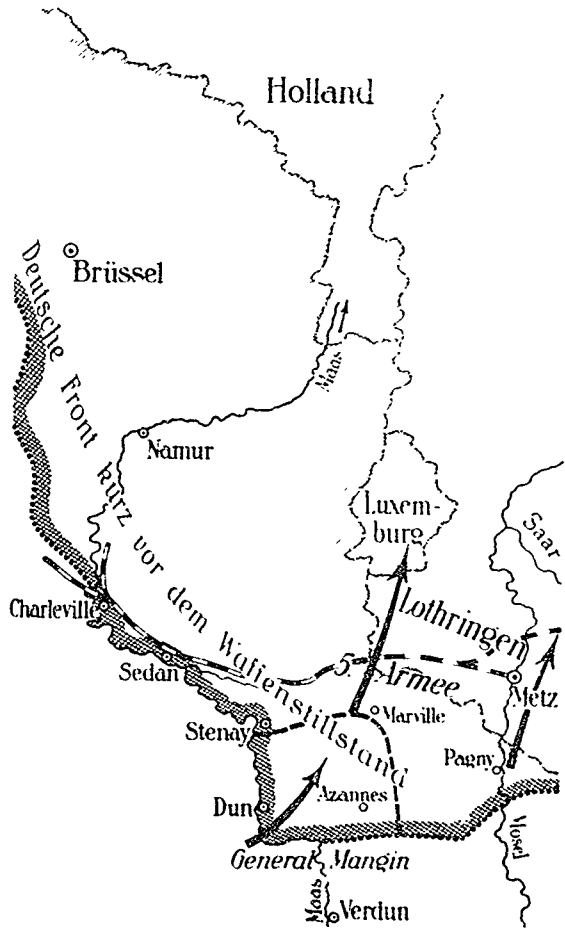
Die strategische Auswirkung des taktischen Erfolgs wäre aber erst zur Tat geworden, sobald unsere Kanonen den Bahnhof von Abbeville und die Sommemündung erreichten. Aus diesem "Angriffssack" Lens-Abbeville-Saint-Quentin hätte der Sieg durch Aufrollung der Fronten erfochten werden können. Die "Angriffssäcke" Ludendorffs sind der deutschen Armee zum Verhängnis geworden.

Ebenso geistlos wie Aufmarsch und Anlage des großen Angriffs war seine weitere Durchführung, als er bei Montdidier steckengeblieben war. Buat sagt darüber: »Wenn Ludendorff große Angriffe an der französischen Front unternommen hat, so hat er sie immer *nach* einander vor sich gehen lassen, so daß die gegen den einen angesetzten französischen Divisionen imstande blieben, nachdem sie sich erholt hatten, auch dem zweiten die Spitze zu bieten... Ein noch so mächtiger Angriff konnte wegen unseres Kommunikationssystems zu keiner Entscheidung führen... Es gab nur ein Mittel: Reservenverzehrer. Erst wenn diese zusammengeschmolzen sind, hat die Stunde des Durchbruchs geschlagen. Diese Taktik war Ludendorff durch seine eigene Schuld unfähig anzuwenden. Er war nicht sparsam genug mit seiner Infanterie umgegangen. Er hatte die Entscheidung gesucht, bevor sie reif war.« So sehen wir, daß Ludendorff hilflos an der Front herumtappt: nicht mit den Augen eines Feldherrn an dem strategisch entscheidenden Punkt den Keim zum Endsieg zu pflanzen sondern mit den Augen eines Patrouillenführers oder Freischärlers, um an irgendeiner Stelle, die für das Losdreschen geeignet erschien, einen billigen Erfolg zu erringen. Die hierdurch bedingte Menschen- und Materialvergeudung, die Vorpresseung der Besatzungstruppen in halbausgenutzte "Angriffssäcke" bereiteten die große Katastrophe vor, die in dem Flankenstoß aus dem Wald von Villers-Cotterets und in dem großzügigen Zangenangriff Fochs über Gent und Sedan heranreifen sollte. Ein

großer Feldherr, der es verstand Angriff *und* Verteidigung in stetem Wechsel zu gebrauchen, mit den beiden großen Zielen im Auge: Erhaltung der Kampfkraft der Truppe und Erreichung einer strategisch wertvollen Kampfstellung zur Vorbereitung der großen Endoperation, konnte im Sommer 1918 das deutsche Heer noch zum Sieg führen. Ludendorff, kein Original sondern der Typ eines Systems, *mußte* uns ins Verderben führen.

So begann denn der Schlußakt: Es gelang der feindlichen Heeresleitung durch die beiden großen Schlachten vom 26. September und 13. Oktober die deutschen Armeeabteilungen zwischen Verdun und dem Meer in das offene Kampffeld des Bewegungskrieges hinauszudrängen. Die deutsche Oberste Heeresleitung, die das Gefährliche dieser Tatsache für eine müde und abgekämpfte, an die Grabendeckung gewöhnte Truppe wohl erkannt hatte, entschloß sich deshalb Mitte Oktober die Antwerpen-Maas-Stellung auszubauen. Wie so mancher andere Befehl war auch dieser leichter gegeben als ausgeführt. Im Lauf des 4jährigen Stellungskriegs hatten sich etwa 20 bis 30 Kilometer hinter der Front riesige Materialdepots gebildet, die durch Förderbahnen mit den Vollbahnen verbunden und allmählich der Lebensnerv des Stellungskampfs geworden waren. Die Truppe selbst hatte sich an sie gewöhnt und führte überhaupt kein Schanzzeug mehr mit sich. Diese Pionierdepots waren aber durch den Massenstoß der Ententearmeen Anfang Oktober nördlich von Verdun sämtlich verloren gegangen oder in den Bereich des feindlichen Fernfeuers gekommen. Der Nachschub aus der Heimat stockte fast vollkommen, da durch den Verlust der parallel zur Front laufenden Querbahnen das Feldbahnwesen in eine unheilvolle Verwirrung geraten war. Auf der Strecke Charleville-Dun war die berühmte Antwerpen-Maas-Stellung in wenigen Tagen in die nächste Nähe der kämpfenden Front gerückt. Am 20. Oktober erhielt ich als Maschinengewehroffizier des Oberbaustabs vom Chef des Generalstabs der 5. Armee den Befehl den Bergkegel der Stadt Dun als den Bruchpunkt der Antwerpen-Maas-Stellung »zum äußersten Widerstand« herzurichten, mit der Weisung, daß dieser strategisch höchst wichtige Punkt bis zur Neugruppierung der Nordarmeen als uneinnehmbarer Fels der deutschen Westfront wie eine Zitadelle mit bombensicher eingebauten Maschinengewehrnestern auszustatten sei. Ich eilte noch in der Nacht nach Dun vor und erhielt dort folgenden Eindruck von dem "Eckstein der neuen deutschen Front": Ein in Rauch und Staub gehüllter Bergkegel, die Zugänge versperrt mit Haufen von Menschen- und Pferdeleichen, im Ackerboden Geschützreste und zerschmetterte Flugzeuge; der Gipfel des Berges im "Einminutenstörungsfeuer" aus schwersten amerikanischen Flachbahnbatterien, deren Riesengranaten alle Augenblicke ganze Häusermauern umwarfen. Verzweifelt setzten wir unsere Pioniertruppen an den Arbeitsstellen ein. Nach wenigen Minuten waren sie von den niedergehenden Stein- und Schuttmassen erschlagen. Und dann kam die Schlußszene. Die Amerikaner setzten im Morgennebel über die Maas, erstürmten die Uferhöhen und schlugen eine klaffende Lücke in die berühmte Antwerpen-Maas-Stellung. Dieser Schlag fuhr uns allen in die Knochen, und vergebens flehte das Armeeoberkommando die Gruppenkommandos und die Kommandeure der Armeereserve an zum Gegenstoß auszuholen. Wo waren da die, die jetzt, in der Nachkriegszeit, wieder so groß sprechen? Sie wußten recht gut, daß unsere zum äußersten erschöpften Truppen in diesem Augenblick zu einem Massenangriff einfach nicht mehr fähig waren.

Wenn wir der Lüge von der erdolchten Front aber mit Erfolg zu Leib rücken wollen, so müssen wir diesen Flankenangriff amerikanischer Elitetruppen auf den innern Flügel der Antwerpen-Maas-Stellung in Zusammenhang mit dem operativen Hauptgedanken des gegnerischen Oberkommandos bringen. Hier geben uns die oben mehrfach zitierte Schrift des französischen Generals Buat und das vom englischen Generalstab herausgegebene, in New York veröffentlichte instruktive Schriftchen *Why Germany capitulated* Auskunft. Dieser amerikanische Flankenstoß war der erste Akt einer großen Operation zur Einkreisung des gesamten deutschen Heeres zwischen Lothringen und dem Südzipfel von Holland. Mit seiner Ausführung war der General Mangin beauftragt. Seine Armee war zu diesem Zweck aus der Front herausgezogen und zwischen Maas und Mosel bereitgestellt worden. Sie bestand aus 20 französischen und 8 amerikanischen Divisionen. Mangins Auftrag lautete: Vorstoß über Luxemburg und die Saar auf die Südspitze Hollands. Der Angriff sollte am 14. November beginnen. Es ist ganz klar, daß diese Operation, selbst wenn es nur gelungen wäre die deutschen Armeen in der Linie Luxemburg-Holland auf wenige Straßen und Schienenstränge zusammenzuschieben, zum größten Debakel der Kriegsgeschichte geführt hätte. Daraus ergibt sich, daß das Schicksal des deutschen Heeres damals von der Widerstandskraft der 5. Armee und der ihr unterstellten Armeeteilung C abhing. Wie sah die Lage aber hier aus? Die 5. Armee war durch den Angriff der Amerikaner aus ihren sämtlichen vorbereiteten Stellungen geworfen, die Infanterie lag im flachen Gelände, die Artillerie feuerte, wie ich mich am Morgen des Waffenstillstandes noch überzeugen konnte, samt und sonders aus ungedeckten Feuerstellungen. Die Truppenteile der vordersten Linie, vor allem die ungarischen Divisionen, hatten schwer gelitten, auch die Reserven der Gruppenkommandos waren schwer erschüttert, die beiden Divisionen der Armeereserve aber waren total abgekämpft. Die Unterkunftsorte, vor allem die Eisenbahnknotenpunkte der Bahn Sedan-Metz, lagen in schwer-



stem feindlichen Flachfeuer, das bis zu 50 Kilometer hinter die Front ausholte. Die Pionierdepots, Proviantdepots und Lazarette zerbröckelten im Fernfeuer. Durch die Ausschaltung der Bahn Sedan-Metz war die Verbindung innerhalb des Armeebereichs und zu den Nachbarmeen auf das äußerste erschwert, so daß ein Schlag, gegen diesen Frontteil geführt, katastrophale Wirkungen gehabt hätte. Die "rückwärtigen Stellungen" standen sämtlich auf dem Papier und waren höchstens durch Tafeln markiert. Wie aber sah es bei der Truppe aus? Von einer Revolutionierung gar keine Spur. Aber die Müdigkeit und das grenzenlose Sehnen nach dem *einen* Wort Waffenstillstand leuchtete Mann und Offizier aus den Augen. Unser Auto mit der Flagge des Armeoberkommandos wurde bei jedem Halt auf dem Gefechtsfeld förmlich erstürmt, und man riß uns die Antwort auf die Frage nach dem Stand der Waffenstillstandsverhandlungen von den Lippen. Disziplin und soldatischer Geist aber steckte trotz allem noch in den erschöpften Gestalten. So sah ich am Morgen des Waffenstillstands ein sächsisches Infanterieregiment zum Gegenangriff schreiten, daß ein militärisches Herz seine Freude daran haben konnte. Die Masse aber war todmüde und bis zum äußersten erschöpft. Glaubt da noch ein Mensch, daß diese dünnen und ausgemergelten Linien den geballten Massen Mangins hätten standhalten können, wo selbst am Nordflügel der deutschen Armeen der Feind täglich bis zu 30 Kilometer an Boden gewann? Unsere jetzt wieder sehr mobilen Kraftmeier dürfen froh sein, daß diese schwerste Belastungsprobe der 5. deutschen Armee und dem gesamten deutschen Heer erspart geblieben ist. So sah die "erdolchte Front" in der rauhen Novemberluft des Jahres 1918 aus.

Als am Abend des 11. November die deutschen Marschkolonnen die Wiesengründe des Chierstals überschritten, Marschrichtung: der deutsche Rhein, da standen manchem von den tapferen Kämpfern dieses Blutjahrfünfts die Tränen in den Augen. *Dieser* Heimmarsch schmerzte bitter. Doch bald siegte überall das Lebensgefühl der Jugend. Die Revolution aber war für uns alle ein sagenhaftes Nebelgebilde. "Erdolcht" ist sich keiner von uns vorgekommen. Und wenn wir damals gewußt hätten, daß wir dem schrecklichsten "Sedan" der Kriegsgeschichte entronnen waren, dann hätten unsere Heimatlieder in jener Nacht noch einen reinern Klang gehabt. Das Ende der großen militärischen Tragödie fiel zeitlich mit der staatlichen Katastrophe Deutschlands zusammen. Und jetzt wollen Leute, die in der Vergangenheit vor Gericht gestellt worden wären, es unternehmen die Zerstörung der deutschen Wehrhaftigkeit durch ein System der Überhebung, der Verachtung des Gegners und der Blindwütigkeit gegen die eigene Truppe mit der Ausrede von einer Erdolchung der Front durch die Heimat aus der Welt zu schaffen?

Eine gewaltige Blutschuld hat das neudeutsche Militärsystem mit seinen Auswüchsen in den Stäben des mißleiteten Volksheers auf sich geladen, wie wenig sich auch seine Träger dessen bewußt wurden oder werden konnten. Dieser Blutstrom hat seine Quellen und Wurzeln in der Friedenserziehung des deutschen Heeres und seines Offizierkorps. Er brach aus und überschwemmte uns, als die verkrüppelte Idee eines großen Mannes, der Aufmarsch im Westen, zur Wirklichkeit wurde, und erstickte die Wehrkraft eines hochstrebenden, sein Letztes hergebenden Volkes durch das Übermaß bedenkenloser Führerleichtfertigkeit und nutzloser Menschenopfer, bis das Ende kommen mußte.





# PAUL BOMMERSHEIM · RELIGION UND WIRTSCHAFT



**J**EDER der verschiedenen Kulturwerte hat 2 Arten seines Auftretens, die wir als isolierte und als universelle bezeichnen können. In der *isolierten* Art seiner Erscheinung steht ein Wert für sich; er hat sich von allen anderen Lebensgebieten getrennt und ist gegen sie gleichgültig geworden. Die isolierte Kunst kümmert sich nicht darum, ob sie konzentrierter Ausdruck menschlicher Gemeinschaft ist oder nicht; es ist ihr gleichgültig, ob sie das Welterlebnis, die Weltanschauung versichtbart. Sie zieht sich von einer Durchdringung des alltäglichen Lebens zurück. In vornehmer Abgeschlossenheit will sie nur dem künstlerischen Genuß dienen; Kunst für die Kunst. In entsprechender Abgeschlossenheit bewegt sich eine isolierte Wissenschaft. Sie verachtet eine Wissenschaft, die engere Beziehungen zum Laientum hat. Sie sieht ein angewandtes Erkennen, das seine Ergebnisse dem praktischen Leben dienstbar macht, nicht als vollwertig an. Sie sucht und vollbringt nicht einen künstlerisch geformten Ausdruck ihrer Einsichten. Wissenschaft für die Wissenschaft. So gibt es auch eine isolierte Religion. Sie will mit der "Welt" nichts zu tun haben. Sie will sich von allem trennen, um sich im Innern nur auf ein Jenseits anzuspannen. Sie verabscheut die Kunst. Sie flieht die menschliche Geselligkeit; denn das führt zu irdischen Gedanken und Äußerungen. Sie will keine Wissenschaft; denn man braucht doch das nicht zu erkennen, mit dem man nichts zu tun haben will. Religion für die Religion. Ganz anders ist es, wenn diese Werte in der *universellen* Form auftreten. Hier will das einzelne Wertgebiet mit allen anderen Lebensgebieten Verbindungen eingehen, sie durchdringen, sich von ihnen durchdringen lassen. Universelle Kunst ist das sichtbare Wesen einer Gemeinschaft (etwa einer Kirche, eines Volks, einer Klasse), und sie hat Bedeutung für das Leben dieser Gemeinschaft; sie ist Ausdruck des Wissens und spielt nicht mit ungeglaubten Vorstellungen, wie moderne Maler bisweilen spielen mit Bildern von Christus, an den sie nicht glauben. Universelle Wissenschaft ist die klarste, umfassendste und geprüfteste begriffliche und sprachliche Formung dessen, was die Vielen im Unbewußten oder Bewußten bewegt, was sie hier dunkler, dort deutlicher ahnen, was hier mit ausschließender Einseitigkeit, dort mit vielseitigerm Wirklichkeitssinn behauptet wird. Universelle Wissenschaft sucht mit allen künstlerischen Kräften der Anschauung und der Sprache die Wahrheit darzustellen. Auch universelle Religion will das ganze Dasein durchdringen. So will sie Gemeinschaft aufbauen auf Grund der Ehrfurcht vor dem Menschen, die keine Sklaverei duldet. So will sie in Kunstwerken das heilige Gefühl für das All leuchten oder tönen lassen.

Es gibt also isolierte und universelle Religion. Und der Gegensatz zwischen dem Isolierten und Universellen zieht durch das gesamte Kulturleben. Zwischen diesen beiden Polen gibt es freilich Zwischenformen. So kann eine Religion sich zwar gegen die Kunst isolieren und sie ablehnen, zu gleicher Zeit aber mit ethischen Gemeinschaftswerten sich verbinden. Nun ist deutlich, daß isolierte Religion mit der Wirtschaft kein Verhältnis eingehen kann. Sie wird dem Wirtschaftlichen als einem Hemmnis an der seelischen Vollendung aus dem Weg gehen; wo eine solche Flucht nicht möglich ist, wird man mit schlechtem Gewissen und mit saurer Miene die Last auf sich neh-

men. Bei der isolierten Religion können wir nur lernen, wie wir Menschen an die Wirtschaft gebunden sind und gar nicht aus ihr heraus können. Wir können hier aber nicht lernen, wie die Wirtschaft sich mit religiösem Leben anfüllen kann. Das aber können wir in der universellen Religion. Denn die durchströmt ja unser ganzes Dasein, also auch die Wirtschaft.

Religion heißt *das Geheimnisvolle spüren*. Das muß aber bei universeller Religion ein Geheimnisvolles sein, das mit voller wissenschaftlicher Wahrscheinlichkeit nicht nur sich verträgt sondern notwendig verbunden ist. Es kann nicht aus lichtscheuer Flucht ins Unwissenschaftliche kommen. (Das wäre eine isolierte, wissenschaftsfeindliche Religion, die uns gar nicht mehr gemäß ist.) So ist denn auch die moderne Wissenschaft und Wissenschaftslehre wiederholt auf die folgenden beiden ersten Arten des Geheimnisvollen aufmerksam geworden.

Die eine Art sei das Geheimnis der *neuen Fragen* genannt. An jede Erkenntnis knüpfen sich neue Fragen, die zunächst noch unbeantwortet, noch Geheimnis sind. Man fragt etwa: Wodurch kommt die grüne Farbe der Pflanzenblätter? Man vergleicht dann eine Pflanze, die im Dunkeln erwuchs, mit einer, die im Sonnenlicht erwuchs, und erkennt: Das Sonnenlicht verursacht die grüne Farbe. Sofort aber erhebt sich ein Bündel von Fragen: Wie macht das denn das Sonnenlicht? Ist es die einzige Ursache, oder müssen noch andere Ursachen dazu kommen? Ist das ganze Sonnenlicht nötig oder genügen bestimmte Teile von ihm? Und so fort. Aus der Beantwortung jeder dieser Fragen ergibt sich aber wieder eine Schar neuer Fragen. (In der Regel lassen sich diese Fragen beantworten, aber das Geheimnis bleibt, weil immer wieder neue Fragen auftauchen.)

Die andere Art sei als das Geheimnis des *Einmaligen* bezeichnet. Hier liegt ein Apfel. Die Botanik hat eine große Zahl allgemeiner Erkenntnisse über die Äpfel. Sie weiß, daß die Äpfel aus Zellen bestehen, in der Haut aus anderen als im Fleisch; sie weiß, welche Stoffe in den Äpfeln enthalten sind; usw. Aber nie weiß sie, wie viel tausend dieser winzigen Zellen gerade in diesem Apfel hier sind, wodurch sich hier jede Zelle von allen anderen in ihrer Form unterscheidet, wie jede einzelne Zelle mit ihren Nachbarn verbunden ist, wie jedes dieser kleinen Weltpartikelchen in seinem Innern auf besondere, von allen anderen verschiedene Weise zusammengesetzt ist; usw. Eine Unendlichkeit unergründlicher Geheimnisse ist hier in diesem Apfel verborgen. So ist es mit jedem Einmaligen, mit dem einmaligen Vorgang, wenn ich diesen Apfel hier esse, und mein Magen ihn verdaut, mit der Einmaligkeit des Automobils, das eben draußen vorbeifährt, mit der Einmaligkeit dieses Hauses, in dem ich sitze. Alles Wirkliche ist einmalig und deshalb voller Geheimnisse dieser Art.

Bisher sprachen wir von Fragen, die noch nicht beantwortet sind, und von solchen, die nie beantwortbar sind. Nun aber kommen wir zu dem Geheimnis des *Außerfraglichen*. Die Wirklichkeit gibt uns Antwort auf Fragen, die wir an sie stellen. Da uns aber immer wieder neue Fragen kommen und in Zukunft kommen werden, so müssen wir wissen, daß es vieles gibt, nach dem wir nicht einmal fragen, das außerhalb unserer Fragen liegt, das außerfraglich ist. Es gibt vieles, was so geheimnisvoll ist, daß man gar nicht sagen kann, was daran geheimnisvoll ist; aber man spürt doch: Hier gibt es noch etwas, das uns fremd ist.

Man kann wissen, daß es diese Arten von Geheimnis gibt, und dabei doch nicht religiös sein. Erst wenn uns vor all diesem Rätselhaften ein Staunen ankommt, wenn wir uns über dieses Unbekannte wundern, wenn uns Ehrfurcht erfüllt vor all diesem, was über unserm Verstand steht, vor dem Gelehrte und Ungelehrte gleich sind, erst dann sind wir zum Religiösen gekommen. Und dieses ehrfürchtige Ergreifensein vor dem Geheimnisvollen entscheidet, auch wenn man gar nichts weiß von den besprochenen Arten des Unbekannten.

In diesem Geheimnisvollen ruht die Wirtschaft. Die ist in ihren Grundlagen Essen und Trinken, Schutz gegen die Unbill der Umgebung, der Luft, schädlicher Organismen usw. (Konsumtion) und Beschaffung alles dessen, was dazu nötig ist (Produktion und Produktionsmittel). Die Kartoffel, die ein Mensch isst, trägt all jenes Rätselhafte in sich. Wir werden nie zu Ende kommen mit Fragen, um auch nur von einer Kartoffel so viel zu wissen, daß keine weiteren Fragen mehr möglich sind. Jede einzelne Kartoffel ist in sich so unergründlich wie jener Apfel oben und ist von dem außerfraglichen Geheimnis umwuchert. So steht es auch um jedes Produktionsmittel. Gewiß wissen wir viel von einer Maschine; und wir wollen und werden immer mehr von ihr wissen. Aber auch hier ist jede Erkenntnis nur der Anlaß zu neuen Fragen. Auch hier sind die Kräfte, die eben diese Maschine erschüttern, in ihrer Einmaligkeit uns unerforschbar. Und wir wissen nicht, wie viel unser Geist hier noch gar nicht merkt und ahnt. Eine Kartoffel essen heißt mit dem Geheimnis verkehren. Eine Maschine bedienen heißt mit dem Geheimnis verkehren. Nun ist es wohl unmöglich, daß man beim Essen oder bei der Arbeit beständig das Rätselhafte spürt oder gar an seine Arten denkt. Aber manchmal kann es uns erfassen, vielleicht wenn wir die braune Haut einer Kartoffel schälen. Das Kind, das noch nicht abgestumpft ist, wird leichter als der Erwachsene davon ergriffen. Bei der Maschine werden wir straff aufpassen und exakt alle Handgriffe vollziehen. Aber irgendwann einmal, vielleicht in einer Arbeitspause, staunen wir, welch ein geheimnisvolles Wesen dies ist: "Maschine". Der Erforscher der Ökonomie will immer mehr das Unbekannte vertreiben, das Wirtschaftsleben immer mehr in strenge, unerbittliche Begrifflichkeit fassen, ohne romantische Ausflüchte. Aber auf einmal hält er inne, ehe er weiter forscht: Das Ewig-Geheimnisvolle geht durch ihn. Hier überall ist gespürt worden, wie die Wirtschaft im Religiösen ruht.

Religion heißt nicht nur vom Geheimnis ergriffen werden. Religion heißt auch *das All fühlen*. Und dies Allgefühl ruht auf jenem Sinn für das Geheimnisvolle. Denn klar und deutlich erkennen werden wir das All nie, wenn wir das nicht einmal bei einem Apfel können. Gewiß wird ein wundervolles Fortschreiten in der Aufklärung sein. Aber doch lagert ringsum immer das Unergründliche im All. So können wir wohl einzelne Beziehungen wissen, die von einem Gegenstand in den Kosmos ausgehen. Aber die Milliarden von Beziehungen, die nach allen Seiten ausstrahlen, nach Nächstem und Fernstem, die von überall her heranstrahlen, die sind unausdenkbares Rätsel. So ruht das Allgefühl auf dem Spüren der Geheimnisse. So mußte beides bei einem Dichter wie Whitman verbunden sein.

So im All stehen die Gegenstände der Wirtschaft. Eine Kartoffel: In ihr sind Kräfte, die von der Sonne durch den Weltraum kamen, die von den

Kartoffelblättern gesammelt wurden. In ihr sind Stoffe, die sich einstmals von der Sonne trennten, als die Erde dorthier kam; vielleicht wurden sie einmal aus einem Vulkan herausgeschleudert, inzwischen sind sie durch Bäche gewandert, sind sie in Pflanzen eingegangen und in Tiere, vielleicht auch in Menschen, bis sie von Fäulnisbakterien wieder der Erde zurückgegeben wurden. Und das ist viele tausendmal in den Jahrtausenden geschehen: All das ist nun zusammengeballt in dieser kleinen Kartoffel, die ich eben in der Hand halte. So viel wissen und ahnen wir. Aber wir ahnen auch, daß damit nur ein kleines Stückchen aus den Verflechtungen der Kartoffel ins Weltall erfaßt ist. Und das ist keine Phantasie eines Dichters, das ist wirklich so. In der Maschine arbeiten Kräfte, die einstmals von der Tropensonne in Steinkohlenwäldern aufgesogen wurden. Wohl wissen wir gar manches über jene Zeiten. Die Energieen, die jetzt gerade dies Schwungrad treiben, haben Schicksale gehabt, die sie vom Umkreis des Kosmos trafen; wenn uns auch da vieles Geheimnis bleiben muß.

Im Wirtschaftsleben stehen wir aber nicht beschauend still vor diesem unendlichen Weltgeschehen. Wir nehmen an ihm teil. Wir greifen ein in das All, und das All greift in uns ein. Alles Graben und Säen und Mähen auf den Feldern, das Bauen von Straßen und Wegen, das Hinabsteigen in die Gesteine der Erde, das Beherrschen tobender Maschinenhallen, die langen Reihen der Güterzüge in der Landschaft; all dies dient dem Einströmen kosmischer Stoffe und Kräfte in unser Leben, durch die unser Dasein in der Welt erst möglich wird. So verliert unser wirtschaftliches Handeln die "idealistische" Entwertung. So bekommt es selbst die religiöse Würde, die allem Eingeeordneten ins All verliehen ist.

Freilich, nicht der einzelne Mensch für sich allein ist so wirtschaftlich ins All geknüpft. Die Wirtschaft ist ja eine Angelegenheit menschlicher Gesellschaft. Diese stellt die Verbindung mit dem All her. Damit nimmt auch sie teil an dem religiösen Charakter dieser Verbindung: die menschliche Gesellschaft ist als Wirtschaftsgesellschaft schon religiöse Gemeinschaft. Sie ist insofern die fundamentalste religiöse Gemeinschaft, als sie die Grundlagen für unser Dasein in der sichtbaren Wirklichkeit schafft. Und weil sie die fundamentalste ist, muß es sich in ihr weisen, ob Religion in einer menschlichen Gruppe lebendig ist; denn dann wird sie auch das Fundamentalste von seinem religiösen Sinn her gestalten. Deshalb hatten und haben wir kein Christentum, weil wir keine Wirtschaft im Geist Christi haben. Und das ist die hohe Bedeutung, welche die moderne Betonung des Wirtschaftlichen für die Entwicklung der Religion hat, daß sie uns lehrt: In der Wirtschaft einer Gesellschaft können wir die Ernsthaftigkeit ihrer Religion prüfen. Hier muß sie sich bewähren.

Damit ist schon ein weiteres berührt: Religion heißt auch *Handeln*, nicht bloß Fühlen. Wir müssen uns vor Mißverständnissen hüten, wenn wir sagen: Religion heißt aus jenen Gefühlen heraus handeln. Denn religiöse Gefühle, die zum Handeln drängen, können sich ebenso isolieren wie religiöse Gefühle, die sich von Handeln und Welt abkehren. Blind und schwärmerisch pfuschen solche isolierten Gefühle an ihrem Vorhaben herum, ohne es wirklich zu machen. Oder sie stoßen rücksichtslos alles um, was ihnen entgegen ist, wild im Zerstören und unfähig zu dauerndem Aufbau. In beiden Fällen hat die isolierte Religiosität die Gesetze des Weltalls, die Gesetze der Sache

verachtet. Universelle Religion handelt auch auf Grund der religiösen Gefühle. Aber diese Gefühle treiben sie an in strenger Zucht sich in die *Sache* zu vertiefen, die gesetzmäßige Wirklichkeit des Gegenstandes kennen zu lernen, um in ihm zur Verwirklichung zu kommen.

Universelle Religion heißt so auch *Handeln* auf Grund der *religiösen Gefühle* in *Sachgerechtigkeit*. Das erstreckt sich auch auf das wirtschaftliche Leben. Aus der Durchdringung der Wirtschaft mit dem Religiösen ergeben sich bestimmte Grundurteile und Grundforderungen. Daß es in einer Wirtschaftsform Arme gibt, das ist nicht nur ein Unrecht, das diese Gesellschaft an den Menschen begeht. Das ist auch ein Frevel am All. Denn arm sein heißt von den Beziehungen ins All in einen dürftigen Winkel zurückgestoßen sein. Hier hat man die Fäden abgeschnitten, die das Weltall nach einem Menschen sandte. Es ist Frevel am All, wenn einzelne Menschen die Grundlagen der Wirtschaft beherrschen, um damit die anderen von ihrem Willen abhängig zu machen. Solche zunächst noch ganz allgemeine und noch recht unbestimmte Prinzipien des Sozialismus erwachsen auf der religiösen Beleuchtung der Wirtschaft. Welche besonderen und ganz bestimmten Formen diese allgemeinsten Prinzipien annehmen, das kann sich nur aus dem sachlichen, das heißt wissenschaftlichen Eindringen in den Gegenstand: die Wirtschaft ergeben. Religiöse Einsicht in die Wirtschaft bedeutet nicht Flucht vor der ökonomischen Wissenschaft sondern Beginn der Vertiefung in sie.

## WALT WHITMAN, DIES IST DIE WEIBLICHE FORM, ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



IES ist die weibliche Form.

Ein göttliches Strahlen enthaucht ihr vom Kopf bis zum Fuße.

Mit wütender, unverweigerlicher Anziehung zieht sie an.

Ich werde von ihrem Atem hingenommen, als wär' ich nichts mehr denn hilfloser Rauch, alles fällt fort außer mir

und ihr:

Bücher, Kunst, Religion, Zeit, die sichtbare und feste Erde, was vom Himmel erwartet oder von der Hölle befürchtet wurde: nun ist's fort und dahin.

Tolles Faserwerk, unbezähmbares Sprossen spielt aus ihr hervor, die Gegenwart abermals unbezähmbar,

Haar, Busen, Hüften, Gliederlösung, lasses Hinfallen der Hände: alles ergossen, auch an mir;

Ebbe gestachelt von Flut, Flut gestachelt von Ebbe, schwellende Liebe, süß schmerzhaft,

Unbegrenzte klare Ergüsse der Liebe, heiß und ohne Maß, schauernder Gallert der Liebe, weißer Durchbruch und zuckender Saft,

Bräutliche Nacht der Liebe, sanft und sicher gewirkt in die hingestreckte Dämmerung hinein,

In den willigen, gewährenden Tag wellend,

Verloren in der Anschmiegung des umfangenden Tages.

Dies ist der Keim. Nachher wird das Kind vom Weibe geboren, der Mann vom Weibe geboren.

Dies ist das Bad der Geburt, dies das Einsenken von Klein und Groß und das Wiederhervorkommen.

Schämt euch nicht, Frauen! Euer Vorrecht schließt alle übrigen ein, ist der Ausgang aller übrigen.

Ihr seid die Pforten des Leibes und seid die Pforten der Seele.

Das Weib enthält alle Eigenschaften und lindert sie;

Es ist an seinem Platz und bewegt sich in vollkommenem Gleichgewicht;

Es ist alles, schicklich verschleiert, ist beides, tätig oder untätig;

Es hat Töchter so gut zu empfangen wie Söhne, Söhne so gut wie Töchter.

Wie ich meine Seele im Gegenbild der Natur schau,

Wie ich, durch einen Nebel hindurch, das Eine schau in unaussprechlicher Vollkommenheit, Gesundheit, Schönheit:

So schau' ich das Weib, sein Haupt geneigt und die Arme über die Brust gefaltet.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Außenpolitik / Ludwig Quesel

England und Europa Die englisch-amerikanische Entente, die in London als das stolze Ergebnis der

Washingtoner Konferenz gefeiert worden ist, hat England die volle Stoßkraft der englischsprechenden Völker der Erde gegen die kontinentaleuropäische Idee Frankreichs gegeben. In Washington hat sich England die Unterstützung Amerikas zur Neuordnung und zum Wiederaufbau des europäischen Kontinents gesichert, natürlich im Sinn der angelsächsischen Weltherrschaft. Wie Amerika die unbeschränkte Führung auf dem amerikanischen, so verlangt England die unbedingte Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent.

Dieser Sachverhalt stellt insoweit etwas Neues dar, als es nach Abschluß des Versailler Vertrags einige Zeit schien, als ob England auf das balance of power-System zugunsten einer schwachen Hegemonie Frankreichs in Europa verzichtet hätte. London schien geneigt den französischen Präsidenten gewissermaßen als britischen Statthalter in der angelsächsischen Provinz Europa fungieren zu lassen. Bald zeigte es sich aber, daß Frankreich für die ihm zuge dachte Rolle nicht zu haben war. In Paris nahm man den großen Gedanken der Einigung des neuen Europas mit Energie auf, aber nicht zu dem Zweck, um aus dem europäischen Kontinent ein neues Indien zu machen. So erwies sich Lloyd Georges Hoffnung Frankreich durch den Versailler Vertrag in das starke Netz der englischen Weltmacht

einspannen zu können, bald als eine große Illusion. Ein Zurück zu dem Gleichgewichtssystem war aber für England auch nicht möglich, und zwar allein schon aus dem Grund, weil in Europa eine Wehrmacht, die man der stolzen Armee Frankreichs hätte entgegenstellen können, gar nicht mehr vorhanden war. Angesichts dieser Sachlage ist für England jetzt die unmittelbare Beherrschung Europas, und zwar eine straffe und unbedingte Beherrschung, wieder oberster Grundsatz der Politik geworden. Wie sie gegenüber Frankreich territorial erzielt werden könnte, wird jetzt in der englischen Presse eifrig erörtert.

Rheinlandpläne Der besondere Stein des Anstoßes ist für London Frankreichs starke militärische Stellung am Rhein. Aber so wenig wie in französischer wünscht England das Rheingebiet in deutscher Gewalt zu sehen. Was man in London erstrebt, ist die Ausschaltung nicht nur Frankreichs sondern auch Deutschlands aus dem Rheingebiet, und zwar durch dessen Neutralisierung. Den Weg das Rheingebiet zu neutralisieren und unter englischen Einfluß zu bringen hat der hervorragende politische Publizist Dillon, der die Ideen des Foreign Office der britischen Öffentlichkeit kundzumachen pflegt, in der Fortnightly Review offen und klar vorgezeichnet. Als Strafe für die Nichterfüllung des Versailler Vertrags soll England Rheinpreußen, die Pfalz, Rhein Hessen und Baden von Deutschland loslösen und dieses Gebiet politisch und ökonomisch mit Holland, Belgien und der Schweiz

vereinigen. Ein solcher neutraler Ländergürtel würde sowohl die Gefahr eines deutschen als auch eines französischen Rheins für England beseitigen. In London glaubt man für eine solche Neuordnung Westeuropas in Genua nicht nur Italien und die Kleine Entente sondern auch einflußreiche Kreise Frankreichs, die sich durch die proenglische und antifranzösische Haltung der deutschen Presse tief beunruhigt fühlen, gewinnen zu können. Öffentlich wird die Frage des neuen Rheinbunds in Genua ganz gewiß nicht erörtert werden, um so eifriger aber in vertraulichen Verhandlungen. Für die Beurteilung der Aussichten dieses Plans ist es nicht uninteressant, daß der rheinische Patriot Trevier in 2 Artikeln der Grenzlandkorrespondenz die Ansicht vertritt, die von England für das Rheinland drohende Gefahr müsse viel höher eingeschätzt werden als die französische. »Und was das Schlimmste wäre: die allmähliche Loslösung der neutralisierten Rheinlande von Deutschland, das könnte der englischen Politik gelingen. Nicht auf einmal, aber in 2, 3 Jahrzehnten. Sie würde keine Gewaltexperimente machen wie etwa Frankreich. Würde nur die langsame wirtschaftliche Umstellung nach Holland, Belgien über England in den englischen Welthandel durchführen. Indes sie das übrige Deutschland für Jahrzehnte in den Wiederaufbau Rußlands und des Ostens einspannen würde.«

Man wird gut tun die Gefahr, die in Genua dem Rheinland droht, recht hoch einzuschätzen. Widerstand werden die britischen Rheinbundpläne in den französischen Kreisen um Poincaré finden. Diese werden sich durch die von England so freigebig dargebotene Auflösung der deutschen Reichseinheit und Sicherung Frankreichs gegen deutsche Angriffe über ihren wahren Charakter nicht täuschen lassen. In Wirklichkeit handelt es sich hier um einen Vorstoß des britischen Kontinentalimperialismus gegen die französische Kontinentalpolitik.

Frankreich und England sieht man von den Sozialisten ab, so ist sich Frankreich darin einig in der

Konferenz von Genua die Plattform für einen Vorstoß des britischen Kontinentalimperialismus gegen das neue Europa zu sehen. Diesen Vorstoß abzuschlagen ist das Ziel der französischen Politik. Sich für die britische Rheinbundidee als angelsächsische Gegengabe für eine französische Abrüstung einzufangen zu

lassen liegt Poincaré ganz fern. Die von England dargebotene Auflösung der deutschen Reichseinheit übt wenig Anziehungskraft auf ihn aus. Überhaupt lehnt Poincaré es ab den Boden der Friedensverträge England gegenüber zu verlassen. Aus diesem Grund will Frankreich erst dann nach Genua gehen, wenn eine interalliierte Verständigung über das politische Programm der Völkerkonferenz erzielt worden ist. Als dessen wichtigste Punkte erscheinen Poincaré die Fragen, ob die Friedensverträge intakt bleiben sollen, und Rußlands Zulassung von seiner Anerkennung des Privateigentums abhängig zu machen ist. Außerdem will Frankreich vorher die deutschen Zahlungen von der Reparationskommission geregelt und die Bedingungen des griechisch-türkischen Friedens festgestellt wissen. In einem Memorandum, das Anfang Februar nach London ging, sind die Bedingungen Frankreichs für dessen Teilnahme an der Konferenz von Genua niedergelegt worden.

Sehr wenig Gegenliebe fand in Frankreich auch Lloyd Georges Idee das Programm von Genua sehr stark zu reduzieren, dafür aber alle 6 Monate eine europäische Weltkonferenz einzuberufen. Von diesen "periodischen Genuas" will insbesondere Poincaré nichts wissen. Überhaupt steht man in Paris allen britischen Anregungen mit großem Mißtrauen gegenüber. Insbesondere fürchtet man, daß die in London vorbereiteten Vorschläge über die Okkupationslasten des Rheinlands, die Ausführung der Wiesbadener Beschlüsse und die Verteilung der deutschen Geldleistungen keinerlei Rücksichtnahme auf die finanzielle Not Frankreichs zeigen werden. Als *conditio sine qua non* der französischen Teilnahme an der Konferenz in Genua sieht Frankreich auch eine positive Entscheidung der Reparationskommission über die Beschränkung der deutschen Notenausgabe, die Reduzierung der Ausgaben des deutschen Reichshaushalts und die Erfassung der Devisen des deutschen Exporthandels an.

Auf das oben erwähnte Memorandum der französischen Regierung ist von englischer Seite eine schriftliche Antwort nicht erfolgt. Statt dessen fand am 25. Februar eine Konferenz Lloyd Georges mit Poincaré in Boulogne statt, auf der das Programm von Genua festgesetzt wurde. Die 3 Stunden, die in Boulogne beraten wurde, waren ausreichend, um die Hoffnungen der anglophilen Kreise

Deutschlands zu zerstören. Wenn es auch wahr ist, daß schon Briand in Cannes Frankreichs Beteiligung an der Genueser Konferenz von der Ausschließung aller Erörterungen über die Pariser Friedensverträge und das Londoner Zahlungsproblem abhängig gemacht hatte, so war nichtsdestoweniger in Deutschland die Hoffnung lebendig, es werde der Londoner Diplomatie gelingen die französischen Vorbehalte zu überrennen. Schon das Memorandum hätte jener deutschen Hoffnung den Todesstoß geben müssen. Obwohl es nicht im Wortlaut veröffentlicht worden ist, ließ Poincaré aus seinem Inhalt doch bekannt werden, daß er an den Briandschen Vorbehalten unerschütterlich festhalte. Das Ergebnis von Boulogne zeigt, daß Poincaré auch Lloyd George gegenüber von seinem Standpunkt nicht abgewichen ist. Lloyd George hat sich in Boulogne verpflichten müssen weder den Versailler Vertrag noch das Londoner Zahlungsprogramm in Genua in Frage zu ziehen. Selbst stark anglophil orientierte deutsche Zeitungen erkennen jetzt an, daß in Genua für Deutschland »nichts Konkretes herauskommen« werde. Von einer Revision des Versailler Vertrags darf in Genua nicht einmal gesprochen werden, und was die Reparationen betrifft, so wird nicht die Genueser Konferenz sondern die Reparationskommission bestimmen, wieviel Deutschland 1922 zu zahlen hat. Im ganzen stellt das Ergebnis von Boulogne einen glatten Sieg der europäischen Politik Frankreichs dar. Man begreift die französische Genußtuung, daß England, das bei den Friedensverhandlungen den Rahm abgeschöpft, das deutschen Kolonialreich annektiert, der deutschen Handelsflotte sich bemächtigt und von der ersten Reparationsmilliarde einen großen Teil an sich gezogen hat, in Boulogne wenigstens daran gehindert worden ist in Genua Deutschland auf Kosten Frankreichs vor dem Forum Europas Zahlungsvereicherungen zu gewähren. Für Deutschland aber zeigt Boulogne, daß die Hoffnung auf die Hilfe Englands wieder einmal trügerisch gewesen ist und lediglich das eine bewirkt hat; daß die deutsche Außenpolitik auf Irrwege geführt wurde.

**Frankreich und die Mittelstaaten Europas** Will man den großen Erfolg verstehen, den Frankreich in Boulogne errungen hat, so wird man an den Alliierten Frankreichs nicht vorübergehen können. Man merkt jetzt in London, daß Lloyd

George in Versailles bei der Entwaffnung Deutschlands des Guten zu viel getan hat. England hat Frankreich am Rhein eine militärische Stellung eingeräumt, die es in Europa tatsächlich unangreifbar macht. Dazu kommt, daß im neuen Europa eine militärische Macht, die England gegen Frankreich ausspielen könnte, nicht vorhanden ist. Die schönen Tage des balance of power-Systems sind für England vorüber. Andererseits wird durch die kontinental-europäische Politik Frankreichs auch der Erfolg des britischen Strebens das neue Europa zu einem balkanischen Brandherd zu machen in Frage gestellt. Eine Reihe der europäischen Staaten zählt heute zu den Alliierten Frankreichs. Da ist Belgien, das heute mit Frankreich eine militärische Einheit bildet, so daß die flandrische Küste als Unterseebasis fest in französischer Hand ist. Da ist Rumänien, das sich kulturell und militärisch mit Frankreich eng verbunden fühlt. Da ist Tschechien, das seine auswärtige Politik konsequent in Paris orientiert. Da ist Jugoslawien, das Frankreichs Hilfe gegen Griechenland und Italien braucht. Da ist endlich Polen, das ohne Frankreich seine Existenz nicht aufrechterhalten kann. Es ist nun der französischen Staatskunst gelungen die letztgenannten Staaten zu einer Quadrupelallianz zu vereinigen. Es war wohl auch kein Zufall, daß Poincaré diesen Erfolg seiner Diplomatie gerade an dem Tag bekannt geben ließ, als Lloyd George in Boulogne französischen Boden betrat. In London weiß man, daß in Genua die Stoßkraft der 70 Millionen der Quadrupelallianz sich gegen eine den Kontinent zerstückelnde britische Politik richten würde.

**Frankreich und Rußland** Es scheint so, als ob auch das bolschewistische Rußland den Versuch machen wird sich in Genua zu dieser Allianz zu gesellen und jedenfalls Anschluß an Frankreich zu suchen. Der besonders liebenswürdige Ton der Funksprüche Tschitscherins an Poincaré am Vorabend der Konferenz von Boulogne läßt darauf schließen. Der französische sozialistische Abgeordnete Léon Blum will sogar wissen, daß Lenin durch Radek eine politisch-militärische Entente zwischen Rußland und Frankreich herstellen lassen möchte. Welchen Gebrauch Frankreich von den bolschewistischen Anerbietungen machen wird, kann ruhig dahingestellt bleiben. Wichtig zur Be-



urteilung der europäischen Gesamtlage ist lediglich, daß die bolschewistische Regierung, deren Politik darin besteht ihr eigenes Dasein von Vierteljahr zu Vierteljahr zu verlängern, als das geeignete Mittel dazu zurzeit eine Anlehnung an Frankreich ansieht, dessen europäische Machtstellung sie richtig erkennt. Andererseits besteht, wie auch aus den sehr bemerkenswerten Äußerungen des Temps zu dieser ganzen Frage hervorgeht, in Frankreich keinerlei Sorge darüber, daß Lenin in Genua die Propaganda für die "Weltrevolution" wieder aufnehmen könnte. Seitdem es klar ist, daß der Bolschewismus in Rußland zur Zerstörung der Industrie, zu einer furchtbaren Agrarkrise und zu einem Massensterben durch Hungersnot geführt hat, sieht man in der bolschewistischen "Idee" keine reale Gefahr für das übrige Europa mehr.

Von großem Interesse ist die Einstellung der französischen und englischen Regierung dem russischen Wiederaufbau gegenüber. Beide Regierungen stimmen darin überein, daß dieser durch Sachleistungen Deutschlands auf Grund des Versailler Vertrags in die Wege geleitet werden soll. In Genua will England den deutschen Ausfuhrüberschuß nach Rußland ableiten, um dem deutschen Valutadumping ein Ende zu bereiten, das man in London für die britische Arbeitslosigkeit verantwortlich macht. Nicht ganz so weit wie England will Frankreich gehen. Die unentgeltlichen Sachleistungen Deutschlands an Rußland will die französische Regierung im Rahmen der Wiesbadener Abmachungen vor sich gehen lassen. Die Gesamtsumme der deutschen Sachleistungen soll also nicht erhöht werden. Nur soll ein Teil davon, der nach Frankreich gehen sollte, sich nach Rußland ergeben. Als Gegenleistung fordert Frankreich von Rußland die Verzinsung der vor dem Krieg und im Krieg an Rußland geliehenen Summen und selbstverständlich auch die Anerkennung dieser Schuld, wobei man natürlich damit rechnet, daß die ersten Zinszahlungen Rußlands an Frankreich erst in späterer Zeit erfolgen werden.

Aus den Erörterungen in den französischen Zeitungen, in denen die Gesichtspunkte aufgestellt werden, die für eine Kooperation Frankreichs mit Rußland in erster Linie beachtet werden müssen, hat die englische Presse bereits Verhandlungen zwischen der bolschewistischen und der französischen Regie-

rung gemacht. Die britische Regierung, die Jahre hindurch das Spiel mit "Verhandlungen" mit den Bolschewisten und "Anerkennung" der "Sowjetregierung" getrieben hat, scheint zu besorgen, daß sie auf diesem Feld von Frankreich mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden könnte. Und auch in Deutschland, wo man immer den englischen Spuren folgt, äußert man, teilweise im Ton heftiger Entrüstung, ähnliche Befürchtungen. Vielleicht nicht mit Unrecht. Doch wird man hier zwischen einer politisch-diplomatischen Stellungnahme zur Ausnutzung einer bestimmten Situation und der Richtung der Gesamtpolitik zu unterscheiden haben. Frankreich, die einzige Macht, die sich über die militärische Unkraft des bolschewistischen Rußlands im klaren war, als alle Welt die Einnahme Warschaus durch die Rote Armee erwartete, kennt auch seine »geradezu enorme aufbauende Wirtschaft« Simonsscher Prägung und die Bedingungen einer Wiederaufrichtung Rußlands genau, und es wird sie schwerlich gefährden, da seine Politik auf die Wiederaufrichtung des Russischen Reichs in der Zukunft gerichtet ist. Doch bleibt zu beachten, daß England auch im Punkt Rußland jetzt in Frankreich einen in jedem Betracht geschickten Gegenspieler gefunden hat.

Peter I. † Peter I. Karageorgewitsch, König der Serben, ist in seinem 78. Lebensjahr am 17. August 1921 gestorben. Er war unter den europäischen Fürsten ein Mann ungewöhnlicher Art. Als Sohn des Bauernfürsten Alexander, der von den Obrenowitsch gestürzt wurde, mußte er von seinem 14. Jahr an in der Verbannung leben. In der Militärakademie von Saint-Cyr erhielt er seine militärische Ausbildung. Im deutsch-französischen Krieg focht er als Freiwilliger gegen Deutschland; er wurde gefangen und entwich aus dem deutschen Lager, um unter Bourbaki den Kampf gegen Deutschland fortzusetzen. Als Dank für seine Tapferkeit machte Frankreich den 26jährigen zum Ritter der Ehrenlegion. Der Befreiungskampf der serbischen Bauern gegen die Osmanen führte Peter nach Bosnien. Nach 20 Monaten grimmigen Bandenkampfs mußte er fliehen, weil gedungene Meuchelmörder ihm auf den Fersen waren, und die türkischen Grundherren jedes Gebüsch der bosnischen Wälder nach ihm absuchten. Der mit einer Prinzessin von Montenegro Ver-

mählte findet im Exil den Weg zum Sozialismus. Er übersetzt Saint-Simon, Proudhon, Bakunin und Marx. Seinem demokratisch-sozialistischen Ideal hätte es am besten entsprochen als Präsident der serbischen Republik nach dem Sturz der Gewaltherrschaft der Obrenowitsch in die Heimat zurückzukehren. Dazu war die republikanische Idee in Serbien aber noch zu schwach. Peter nahm die ihm dargebotene Krone an, sorgte aber dafür, daß eine Verfassung auf demokratischer Grundlage zustande kam, die dem Serbenkönig nicht mehr Rechte gibt, als sie etwa der Präsident der französischen Republik aufweisen kann. Inmitten des serbischen Bauernvolks konnte Peter seine sozialistischen Ideale nur im Rahmen des Agrarsozialismus verwirklichen. Er förderte die Agrarreform dergestalt, daß er jedem Serben einen Anteil am heimatlichen Boden; ein Erbgut, zum mindesten aber eine Heimstätte sicherte. Über die Rolle, die Peter in den Balkankriegen und im Weltkrieg gespielt hat, sind die Akten noch nicht geschlossen. Unparteiische Geschichtsschreibung wird einst vieles anders erscheinen lassen als es die deutsche Presse hingestellt hat. Daß Peter in beiden Kriegen Beweise großen Heldentums geliefert hat, wird auch von seinen Gegnern nicht bestritten. Seinem Volk wird die von Tragödienschauern umwallte Gestalt des gekrönten Sozialisten, des im Graus des Rückzugs durch Schnee und Eis taub gewordenen, fast erblindeten und von Frostbeulen bedeckten Greises stets ehrwürdig bleiben. Auf seinem Denkmal aber sollen laut Parlamentsbeschluß nur die Worte stehen: »Peter Karageorgewitsch, der große Befreier.«

**Kriegs- und  
Nachkriegs-  
publikationen**

Im 2. Teil von *Theobald von Bethmann Hollwegs* Betrachtungen zum Weltkrieg /Berlin, Reimar Hobbing/, den nach seinem Tod sein Sohn nach hinterlassenen Aufzeichnungen zusammengestellt hat, ist der 5. Kanzler des Kaiserreichs eifrig bemüht jede Schuld an der Verlängerung des Krieges von sich abzuwälzen. Wie der 1. Teil seiner Memoiren muß allerdings auch der vorliegende 2. als Verteidigungsschrift eines schwer belasteten Angeklagten angesehen und bewertet werden, nicht etwa als die wahrheitsgemäße Schilderung eines Beobachters der deutschen Politik vor und in dem Weltkrieg. Am Ausbruch des Weltkriegs wie an seiner unvorhergesehenen langen Dauer will Beth-

mann Hollweg nun völlig unschuldig sein. Wirklich beweisen konnte er im 1. Teil seiner Betrachtungen aber nur, daß er unfähig war einem Krieg mit der von England zusammengebrachten und geführten Weltkoalition auszuweichen. Und wo er sich gegen die Anklage wendet, er trage die Schuld an der Verlängerung des Krieges, gewinnt man nur den Eindruck, daß er zu schwach war in den dafür günstigen Jahren 1915, 1916 und 1917 den Frieden herbeizuführen. Er geht bei seiner Verteidigung von der Ansicht aus, daß wirkliche Siege von der kaiserlichen Armee weder im Osten noch im Westen errungen worden seien. »Politisch gesehen, waren alle unsere Siege nur glückliche Verteidigung.« Andererseits meint Bethmann, daß auch die Niederlagen der Armee nicht groß genug waren ihn zum Frieden zu zwingen. Gegen diese Auffassung wird sich viel einwenden lassen. Nachdem die kaiserlichen Heere unter von Prittwitz in Ostpreußen, unter von Moltke an der Marne und unter von Hindenburg und Ludendorff an der Weichsel innerhalb weniger Monate 3 schwere Niederlagen erlitten hatten, wäre es angesichts der feindseligen Haltung Amerikas gegen Deutschland im Frühjahr 1915 wohl an der Zeit gewesen die Konsequenzen daraus zu ziehen. Daß die Siege der Russen über die österreichisch-ungarische Armee in Polen und Galizien und über Hindenburg-Ludendorff an der Weichsel bei den britischen Politikern, die ein Erstarken Rußlands in Europa noch weniger wünschen konnten als einen Machtzuwachs Deutschlands, starke Friedensneigungen hervorriefen, wagt Bethmann Hollweg allerdings nicht ganz in Abrede zu stellen. In einer den Sachverhalt stark verschleiernnden Weise läßt er durchblicken, daß er die Friedensmöglichkeiten von 1915 nicht ausgenutzt hätte, die die in London sehr unerwünschten Siege der russischen Feldherren über Feldmarschall Conrad, von Prittwitz, von Hindenburg und Ludendorff geschaffen hatten. Er schreibt: »Sollten in den ersten Monaten des Jahres 1915 Friedensmöglichkeiten bestanden haben (persönlich bezweifle ich es), dann sicherlich höchstens für einen Frieden des Status quo ante, mit Entschädigungen an Belgien, also genau für das Gegenteil der damals aufgestellten Programme.« Die Möglichkeit in London schon im 1. Kriegsjahr einen Frieden auf der Basis des Status quo ante zu finden, zerbrach dann freilich durch den

über alles Erwarten erfolgreichen Durchbruch des Feldmarschalls Conrad bei Gorlice, der den größten Sieg der Mittelmächte im Osten darstellt, der uns politisch aber zum Verhängnis wurde. Nach dem russischen Rückzug war eine schwere Schwächung Deutschlands nicht bloß keine Gefahr mehr für England sondern im Gegenteil eine *conditio sine qua non*. Der Fortgang des Krieges zur Zerschmetterung Deutschlands lag jetzt durchaus im englischen Interesse. Nachdem die russischen Adler gefallen waren, konnte auch der deutsche den Genickstoß erhalten. Während so die Friedensneigungen in London auf den Nullpunkt sanken, stiegen sie in Petersburg höher und höher. Im Jahr 1916, nach dem Abschluß des russisch-japanischen Geheimvertrags »spätestens bis 1921 Krieg [in Asien] gegen England und Amerika zu führen«, wurde in Petersburg Suchomlinow in die Peterpaulsfestung gesperrt, wurde Goremykin verabschiedet, Sasonow entlassen, und nach dieser Unschädlichmachung aller Englandfreunde Stürmer, der Deutschenfreund, ans Ruder gebracht. Es ist begreiflich, daß Bethmann Hollweg in seiner Verteidigungsschrift die Friedensmöglichkeiten von 1916 kaum erwähnt. Er hätte sich selbst aufs schwerste belasten müssen, wenn er diese Möglichkeiten im Osten objektiv geschildert hätte. In seiner außenpolitischen Einfalt wurde er nämlich bald das hilflose Opfer des britischen Gegenspielers, der die Gefahr eines russisch-deutschen Verständigungsfriedens schnell bannte, indem er mit Wilson als Vermittler eines deutsch-angelsächsischen Friedens auf Kosten Rußlands auf dem Plan erschien. Im Jahr 1917, als unter Kerenskij die russische Bundesrepublik zu einem ehrenvollen Frieden ohne Gebietsverlust bereit war, spielte sich die gleiche Tragikomödie ab. Der britische Gegenspieler brauchte nur durch den Nuntius Pacelli dunkle und unverbindliche Andeutungen zu machen, Deutschland könne den Frieden ja auch in London finden, und sofort schlugen Bethmann Hollweg und seine Nachfolger unter allerhand Windungen den Weg nach Brest Litowsk ein. Eine ehrliche, mit diplomatischen Mitteln geschickt geführte Friedensoffensive gegenüber dem neuen Rußland hätte 1917 unzweifelhaft zum Friedenszustand mit Rußland und Japan führen müssen. Dadurch wäre auch der britischen Blockade der Todesstoß versetzt worden, da sich den Mittelmächten die damals noch nicht zerstörten Agrar-

und Rohstoffgebiete von der Weichsel bis zum Stillen Ozean, bei gleichzeitiger Teilblockade Englands durch die deutschen Unterseeboote, geöffnet hätten. Daß Bethmann Hollweg in seinen Büchern so wichtige Zusammenhänge verschleierte und entscheidende Tatsachen unterdrückt, kann im Grunde nicht wundernehmen. Der Leser seiner Memoiren wird gut tun bei keinem Satz zu vergessen, daß hier ein Vertreter des alten Regimes zu ihm spricht, dessen außenpolitische Torheiten sich dem deutschen Denken freilich erst ganz offenbaren werden, wenn einmal die Öffnung der britischen Archive erfolgen wird. Die apologetische Kriegsliteratur unserer Staatsmänner und Militärs wird durch *Erich Ludendorffs* neues Buch *Kriegführung und Politik* /Berlin, Mittler/ fortgesetzt. Er bietet im Grunde nur eine Zusammenfassung der Ansichten über dieses Thema, die wir bereits aus den früheren Veröffentlichungen Ludendorffs zur Genüge kennen. Unangenehm wirkt es, daß der von den Russen an der Weichsel und von den Franzosen an der Marne besiegte General uns hier fort-dauernd in der Pose des Siegers entgegentritt. Es muß deshalb nachdrücklich daran erinnert werden, daß die Schlacht von Tannenberg (die obendrein wahrscheinlich eine Tat Hindenburgs, nicht Ludendorffs, war) doch nur ein für die gesamte Kriegslage wenig belangreicher Teilerfolg war, während die unmittelbar darauf folgende Niederlage Ludendorffs an der Weichsel eine Katastrophe bedeutete. Daß Deutschland damals noch vor dem Zusammenbruch gerettet wurde, war nicht Ludendorffs Verdienst. Wir wissen heute, daß die ebenso geschickte wie kühne Rettungsaktion des Feldmarschalls Conrad die Situation im Osten einigermaßen wiederherstellte und den Verlust Oberschlesiens verhütete. Einen Sieg, wie ihn Feldmarschall Conrad später bei Gorlice errang, kann Ludendorff im Osten nicht aufweisen. Im Westen hat seine, von den französischen Feldherren zutreffend als »Büffelstrategie« bezeichnete Methode überhaupt keinen wirklichen Sieg zu verzeichnen. Dagegen wuchs sich die zweite Marneschlacht zu einer irreparablen Katastrophe für Deutschland aus, weil in Frankreich kein Retter erschien und erscheinen konnte, wie es Conrad in Schlessien war, der durch Entblößung der südlichen Fronten wagemutig und schnell ein Heer zusammengerafft hatte. Und dieser General, der ein auch von dem

von 9, die andere eine solche von etwa 8 Meter erhalten wird; sie sollen mitten in dem neuen Kraftversorgungsgebiet angelegt werden. 2 weitere Wasserkraftwerke will man oberhalb Kassels errichten. Der Kraftstrom wird durch eine staatliche Leitung von 60 000 Volt Spannung verteilt werden, die man gleichzeitig herstellen will. Der Strompreis wird unter Zugrundelegung der Baukosten in der Höhe der Voranschläge etwa 36,5 Pfennig die Kilowattstunde betragen.

Der oberfränkische Bezirk Berneck will bei Röhrenhof ein großes Wasserkraftwerk errichten. Eine Wasserkraftanlage wird in Lingen /Hannover/ beim Emswehr Hannekenfähr geplant. Der Kreistag in Braunsberg /Ostpreußen/ hat die Wasserkraft der Walsch an der Schloßmühle erworben und zu ihrem Ausbau die erforderlichen Mittel bewilligt. Die Stadt Hannover beabsichtigt ein Wasserkraftwerk bei Coldingen mit einer Jahresleistung von 3 Millionen Kilowattstunden zu bauen. Der Kreistag in Konstanz hat den Bau eines Kraftwerks zwischen Mimmenhausen und Mühlhofen beschlossen.

Die staatliche Ausnutzung der Wasserkräfte in Schweden schreitet ständig fort. Staatliche Wasserkraftstationen sind das Trollhättanwerk, das Aelfkarlebywerk nördlich von Stockholm und das Porjuswerk in Lappland. Unter den im Bau befindlichen Werken ist in erster Linie das Werk bei der Stadt Motale am Wettersee zu nennen. Ferner ein Kraftwerk bei Lilla Edet sowie eins an dem Wasserfall Harspranget, das eine Leistungsfähigkeit von nicht weniger als 100.000 Pferdestärken erhalten soll. Um besser Wasserkraftelektrizität nach Südschweden leiten zu können, beabsichtigt die schwedische Regierung eine neue Hochspannungsleitung von der Trollhättankraftstation nach Südschweden zu bauen, die einen Kostenaufwand von 7 Millionen Kronen erfordern wird.

Nach neuen Berechnungen des Schweizerischen Amtes für Wasserwirtschaft beträgt die nutzbare Quote der gesamten Wasserkräfte in der Schweiz rund 4 Millionen Pferdestärken. Bis zu Beginn des Krieges waren hiervon 256 000 Pferdestärken oder 12,5 % ausgebaut; am 31. Dezember 1913 standen 6860 Anlagen im Betrieb, von denen allerdings nur 160 eine Ausbaugröße von über 500 Pferdestärken besaßen. Ende 1920 zählte die Schweiz 178 Anlagen mit einem Ausbau von 500 Pferdestärken und mehr; hier-

von waren 48 staatliche und Gemeindepowerwerke, 5 gehörten den schweizerischen Bundesbahnen; 6 privaten Unternehmungen und 48 der Privatindustrie.

**Wasserstraßen** Der Hauptbetriebsrat der Wasserstraßenabteilung des deutschen Verkehrsministeriums hat folgende Resolution angenommen: »Die 5. Vollsitzung des Hauptbetriebsrats der Wasserstraßenabteilung im Reichsverkehrsministerium erhebt Einspruch gegen die teils erfolgte und weiter etwa beabsichtigte Privatisierung der deutschen Wasserstraßen und Häfen ebenso gegen die Privatisierung der an Wasserstraßen bestehenden und zu errichtenden Kraftanlagen. Der Hauptbetriebsrat steht auf dem Standpunkt, daß durch die den Zeitverhältnissen entsprechende Umgestaltung der Verwaltung und des Betriebes der Wasserstraßen usw. nach modernen technischen und kaufmännischen Gesichtspunkten diese Betriebe auf eine mindestens gleiche Höhe gebracht werden können, auf der Betriebe der Privatunternehmungen sich befinden, so daß sie in größtem Maße zur wirtschaftlichen Gesundung des Reiches und damit der Allgemeinheit die Grundlagen bilden. Er betont mit allem Nachdruck, daß er allen Bestrebungen vorgenannte Anlagen in Privathände überzuleiten mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird.« Dem preußischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die Staatsregierung ermächtigt werden soll weitere Mittel für den Ausbau der durch die Mainkanalisierung entstehenden Stautufen bei Mainkur, Kesselstadt und Groß Kretzenburg zur Gewinnung elektrischer Energie aufzunehmen. Zur Deckung der Mehrkosten der im Bau befindlichen Anlagen sind 44 Millionen Mark erforderlich.

In Oldenburg wurde ein Wasserstraßenamt eingerichtet, das seine Tätigkeit am 1. November 1921 begonnen hat; das bisher bestehende Oldenburger Kanalbauamt wurde aufgehoben.

**Materialprüfungswesen** Zur Förderung der wissenschaftlichen und technischen Aufgaben des staatlichen Materialprüfungsamts in Berlin ist eine aus Vertretern der preußischen Ministerien bestehende Ministerialkommission eingesetzt worden. Das Materialprüfungsamt bleibt dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellt. Die Kommission hat die

Aufgabe die Entwicklung des Amtes und seine wissenschaftlichen und technischen Ziele zu fördern sowie darauf hinzuwirken, daß die Erfahrungen des Amtes auf den Gebieten der Materialkunde und des Prüfungswesens von den Behörden in möglichst weitem Maß ausgenutzt werden. Zu diesem Zweck sollen schwebende Fragen von allgemeiner und wirtschaftlicher Bedeutung aus dem Feld der Versuchstechnik und Materialkunde dem Amt zur Lösung überwiesen werden. Anträge des Direktors auf Vervollkommnung der Versuchseinrichtungen sollen begutachtet, und das Amt soll seitens der Staatsbehörden zur Beratung herangezogen werden, wenn es sich um versuchs-technische Fragen und um Aufstellung von Abnahme- und Lieferungsvorschriften handelt; in Lieferungsverträgen soll das Amt als Entscheidungsstelle in Streitigkeiten über Materialeigenschaften zwischen der abnehmenden Behörde und den Liefernden eingesetzt werden.

**Kurze Chronik** In Melbourne /Victoria/ hat sich ein Verband der *australischen Industrie* gebildet, dessen ausdrückliches Ziel es ist den Staatssozialismus im Handelswettbewerb zu bekämpfen und durch Besichtigung des Staatskapitalismus fremdes Kapital und ehrgeizige Einwanderer anzuziehen. ◊ Seit dem 1. Januar 1922 sind die *deutschen Posttarife* sprunghaft erhöht (durchschnittlich auf das 20fache des Friedensbetrags). Man hofft dadurch nominell das Defizit im Reichspostetat beseitigt zu haben. Eine Rationalisierung des Postbetriebs durch Verringerung des überzähligen Personals und sachliche Umorganisation ist bis jetzt nicht in Angriff genommen, aber in einer dem Reichstag am 1. März überreichten Denkschrift angekündigt worden. ◊ Am 17. Februar wurde in Hannover auf Anregung des Zweckverbandes nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen eine von führenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft besuchte Konferenz abgehalten, die sich mit den Verhältnissen im Güterverkehr der *deutschen Eisenbahnen* beschäftigte und Maßnahmen gegen den ungeheuren, in die Milliarden gehenden Schaden beriet, der durch die Verkehrsnot bewirkt wird. Als Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes nahm Rudolf Wissel an den Beratungen teil. Die Versammlung forderte in einer Resolution »aufs entschiedenste, daß sofort eine durchgreifende Reform in Verwaltung und Betrieb der Eisenbahn

durchgeführt wird mit dem Ziele einer Erhöhung des Wirkungsgrads des gesamten Apparats, technischer Modernisierung der Bahnanlagen und der Fuhrparks, der Beschränkung des Personals, der Fürsorge für das Personal, einer Besserung des Verhältnisses und des Handinhandarbeitens mit den Verkehrtreibenden sowie eines einfachen und klaren Tarifsystems«.

**Literatur** Der Kampf um die Eisenbahnen lautet der Titel einer Broschüre des Regierungsrats und Mitglieds der Eisenbahndirektion Frankfurt am Main *Wilhelm Spieß* /Frankfurt, Sozietätsdruckerei/, in der sich der Verfasser mit den Vertretern der Privatisierung der Bahnen auseinandersetzt. Besonders interessant und beachtenswert ist der Hinweis darauf, daß, solange die Eisenbahnen dem Reich gehören und nur mit dem Goldmilliardenkapital zu Buch stehen, nur die hierfür aufgewendeten 40 Milliarden zu verzinsen sind, während das Privatunternehmen ein Kapital von 500 bis 600 Milliarden verzinsen müßte. Die neue Privatbahn müßte also jedes Jahr zunächst 20 oder 30 Milliarden verdienen, um auf gleicher Höhe mit der jetzigen Reichseisenbahn zu stehen. Ein derartiger Vorsprung sei, meint der Verfasser, schlechterdings nicht einzuholen, wolle man nicht eine volkswirtschaftlich indiskutable Tarifpolitik treiben oder die Ausgaben in sozialpolitisch und technisch gemeingefährlicher Weise behandeln. ◊ Im 72. Heft der von Adolf Damaschke herausgegebenen Sozialen Zeitfragen /Berlin, Verlag Bodenreform/ wird ein Vortrag *Wilhelm Schrameiers* Die Bodenfrage in der Umwälzung unserer Zeit gebracht, der eine Übersicht über die neue Agrargesetzgebung in Europa gibt. Diese beweise, daß man überall dem Kampf der Bodenreformer folgt: Zurück zum Boden! Das müsse nach Meinung des Verfassers auch in Deutschland geschehen. ◊ 73. Heft der selben Sammlung bringt einen Vortrag *Albert Falkenbergs* Die Notlage der Beamten und die Bodenreform. Gerade die Beamten hätten Gelegenheit die großen Ziele der Bodenreform auf dem Weg einer bodenreformerisch gerichteten Standespolitik zu fördern. Das könne zum Beispiel dadurch geschehen, daß ein Teil des Ortszuschlags und des Wohnungsgelds zu dem Zweck kapitalisiert wird ein Hausgrundstück zur Errichtung einer Heimstätte zu erwerben.

## WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Marxismus** Von *Heinrich Cunow* Buch Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatsauffassung / Berlin, Buchhandlung Vorwärts/, dessen 1. Band in dieser Rundschau (1921 I, Seite 103 ff.) schon besprochen wurde, ist nunmehr der 2., letzte Teil erschienen. Um eine methodische Ordnung in der Behandlung der Probleme, eine architektonische Gliederung des Stoffs war es dem Autor nicht zu tun. Das Ganze stellt sich mehr als eine Sammlung reichhaltiger und wertvoller Essays dar, die in loser Folge, nicht ohne Wiederholungen, bald von dieser bald von jener Seite die Marx'sche Auffassung erläutern und beleuchten. Vor allem anregend wirkt das reiche soziologische Material, das er zur Illustration heranzieht. Die in dem 1. Band gegen Morgan und Engels sich richtende Kritik wird hier durch weitere historische Darlegungen in den Kapiteln Vorstaatliche Entwicklungsstufen des Gesellschaftslebens und Entwicklungsprozeß der Familie ergänzend fortgeführt. Im steten Ausblick auf die ökonomischen Bedingungen werden die Wanderhorde, die Entwicklung zur Marktgenossenschaft, Mark, Stamm und Stammesbund, Exogamie und Sonderehe, der Totemismus, die matriarchalische und patriarchalische Familie und die Rolle der Geschlechtsgenossenschaften im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß kurz skizziert. In anderen Abschnitten sind Exkurse über die wirtschaftlichen Grundlagen des Lebenswesens, die Entstehung des japanischen Lebenssystems, über das kanonische Zinsverbot, den Ursprung des Schamgefühls, die primitive Geschlechtsmoral, Kindes- und Elternmord bei primitiven Völkern eingestreut. Was die Grundbegriffe der Marx'schen Geschichtsauffassung anlangt, so rückt Cunow mit gutem Recht den der Produktionsverhältnisse entscheidend in den Vordergrund. Dieser Kernpunkt hätte sich vielleicht noch schärfer fassen lassen, wenn man auf das Verhältnis der Marx'schen soziologischen Betrachtungsart zu jener, ja schon lange vorher in der bürgerlichen Geschichtsschreibung hervortretenden Tendenz zurückgegriffen hätte: die Entwicklung des Eigentums (feudales Grundeigentum und bürgerliches Eigentum) als ein grundlegendes Moment der geschichtlichen Bewegung

hervorzuheben. Sinn und Bedeutung der Eigentumsverhältnisse wie der in ihnen unabtrennbar mitenthaltenen Rechtsordnung für das Ganze des sich ständig forterhaltenden gesellschaftlichen Lebensprozesses lassen sich indes erst klar erfassen, wenn man, wie Marx es tut, von der Betrachtung des Gesamtprozesses selber den Ausgang nimmt. Dieser schließt, ob primitiv in Stämmen oder weiterentwickelt in Staaten sich vollziehend, wie immer näher bestimmt, den wirtschaftlichen, das heißt den die materielle Bedarfsdeckung der Gesellschaftsglieder vermittelnden Prozeß mit ein und als Moment dieses Prozesses die Produktion für den Bedarf. Und dieser so charakterisierte gesellschaftliche Lebensprozeß, wie er sich einerseits als Entfaltung und Betätigung der menschlichen in Gesellschaftsform sich entwickelnden Natur darstellt, kann andererseits in seinem innern Gesamtzusammenhang nur in ständiger Zurückbeziehung auf die Art verstanden werden, wie in ihm der wirtschaftliche, die Bedarfsdeckung vermittelnde Prozeß, damit also der Komplex der Produktionsverhältnisse als ein Komplex von Verhältnissen gesellschaftlichen Füreinanderarbeitens geordnet ist. Werden die Produktionsverhältnisse so von vornherein als Moment des die Bedarfsdeckung der Gesellschaftsglieder vermittelnden Prozesses und Hand in Hand damit von vornherein als Verhältnisse gesellschaftlichen Füreinanderarbeitens gedacht, so springt die von Marx stets mit solchem Nachdruck hervorgehobene, in seiner Ausdrucksweise aber hin und wieder paradox klingende Behauptung der innern Zusammengehörigkeit von Produktions- und Verteilungsweise unmittelbar ins Auge. Ebenso die mit den so verstandenen Produktionsverhältnissen gegebene Klassengliederung und die Art, wie die Zugehörigkeit zu solchen Klassen den ganzen Lebenshabitus bestimmt. Wichtig ist vor allem dann der Marx'sche Hinweis, wie die technische Entwicklung, also die Entwicklung der Produktivkraft menschlicher Arbeit, als ein revolutionierendes Moment im Werden und Vergehen ökonomischer Strukturen wirkt. Erst so gewinnt seine Lehre, die auf das ökonomische Moment des gesellschaftlichen Lebensprozesses zurückgreift, damit zugleich einen Gesichtspunkt, unter dem die Geschichte der ökonomischen Strukturen zugleich als eine aufwärts führende Entwicklung erscheint, in der sich die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit und so die Herrschaft des

Menschen über die Natur fortschreitend entfaltet. Der Kapitalismus stellt in dieser Hinsicht einen Kulminationspunkt dar. Er erst erschafft die Bedingungen, die durch den Klassenkampf des Proletariats zum Sozialismus treiben, der das Erbe dieser kapitalistischen Technik anzutreten haben würde. So schließt die Marxsche soziologische Analyse mit dem Ausblick auf ein allgemein wertvolles Gattungsziel, auf eine Ordnung der Gesellschaft, in der sich die menschliche Natur, dem Druck der Not enthoben, in Freiheit entfalten kann. Dieser spezifisch teleologische, aber mit dem kausalen ganz organisch verknüpfte Zug der Marxschen Geschichtsauffassung, den namentlich Max Adler stets mit besonderem Nachdruck betont hat, gelangt in Cunows Darstellung nicht zu prinzipieller Würdigung. Und damit hängt es zusammen, daß Cunow von irgendwelcher innern Verwandtschaft und Beziehung der Marxschen zu den Kantischen geschichtsphilosophischen Gesichtspunkten, auf die in den Sozialistischen Monatsheften und später dann von Adler hingewiesen wurde, nichts wissen will. Auch legt er in seiner Polemik gegen den Formalismus der Kantischen Ethik allzu einseitig Gewicht auf die Abhängigkeit sittlicher Vorstellungen von herrschenden Gebräuchen; wo doch die Revolte sittlichen Bewußtseins gegen Bestehendes, wenn schon sie, um zu wirken, des Bundes mit Klasseninteressen bedarf, in der Geschichte eine so wichtige Rolle gespielt hat.

Der Hauptpunkt aber, der zum Widerspruch herausfordert, ist die Art, wie Cunow, der in seiner eigenen Darstellung historischer Zusammenhänge nirgendwo dogmatische Scheuklappen verrät, doch wieder den unmöglichen dogmatischen Versuch erneuert im Spiel sozialer Wechselwirkungen, einem Faktor, dem ökonomischen, die Vorrangstellung eines in letzter Instanz ausschließlich alles übrige bedingenden Faktors zuzuschreiben. Eduard Bernstein, der zu den bekanntesten, das Thema der materialistischen Geschichtsauffassung behandelnden Engelsbriefen erklärt hatte, daß hier ausdrücklich das Einwirken auch »nichtökonomischer Faktoren« auf den Verlauf der Geschichte konstatiert werde, wird von ihm abgekanzelt. Er habe »Marx und Engels nicht verstanden«, habe sich nicht den Unterschied zwischen »letzten Ursachen« und »unselbständigen Zwischengliedern in der Wirkungsweise dieser letzten Ursachen« klargemacht. Cunow behauptet,

»der eigentliche Grundcharakter oder bestimmendes Moment in der Geschichte ist allein [!] die Wirtschaftsweise, die ideologischen Faktoren sind allein lediglich [!] Zwischenglieder, vermittelt welcher die Wirkung der Wirtschaftsweise auf den Geschichtsverlauf sich durchsetzt«. Träfe das nicht zu, »so wäre damit die ganze ökonomische Geschichtsauffassung über den Haufen geworfen«. Allerdings, »die Bewegungen des Willens« sind, so wird Engels erläutert, »die auf den Willen einwirkenden ideologischen Mächte, die Gefühle, die Gedanken usw. Aber diese sind nach seiner [Engels'] Ansicht nichts ganz oder halb Selbständiges sondern lediglich Folge, Ergänzung der wirtschaftlichen Verhältnisse, ausgelöst mittels Faktoren, durch die die ökonomischen Verhältnisse auf den Menschen einwirken«.

Es wäre um die ökonomische Geschichtsauffassung schlimm bestellt, wenn sie sich in das Prokrustesbett derartiger Konstruktionen fügen sollte. Ihre Unhaltbarkeit wäre dann gewiß. Geschichte ist jedenfalls doch menschliche Geschichte, Geschichte der menschlichen Gesellschaft, und das allein besagt schon, daß (sofern man überhaupt von "letzten Bedingungen" reden will) die menschliche Natur mit dem Gesamtkomplex ihrer Bedürfnisse, Anlagen und Kräfte (spezifisch durch die Fähigkeit verstandemäßiger Reflexion und zwecksetzenden Handelns charakterisiert) als das allgemeine übergreifende, unter dem Druck und Zwang selbstgeschaffener gesellschaftlicher Verhältnisse agierende und vorangetriebene Subjekt und Träger des Gesamtprozesses figuriert, somit also selber den allen seinen Erscheinungen in letzter Instanz zugrunde liegenden Faktor darstellt. Die These, daß in dem Rahmen des allgemeinen Zusammenhangs ein einziges Moment des gesellschaftlichen Lebensprozesses, das ökonomische, der in letzter Instanz allein bedingende Faktor sei, krankt an dem offenkundigen innern Widerspruch, daß sie an Stelle des Primären, eben der menschlichen Natur, ein abgeleitetes Moment setzt, ein bloßes Teilwerk des Gesamtprozesses, in dem sich die menschliche Natur auswirkt. So wenig, wie die menschlichen Bedürfnisse sich auf eine einzige, alle anderen in letzter Instanz bedingende Bedürfnisart reduzieren lassen, kann die Mannigfaltigkeit der Interessen, durch die die geschichtliche Aktion in Gang gehalten wird, simplifizierend so gedeutet werden, als sei deren Richtung und Ziel

letzthin durch ein Moment des Ganzen, das ökonomische, vorgeschrieben. Das ist schon darum ausgeschlossen, weil die ökonomische Struktur ja selber nie ein in sich abgeschlossenes, ohne gleichzeitige Beziehung auf andere Seiten jenes Lebensprozesses fixierbares Moment ist, vielmehr von vornherein notwendigerweise in ihrer Ausgestaltung durch Anlehnung an Geschlechts- und Fortpflanzungsverhältnisse charakterisiert, ohne solche Beziehung (Familieneigentum, Familienerbe) in ihren Wesenszügen ganz undenkbar ist. Ebenso undenkbar ist sie ohne die Rolle, die in dem gesellschaftlichen Leben dem Staat, den friedlichen und kriegerischen politischen Beziehungen der Staaten zufällt, wobei diese politischen Verhältnisse gewiß in außerordentlich weitem Maß, aber doch keineswegs in letzter Instanz überall ausschließlich durch Verhältnisse der ökonomischen Struktur bedingt erscheinen. Wären ökonomische Interessen und Bedingungen *ausschließlich* bestimmend, so ließe sich zum Beispiel der europäische Weltkrieg nicht begreifen. Daß auch kapitalistische Interessen dem Krieg den Boden bereitet haben, soll selbstverständlich keineswegs bestritten werden. Aber ohne militärische, nationale, dynastische Ideologien, die gewiß nicht *restlos* als notwendiges Resultat der gegenwärtigen oder früherer ökonomischer Verhältnisse nachweisbar sind, hätten diese von sich aus eine solche Katastrophe nicht auszulösen vermocht. Nur als ein, aus dem Wesen des gesellschaftlichen Lebensprozesses deduzierter Gesichtspunkt zur Beleuchtung der Wechselwirkungen, in denen der Gesamtprozeß verläuft, und als Gesichtspunkt, unter dem erst die soziale Geschichte als eine fortschreitende Aufwärtsentwicklung faßbar wird, kann die materialistische Geschichtsauffassung einen klaren Sinn erhalten.

**Kurze Chronik** Der Innsbrucker Professor *Wilhelm Gerloff* hat das ihm angebotene Ordinariat der Nationalökonomie an der Universität Frankfurt angenommen; er wird hier Nachfolger *Adolf Webers*, der nach München übersiedelt ist. ◊ Das Ordinariat der Staatswissenschaften an der Universität Kiel ist dem Rostocker Professor *Erwin von Beckerath* übertragen worden. ◊ Der außerordentliche Professor *Fritz Mann* in Kiel leistete dem Ruf auf den Lehrstuhl der Staatswissenschaften in Königsberg als Nachfolger *A. Hesses* Folge.

## KUNST

### Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

**Laurent** Die absolute Kunst hat das Material der Malerei gereinigt, von legendären Belastungen und Reminiszenzen befreit, durch die reine Farbe eine völlig neue, verwandelte Welt geschaffen. Das Kunstwerk macht durch Farben- und Formgleichnisse geistig-seelische Vorgänge anschaulich, manifestiert geistige Erhellungen, teilt innerlich Erschautes mit; ist ein Gleichnis unserer emotionell-intellektuellen Erkenntnisse. *Walt Laurent* begann wie viele der heutigen Maler mit der Wirklichkeitsmalerei. Aber sehr bald nahm er hinter den sogenannten Realitäten der gegenständlichen Welt geheimnisvolle Kräfte wahr. Er sah hinter allen Dingen phantomhaft die sie belebenden und erhaltenden Energieen, versuchte deren Geheimnis zu erfassen, mittelhaft in Erscheinung treten zu lassen. Durch ein elementares Lichtelebnis wurde *Walt Laurents* Schaffen weiter vertieft. Er ging nicht von der Farbe sondern vom Urquell der Farbe, vom Licht, aus, das er mit dem Mittel der Farbe zu bannen suchte. Er erkannte in der Farbe die Differenzierung des Lichts, das Licht als ein Urphänomen, das wir nur an seinen Differenzierungen zu erfassen vermögen. So ist Licht keine physische sondern eine metaphysische Erscheinung, ein Geistig-Bewegendes, das nur gleichnishaft realisiert werden kann. Um dieses Lichtelebnis zu fixieren, bediente sich *Laurent* der Farbe. Um immaterielles zum Ausdruck zu bringen, mußte er zum Materiellen greifen, gestaltete mit endlichen Mitteln Unendliches, Visionen kosmischen Geschehens. Er veranschaulichte das Kräftespiel des Lichts mit mathematischer Präzision und prismatischer Farbenpracht. Fern aller Empirie gestaltete er absolute Abstraktionen, kosmische Kristallisationen von äußerster Immaterialität. In seinen Bildern manifestiert sich eine höhere Ordnung, in der die Farbe die ihr adäquate Form fand. Seine Kompositionen sind von rhythmischer Architektonik, von zwingender Dynamik.

**Moholy-Nagy** *Moholy-Nagy*, von dem den Sturm eine Ausstellung in Berlin veranstaltete, verrät schon durch die Bezeichnung seiner Bilder seine konstruktiven Absichten. Er versucht das Unpersönliche Kollektive unserer technischen Zivilisa-



tion, des Industrialismus, synthetisch zu formen. Er ist völlig unromantisch. Während etwa Kurt Schwitters bei seinen Merzbildern die von ihm verwandten verschiedenen Materialien durch Übermalung aufhebt, eine malerische Wirkung erstrebt, verwendet Moholy-Nagy seine Gestaltungsmittel mit asketischer Nacktheit, läßt sie vollkommen in ihrer Materialität bestehen. Bei seinen Reliefs aus Holz, Glas, Metall, Porzellan, Stoff und Papier vereinigt er fertige Gegenstände oder geformte Materialien zu einer Konstruktion, bei der Farbflächen und -streifen nicht über sondern völlig gleichgeordnet sind, das konstruktive Prinzip lediglich unterstützen. In seinen Bildern dient die ungedeckte graue Leinwand den geometrischen Konstruktionen als Untergrund. Reine Formen: geometrische Figuren, Kreise, Räder, typographische Elemente, streng liniert, ohne Willkür, geometrisch geordnet, präzisierte Formen, äußerste Exaktheit. Entsprechende Farben: weiß, gelb, rot, blau, schwarz. Ungebrochene Töne von technischer Klarheit. Moholy-Nagys Materialartistik zeigt sich vor allem bei seinen Plastiken. So bei seiner Nickelplastik mit Feder, deren strahlender Glanz und Spiegelung die Exaktheit vielfach bricht und variiert. Oder bei seiner Holzskulptur, deren stumpfes Material einzig durch die Spannung der Formen belebt wird.

Fischer

Der Maler Oskar Fischer ist eine der beachtenswertesten Erscheinungen der

neuen Malergeneration, die seit dem Expressionismus sich immer mehr durchsetzt. Mit künstlerischer Freiheit beherrscht er seine Mittel, vor allem die Farbe, die er inbrünstig liebt. Schon seine frühesten Arbeiten verraten eine starke Neigung zur Farbe, zum farbigen Ausdruck. Heute verwendet er sie ungebrochen, in voller Leuchtkraft. Nuancierung erreicht er durch scharfbegrenzte Nebeneinanderstellung. Dadurch behalten seine Farben ihre volle Intensität. Durch Helligkeit oder Dunkelheit bestimmt er Nähe oder Ferne, gestaltet damit den Raum.

Einer Phase kubischer Spekulationen folgt bei ihm eine solche geometrischer Abstraktheit. Seine Zeichnungen bestehen oft nur aus einem einzigen Linienzug, spukhaft belebt durch eine Biegung oder durch das Gegenspiel von geraden und gekrümmten Linien. Seine letzten und bedeutendsten Arbeiten sind

technische Phantasieen. Sie sind durch das Streben nach Konstruktivität, nach äußerster Exaktheit und Präzision gekennzeichnet. Die Welt des Mechanischen, der Maschine hat ihn fasziniert. In kühnen Manifestationen interpretiert er dieses Erlebnis. Er erschaut die Wunder des Kleinsten, die lückenlose Beziehung aller Dinge im All. Schemenhaft erscheint in dem Gewirr mechanischer Formen die Gestalt eines Menschen, in vagen Umrissen; nicht übergeordnet sondern als eine Form unter Formen. Höchstens, daß seine runden Formen reiche Kontraste zu den geraden und eckigen Formen des Mechanischen bilden. Jede Selbstzwecklichkeit hat aufgehört.

Die erste Ausstellung von Oskar Fischer veranstaltete in Berlin der Sturm. Jetzt war in der Kornscheuer eine umfangreiche Ausstellung seiner Arbeiten zu sehen, deren Architektonik durch die farbige Gestaltung des Raums, Bemalung der Fenster gesteigert wurde.

Kurze Chronik Die Akademie der Künste

hat ihre Preise für 1921 verteilt. Den Großen Staatspreis für Bildhauer erhielt Otto Weißmüller, den für Architekten Max Ernst Schneiders; von den Bildhauerpreisen wurde der Paul Schultze-Preis Albert Kraemer, der J. Michael Beer-Preis Kurt Harald Isenstein zugesprochen; der Bildhauer Uli Samuelsohn bekam eine Prämie. Von den Preisen für Maler wurde der Doktor Hugo Rauffendorff-Preis Wilhelm Tank, der Helftspreis Kurt Haase-Jastrow übergeben. ◊ Dem preußischen Landtag ist eine Denkschrift über die geplante neue Gestaltung des *Berliner Museumswesens* zugegangen. Danach soll das Asiatische Museum nicht, wie beabsichtigt war, nach Dahlem verlegt sondern im Erdgeschoß des Kunstgewerbemuseums untergebracht werden; im 1. Geschoß wird dann die vorgeschichtliche Sammlung, im 2. die Stoff- und Kostümsammlung gezeigt werden. ◊ In Japan wird eine große Galerie neuer europäischer Kunst errichtet. Der berühmte Schiffbauer K. Matsukata hat eine Stiftung zum Bau einer Galerie auf einem Hügel oberhalb Tokios bestimmt, die eine Reihe der bedeutendsten Kunstwerke des Abendlands aufnehmen wird: hauptsächlich Franzosen, darunter 50 Rodins, ferner Degas, Cézanne, Puvis de Chavannes und auch weniger bekannte französische Künstler; von Engländern Brangwyn, von Amerikanern Whistler; von Erwerbungen deutscher Werke wird nichts gemeldet.

letztin durch ein Moment des Ganzen, das ökonomische, vorgeschrieben. Das ist schon darum ausgeschlossen, weil die ökonomische Struktur ja selber nie ein in sich abgeschlossenes, ohne gleichzeitige Beziehung auf andere Seiten jenes Lebensprozesses fixierbares Moment ist, vielmehr von vornherein notwendigerweise in ihrer Ausgestaltung durch Anlehnung an Geschlechts- und Fortpflanzungsverhältnisse charakterisiert, ohne solche Beziehung (Familieneigentum, Familienerbe) in ihren Wesenszügen ganz undenkbar ist. Ebenso undenkbar ist sie ohne die Rolle, die in dem gesellschaftlichen Leben dem Staat, den friedlichen und kriegerischen politischen Beziehungen der Staaten zufällt, wobei diese politischen Verhältnisse gewiß in außerordentlich weitem Maß, aber doch keineswegs in letzter Instanz überall ausschließlich durch Verhältnisse der ökonomischen Struktur bedingt erscheinen. Wären ökonomische Interessen und Bedingungen *ausschließlich* bestimmend, so ließe sich zum Beispiel der europäische Weltkrieg nicht begreifen. Daß auch kapitalistische Interessen dem Krieg den Boden bereitet haben, soll selbstverständlich keineswegs bestritten werden. Aber ohne militärische, nationale, dynastische Ideologien, die gewiß nicht *restlos* als notwendiges Resultat der gegenwärtigen oder früherer ökonomischer Verhältnisse nachweisbar sind, hätten diese von sich aus eine solche Katastrophe nicht auszulösen vermocht. Nur als ein, aus dem Wesen des gesellschaftlichen Lebensprozesses deduzierter Gesichtspunkt zur Beleuchtung der Wechselwirkungen, in denen der Gesamtprozeß verläuft, und als Gesichtspunkt, unter dem erst die soziale Geschichte als eine fortschreitende Aufwärtsentwicklung faßbar wird, kann die materialistische Geschichtsauffassung einen klaren Sinn erhalten.

**Kurze Chronik** Der Innsbrucker Professor *Wilhelm Gerloff* hat das ihm angebotene Ordinariat der Nationalökonomie an der Universität Frankfurt angenommen; er wird hier Nachfolger *Adolf Webers*, der nach München übersiedelt ist. ◊ Das Ordinariat der Staatswissenschaften an der Universität Kiel ist dem Rostocker Professor *Erwin von Beckerath* übertragen worden. ◊ Der außerordentliche Professor *Fritz Mann* in Kiel leistete dem Ruf auf den Lehrstuhl der Staatswissenschaften in Königsberg als Nachfolger *A. Hesses* Folge.

## KUNST

### Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

**Laurent** Die absolute Kunst hat das Material der Malerei gereinigt, von legendären Belastungen und Reminiszenzen befreit, durch die reine Farbe eine völlig neue, verwandelte Welt geschaffen. Das Kunstwerk macht durch Farben- und Formgleichnisse geistig-seelische Vorgänge anschaulich, manifestiert geistige Erhellungen, teilt innerlich Erschautes mit; ist ein Gleichnis unserer emotionell-intellektuellen Erkenntnisse. *Walt Laurent* begann wie viele der heutigen Maler mit der Wirklichkeitsmalerei. Aber sehr bald nahm er hinter den sogenannten Realitäten der gegenständlichen Welt geheimnisvolle Kräfte wahr. Er sah hinter allen Dingen phantomhaft die sie belebenden und erhaltenden Energien, versuchte deren Geheimnis zu erfassen, mittelhaft in Erscheinung treten zu lassen. Durch ein elementares Lichtelebnis wurde *Walt Laurents* Schaffen weiter vertieft. Er ging nicht von der Farbe sondern vom Urquell der Farbe, vom Licht, aus, das er mit dem Mittel der Farbe zu bannen suchte. Er erkannte in der Farbe die Differenzierung des Lichts, das Licht als ein Urphänomen, das wir nur an seinen Differenzierungen zu erfassen vermögen. So ist Licht keine physische sondern eine metaphysische Erscheinung, ein Geistig-Bewegendes, das nur gleichnishaft realisiert werden kann. Um dieses Lichtelebnis zu fixieren, bediente sich *Laurent* der Farbe. Um Immaterielles zum Ausdruck zu bringen, mußte er zum Materiellen greifen, gestaltete mit endlichen Mitteln Unendliches, Visionen kosmischen Geschehens. Er veranschaulichte das Kräftespiel des Lichts mit mathematischer Präzision und prismatischer Farbenpracht. Fern aller Empirie gestaltete er absolute Abstraktionen, kosmische Kristallisationen von äußerster Immaterialität. In seinen Bildern manifestiert sich eine höhere Ordnung, in der die Farbe die ihr adäquate Form fand. Seine Kompositionen sind von rhythmischer Architektonik, von zwingender Dynamik.

**Moholy-Nagy** *Moholy-Nagy*, von dem der Sturm eine Ausstellung in Berlin veranstaltete, verrät schon durch die Bezeichnung seiner Bilder seine konstruktiven Absichten. Er versucht das Unpersönliche Kollektive unserer technischen Zivilisa-

tion, des Industrialismus, synthetisch zu formen. Er ist völlig unromantisch. Während etwa Kurt Schwitters bei seinen Merzbildern die von ihm verwandten verschiedenen Materialien durch Übermalung aufhebt, eine malerische Wirkung erstrebt, verwendet Moholy-Nagy seine Gestaltungsmittel mit asketischer Nacktheit, läßt sie vollkommen in ihrer Materialität bestehen. Bei seinen Reliefs aus Holz, Glas, Metall, Porzellan, Stoff und Papier vereinigt er fertige Gegenstände oder geformte Materialien zu einer Konstruktion, bei der Farbflächen und -streifen nicht über sondern völlig gleichgeordnet sind, das konstruktive Prinzip lediglich unterstützen. In seinen Bildern dient die ungedeckte graue Leinwand den geometrischen Konstruktionen als Untergrund. Reine Formen: geometrische Figuren, Kreise, Räder, typographische Elemente, streng liniert, ohne Willkür, geometrisch geordnet, präzierte Formen, äußerste Exaktheit. Entsprechende Farben: weiß, gelb, rot, blau, schwarz. Ungebrochene Töne von technischer Klarheit. Moholy-Nagys Materialartistik zeigt sich vor allem bei seinen Plastiken. So bei seiner Nickelplastik mit Feder, deren strahlender Glanz und Spiegelung die Exaktheit vielfach bricht und variiert. Oder bei seiner Holzskulptur, deren stumpfes Material einzig durch die Spannung der Formen belebt wird.

**Fischer** Der Maler Oskar Fischer ist eine der beachtenswertesten Erscheinungen der neuen Malergeneration, die seit dem Expressionismus sich immer mehr durchsetzt. Mit künstlerischer Freiheit beherrscht er seine Mittel, vor allem die Farbe, die er inbrünstig liebt. Schon seine frühesten Arbeiten verraten eine starke Neigung zur Farbe, zum farbigen Ausdruck. Heute verwendet er sie ungebrochen, in voller Leuchtkraft. Nuancierung erreicht er durch scharfbegrenzte Nebeneinanderstellung. Dadurch behalten seine Farben ihre volle Intensität. Durch Helligkeit oder Dunkelheit bestimmt er Nähe oder Ferne, gestaltet damit den Raum.

Einer Phase kubischer Spekulationen folgt bei ihm eine solche geometrischer Abstraktheit. Seine Zeichnungen bestehen oft nur aus einem einzigen Linienzug, spukhaft belebt durch eine Biegung oder durch das Gegenspiel von geraden und gekrümmten Linien. Seine letzten und bedeutendsten Arbeiten sind

technische Phantasieen. Sie sind durch das Streben nach Konstruktivität, nach äußerster Exaktheit und Präzision gekennzeichnet. Die Welt des Mechanischen, der Maschine hat ihn fasziniert. In kühnen Manifestationen interpretiert er dieses Erlebnis. Er erschaut die Wunder des Kleinsten, die lückenlose Beziehung aller Dinge im All. Schemenhaft erscheint in dem Gewirr mechanischer Formen die Gestalt eines Menschen, in vagen Umrissen; nicht übergeordnet sondern als eine Form unter Formen. Höchstens, daß seine runden Formen reiche Kontraste zu den geraden und eckigen Formen des Mechanischen bilden. Jede Selbstzwecklichkeit hat aufgehört.

Die erste Ausstellung von Oskar Fischer veranstaltete in Berlin der Sturm. Jetzt war in der Kornscheuer eine umfangreiche Ausstellung seiner Arbeiten zu sehen, deren Architektonik durch die farbige Gestaltung des Raums, Bemalung der Fenster gesteigert wurde.

**Kurze Chronik** Die Akademie der Künste hat ihre Preise für 1921 verteilt. Den Großen Staatspreis für Bildhauer erhielt Otto Weißmüller, den für Architekten Max Ernst Schneiders; von den Bildhauerpreisen wurde der Paul Schultze-Preis Albert Kraemer, der J. Michael Beer-Preis Kurt Harald Isenstein zugesprochen; der Bildhauer Uli Samuelsohn bekam eine Prämie. Von den Preisen für Maler wurde der Doktor Hugo Raufendorff-Preis Wilhelm Tank, der Helfspreis Kurt Haase-Jastrow übergeben.  $\diamond$  Dem preußischen Landtag ist eine Denkschrift über die geplante neue Gestaltung des *Berliner Museumswesens* zugegangen. Danach soll das Asiatische Museum nicht, wie beabsichtigt war, nach Dahlem verlegt sondern im Erdgeschoß des Kunstgewerbemuseums untergebracht werden; im 1. Geschoß wird dann die vorgeschichtliche Sammlung, im 2. die Stoff- und Kostümsammlung gezeigt werden.  $\diamond$  In Japan wird eine große Galerie neuer europäischer Kunst errichtet. Der berühmte Schiffbauer K. Matsukata hat eine Stiftung zum Bau einer Galerie auf einem Hügel oberhalb Tokios bestimmt, die eine Reihe der bedeutendsten Kunstwerke des Abendlands aufnehmen wird; hauptsächlich Franzosen, darunter 50 Rodins, ferner Degas, Cézanne, Puvis de Chavannes und auch weniger bekannte französische Künstler; von Engländern Brangwyn, von Amerikanern Whistler; von Erwerbungen deutscher Werke wird nichts gemeldet.

**Literatur** Neben der Konstruktivität Cézannes ist die Naivität *Henri Rousseaus* Grundlage der neuesten Malerei. Auf beiden beruht die gegenwärtige Kunstbewegung. Der Konstruktivität Cézannes entsprang der Kubismus. Die Naivität Rousseaus hat eine neue Beziehung zur Umwelt geschaffen, ein Erkennen auch des Größten im Kleinsten, eine kosmische Gleichwertigkeit. Rousseaus Bilder geben nicht wieder, was er sah; sie sind Ausdruck seines Erlebens. Rousseau gab der Kunst wieder die Seele zurück. Von Wilhelm Uhde ist in der Sammlung *Künstler der Gegenwart* /Dresden, Rudolf Kaemmerer/ eine Monographie erschienen, eine Erweiterung seines 1914 veröffentlichten Werkes über Rousseau. Mit Liebe und Verehrung erzählt Uhde von dem Menschen Rousseau, der gleich seinen Bildern eine seltene Erscheinung ist; ein Wunder inmitten des Kleinbürgertums, legendär und unbekannt, obwohl er erst 12 Jahre tot ist. »Wir wissen von Rousseau so wenig Exaktes wie über manche Künstler des Mittelalters.« Seine schönsten Bilder sind vielleicht noch unentdeckt, der Umfang seines Oeuvre unbekannt. Das Buch ist ein Denkmal der Freundschaft; eine Erinnerung an eine Epoche, von der uns ein Ozean von Blut trennt. ◊ Erich Klossowski hat *Ambroise Vollards Cézannemonographie* ins Deutsche übertragen /München, Kurt Wolff/. Gleich dem Buch Uhdes ist auch das Vollards ein Buch der Freundschaft und Verehrung. Mit Persönlichkeit und Intimstem vertraut, erzählt Vollard die Geschichte des arbeitsreichen und seltsamen Lebens Cézannes, der mit fanatischer Inbrunst arbeitete, dessen Glut nie erkalte. Es ist kein Zufall, daß sowohl Cézanne wie Rousseau sich sehr schwer und erst am Ende ihres Lebens durchsetzten. Sie waren beide radikale Neuerer. Selbst der so sensible Huysmans sprach bei aller Anerkennung der reinen Kunstabsicht Cézannes von »unfaßlichen Gleichgewichtsstörungen«, von »Häusern, die wie Besoffene torkeln«, von »vertrakteten Früchten in be rauschten Topfgebilden«. Cézannes Haupt sorge war die 'Realisation'. Immer stand er unter der Furcht nicht realisieren zu können. Als er nach 115 Sitzungen das Porträt Vollards beiseite stellte, »um nach Aix zurückzufahren, erklärte er: »Ich bin nicht zufrieden mit dem Vorderteil des Hemdes.« Unter Malen nach der Natur verstand er nicht Nachahmung des Gegenständlichen sondern

Realisierung seiner-Sensationen. Seine Art zu arbeiten war ein stetes Neubeginnen. Beide Monographien sind mit Reproduktionen nach zum Teil unbekanntem Werken versehen. ◊ Hans Tietze gibt eine *Bibliothek der Kunstgeschichte* heraus /Leipzig, E. A. Seemann/, die das gesamte Gebiet der Kunstgeschichte von den Urzeiten und Exoten bis zur Kunst der Gegenwart umfaßt. Es handelt sich um eine Sammlung, die aus 500 selbständigen Einzelbändchen besteht, deren jedes außer einem kurzen einführenden Text 20 Abbildungen enthält und einzeln käuflich ist. Tietze hat die besten Spezialisten zur Mitarbeit herangezogen. Der geringe Preis der einzelnen Bändchen wird ihnen weiteste Verbreitung sichern, um so mehr, als sie kurz und sachlich über einzelne Gebiete zu orientieren vermögen. Ein Essay von Heinrich Wölfflin über das Erklären von Kunstwerken leitet die Sammlung ein. Heinrich Schäfer behandelt das Bildnis im alten Ägypten, Max J. Friedländer die niederländischen Manneristen, Hans Tietze Michael Pacher, den Schöpfer des Altars von Sankt Wolfgang in Oberösterreich und seinen Kreis, Emil Waldmann gibt eine Übersicht über Wilhelm Leibl, Julius Schloesser behandelt das Wirken der oberitalienischen Trecentisten (Guariento, Turone, Tommaso da Modena, Altichiero und Avanzi), Camillo Praschniker die kretische Kunst und ihren interessanten Ornamentstil, Erwin Panofsky die Sixinische Decke Michelangelos; Kurt Glaser betrachtet das kurze Künstlerdasein Vincent van Goghs, Kurt Zoege von Manteuffel das flämische Sittenbild des 17. Jahrhunderts. Die sehr viel Interesse erweckende böhmische Malerei des 14. Jahrhunderts wird von A. Matejcek, die altbuddhistische Malerei Japans von William Cohn beschrieben. Mit den Bildnissen deutscher Kunsthistoriker von Wilhelm Waetzold schließt die 1. Reihe der Sammlung. ◊ In seiner mit sehr guten Abbildungen versehenen Schrift *Norddeutsche gotische Plastik* /Braunschweig, George Westermann/ versucht es *Hans Much* die Gotik zu einer deutschen Heimatkunst zu machen: ein aussichtsloses Beginnen, nicht nur wegen des historischen Ursprungs sondern vor allem wegen des innern Wesens der Gotik. Das Buch ist von einer gewissen konservativen Einstellung nicht frei, wenn der Verfasser auch behauptet, »die Schule des Denkens bis zu ihrem unerbittlichen Ende durchlaufen« zu ha-

ben. Tatsächlich schwankt er dauernd zwischen völkischer Begrenztheit und geistiger Freiheit. Die Gotik war zwar keine »germanische Bürgergemeinschaft in Christus«, wohl aber eine die damals bekannte Welt umfassende katholische überstaatliche und überrassische Angelegenheit. Die katholische Kirche war damals ein kulturelles Sammelbecken, und ihre Sprache die lateinische, die daher auch Dichter- und vor allem Gelehrtensprache war. Statt aller Entgegnung kann man Muchs eigene, in seinem Buch *Islamik / Hamburg, Friedrichsen / vertretene Meinung* hierher setzen. »Berührt wurden von der Kunst des Islams viele, vor allem die Normannen in Sizilien . . . Diese waren wieder mit den Normannen in Frankreich eng verbunden. Wenn wir dies bedenken, haben wir die feinen Fäden in der Hand, die vom Islam zur Gotik ziehen . . . Auch Einzelheiten der Gotik stammen von der Islamik. Das zeigt am besten die Backsteingotik.« ◊ Ein reich illustriertes Werk *Emil Waldmanns* Das Bildnis im 19. Jahrhundert / Berlin, Propyläenverlag/ gibt eine ausführliche Darstellung der Porträtkunst im 19. Jahrhundert, in jener Kunstspanne vom Klassizismus zum Expressionismus, in deren Mitte die Photographie aufkam und ihren Siegeszug antrat. »Die Photographie hat die Menschen an 2 Dinge gewöhnt: an Schmeichelei und an Zufall.« Die Malerei hat in vielen Fällen versucht mit der Photographie die Konkurrenz aufzunehmen. Der Naturalismus hat sie darin bestärkt, doch konnte sie die verlorene Herrschaft nicht wiedergewinnen. Porträtmalerei ist im allgemeinen eine Sache des Geschmacks. Und gerade hierin hat sie die neuere Photographie überholt; denn die wirklich guten Photographen wissen mit den äußerlichen Raumfragen ebenso gut umzugehen wie die früheren Bildnismaler, während die meisten Maler heute diese rein handwerklichen Erfahrungen vergessen haben. Ich glaube aber nicht, daß es gilt diese Erfahrungen für die Kunst wieder nutzbar zu machen. Die Photographie erfüllt durchaus die Ansprüche eines bürgerlichen Publikums in allen Lebenslagen. Kunst hat damit nichts zu tun. Schlechte Maler mögen daher lieber gute Photographen werden, der Künstler wird gut daran tun sich rein künstlerischen Problemen zuzuwenden und der Photographie dankbar zu sein, daß sie das Bedürfnis des Publikums nach naturgetreuen Nachahmungen befriedigt.

## KULTUR

### Verkehr / Felix Linke

**Eisenbahn-**  
**elektrifizierung** Der elektrischen Betrieb auf den *schlesischen Gebirgsbahnen* hat eine weitere

Ausdehnung erfahren. Noch im Jahr 1921 wurden die Strecken Ruhbank-Liebau, Königszelt-Hirschberg, Niedersalzbrunn-Halbstadt, zusammen 129 Kilometer, in Betrieb genommen; die Hauptstrecke Hirschberg-Lauban nebst Hirschberg-Grünthal, zusammen 110 Kilometer, wird demnächst eröffnet. Die Strecke Lauban-Görlitz soll elektrifiziert werden; fraglich ist dies dagegen noch bei den Strecken Königszelt-Breslau und Dittersbach-Glatz. Auf den genannten Strecken werden sowohl Lokomotiven wie Triebwagen gefahren.

Die Staatsbahnverwaltung *Chiles* schrieb eine Konkurrenz zur Umwandlung ihres Bahnbetriebs in elektrischen Betrieb aus. Dabei entschieden sich die konkurrierenden Firmen sämtlich für 3000 Volt-Gleichstrom.

Auch die Paulistabahn in *Brasilien* wird mit 3000 Volt Fahrdrabtspannung und Gleichstrom betrieben, ein Beweis, daß unsere Kritik der französischen Untersuchungen berechtigt war. Die genannte Bahn ist übrigens eine Breitspurbahn mit 1600 Millimeter Spurweite. Auf der Teilstrecke Jundiahy-Campinas, die schon eröffnet ist, finden sich Steigungen von 15 bis 18‰, da die Bahn die Sierra do Mar überschreitet. Die Ausrüstung und die Lokomotiven sind so, wie sie bei vielen amerikanischen Bahnen üblich sind. Sie sind sämtlich für Stromrückgewinnung bei der Talfahrt eingerichtet. Die Lokomotiven haben 1350 bis 1800 Pferdestärken Leistung.

Eine andere Breitspurbahn mit 1676 Millimeter Spurweite wird ebenfalls gleich für elektrischen Betrieb gebaut. Es ist die mit Drehstrom betriebene 22 Kilometer lange Teilstrecke Gergal-Santa Fe der *spanischen* Südbahn auf der Linie nach Algeciras.

Innerhalb der *japanischen* Eisenbahnverwaltung wurde eine neue Abteilung geschaffen, deren besondere Aufgabe die Ausarbeitung von Plänen für elektrischen Betrieb auf den Hauptbahnen ist. Der elektrische Betrieb ist vorerst nur für die Personenbeförderung gedacht. In den Tunnels mancher Hauptstrecken machen die Dampflokomotiven schon sehr erhebliche Schwierigkeiten. Zuerst soll die ganze Tokaidolinie von Tokio nach Kobe elektrifiziert werden.

**Elektrische  
Triebwagen**

Die elektrischen Akkumulatorentriebwagen, die durch die Konkurrenzmänner einiger Elektrogroßfirmen seit einigen Jahren etwas in Mißkredit gekommen waren, gewinnen jetzt wieder erhöhte Bedeutung. Eigentlich haben sich diese auf den deutschen Bahnen eingeführten Triebwagen recht gut bewährt und erfreuen sich bei der Verwaltung wie beim Publikum großer Beliebtheit. Es ist bedauerlich, daß sie in Berlin und dessen Vororten noch nicht zur Verdichtung des Vorortverkehrs benutzt worden sind. Die langen Vorortzüge fahren bis zu den Außenorten durch, obwohl sie über eine gewisse Entfernung hinaus gar nicht mehr ausgenutzt werden. Deshalb fahren diese Züge nach den entfernten Vororten nur selten. Würde man von einer bestimmten Entfernung an allgemein den Betrieb durch Triebwagen durchführen, so könnten auch diesen Orten die Vorzüge häufigerer Verbindung zuteil werden, und die Hauptzüge brauchten nur bei großem Andrang und zu den Zeiten des stärksten Verkehrs durchgefahren zu werden. Auf diese Weise könnte man viel ersparen und den Verkehr wesentlich verbessern.

Da die Triebwagen durch Kurzkuppelung leicht vergrößert und zu Zügen zusammengesetzt werden können, steht ihrer ausgedehnten Verwendung nichts im Weg. Neuerdings hat man besondere Batterietender gebaut, die man an einen oder mehrere Motorwagen anhängt. Dadurch kann man den Aktionsradius der Triebwagen stark ausdehnen. So hat man Triebwagen bis zu 180 Kilometer Fahrbereich ausgestattet. Der Energieverbrauch eines Akkumulatorentriebwagens beträgt, wie festgestellt worden ist, im Vergleich zu dem eines kleinen Dampfzugs gleicher Leistung nur zwei Drittel. Das Verhältnis stellt sich dadurch noch günstiger, daß man als Rohenergie für Triebwagen meist minderwertige Urkraft, also Wasser oder schlechte Kohle verwenden kann, während die Lokomotive auf hochwertigere Kohle angewiesen ist. Dazu bringt der elektrische Betrieb für den Verkehr die Vorteile der größeren Zuverlässigkeit, Sauberkeit und Einfachheit. Der Vorbereitungsdienst, der beim Dampftrieb notwendig ist, fällt beim Triebwagen fort, da er nachts geladen werden kann und dann jederzeit am Tag fahrbereit ist.

Bemerkenswert ist das Ergebnis der Untersuchungen der deutschen Bahnverwaltungen, das Gustav Wittfeld in der Ver-

kehrtechnik mitteilte: »Sorgfältige Berechnungen haben ergeben, daß sich ebenso wie im Triebwagenverkehr auch bei einem Fernbetrieb mit Akkumulatorenkleinzügen, der sich fast ausschließlich auf Wasserkraft stützt und die Strecke Bremen-Basel umfaßt, sehr beträchtlich an Geld und Kohlen gegen den Dampftrieb sparen läßt.« Das trifft zum Teil auch für die elektrische Akkumulatorenlokomotive zu, die unter gewissen Verhältnissen, namentlich beim Verschiebedienst, unleugbare Vorteile bietet, sowohl im Betrieb wie in der Wirtschaft. Man hat sogar abrollbare Akkumulatoren eingerichtet, so daß, wie bei Grubenlokomotiven, eine solche Lokomotive Tag und Nacht ununterbrochen im Betrieb ist.

Bei den Automobilen sind Verbrennungsmotoren vorteilhafter als Akkumulatoren, aber eigentlich nur beim Luxuswagen. Für langsam fahrende, einfache zu bedienende Gefährte, wie die Wagen für Rechtsanwälte, Ärzte und Damen hat sich das Elektromobil in den Vereinigten Staaten sehr eingebürgert. Der Elektromotor ist durch seine große Einfachheit für zahlreiche Fälle dem Verbrennungsmotor wieder stark überlegen. Aber auch auf den Eisenbahnen wird der Akkumulatorenlastwagen mit Vorteil verwendet, namentlich bei Eilsendungen. Einen Güterakkumulatorenwagen kann man eben einzeln laufen lassen, während die Sendung durch eine besondere Dampflokomotive ungeheuer viel kostet. Die Akkumulatorenfabriken wenden sich jetzt dem Bau dieser Triebfahrzeuge mit erhöhtem Eifer zu, und es steht zu hoffen, daß durch richtige Auswahl des Guten auch auf diesem Gebiet für die Verbesserung und Verbilligung des Verkehrs etwas getan werden kann.

**Dampfturbinen-  
lokomotive**

Im Wettbewerb der Energiearten für den Eisenbahnbetrieb hat die Dampflokomotiventeknik die Verwendung des Heißdampfes und des Vorwärmers ausgebildet. Man stellt jetzt Versuche darüber an, ob sich nicht auch die Kondensation nutzbar machen läßt. Bei ortsfesten Dampfmaschinen benutzt man seit langem den Dampfunterdruck durch Verwendung von Kondensationsanlagen, der die fortgesetzte Wiederverwendung des Arbeitsdampfes zur Speisung des Kessels nach der Kondensation ermöglicht. Dadurch wird der Ansatz von Kesselstein vermieden, denn der Dampf ist ja rein; nur die geringe Menge Wasser, die ver-

loren geht, muß ersetzt werden. Es wäre also zu wünschen, daß das Verfahren auch für die Lokomotive Anwendung finden könnte. Vorläufig läßt es sich aber deshalb nicht benutzen, weil es Zylinderabmessungen von einer Größe verlangt, wie sie auf Lokomotiven wegen der bei den Normalprofilen sehr beschränkten Abmessungen der Kolbendampfmaschine nicht untergebracht werden können. Bei Verwendung der Dampfturbine ließe sich dies vielleicht ermöglichen, und die Versuche Zoellys bei Escher, Wyß & Co. in Zürich scheinen Erfolg zu versprechen. Zoelly baute eine Dampfturbinenlokomotive mit Kondensation, die 2 Turbinen enthält. Die eine bewirkt die Vorwärts-, die andere die Rückwärtsfahrt. Sie sind auf einer gemeinsamen, quer zur Maschinenachse liegenden Welle in einem Gehäuse eingebaut, das vor der Rauchkammer auf dem Rahmen befestigt ist. Die Antriebskraft wird durch Zahnradvorgelege auf die Blindwelle übertragen. Die Räder werden von hier aus in der üblichen Art durch Treib- und Kuppelstangen angetrieben. Der Oberflächenkondensator ist hinter den Turbinen unterhalb des Kessels eingebaut. Der notwendige Vorrat an Kühlwasser wird auf dem Tender untergebracht, wo sich auch die Rückkühlanlage und der Kohlenkasten befinden. Durch die Art der Kühlung geht allerdings Wasser verloren, aber es braucht bei der Maschine nur die Hälfte des Wasservorrats mitgeführt zu werden, der als Speisewasser bei den Auspufflokomotiven gebraucht wird. Man darf bei solchen Turbinenlokomotiven mit Kondensation mit einer Kohlenersparnis von wenigstens 20 % rechnen.

**Gleislose Bahnen** Der alte Vorkämpfer für die gleislosen Bahnen, Max Schiemann, weist jetzt wieder darauf hin, welche Vorteile die gleislosen Bahnen in einer Zeit wie der heutigen böten, wo jede Gleisanlage ungeheure Summen verschlingt. In der Zeitschrift Elektrische Kraftbetriebe und Bahnen vom 10. November 1921 zieht er einen Vergleich zwischen Schienen- und gleislosen Bahnen, der ergibt, daß die Betriebskosten einschließlich Verzinsung, Abschreibungen und Erneuerungen in beiden Fällen gleich sind. Das Anlagekapital, auf die gleiche Einheit bezogen, ist bei Gleisbahnen mindestens das 3fache; die Straßendecke wird bei gleislosen Wagen weniger stark in Anspruch genommen, wenn deren Konstruktion und

Gewicht der Fahrbahn angepaßt sind. Die Verkehrsbehinderung durch die Straßenbahn ist größer als die durch gleislose freifahrende Wagen. Gleislose Elektrokraftwagen verwandte besonders das italienische Heer während des Krieges; es errichtete eine ganze Anzahl Linien. Auch die Schweiz hat mit gutem wirtschaftlichen Erfolg Strecken mit gleislosen Wagen in Betrieb. Die gleislosen Bahnen der Städte New York und Bradford, die Virginia Railroad and Power Company in Detroit werden als Muster angesehen. Auch die Bahnen in Birmingham sind dazu zu rechnen.

**Großgüterwagen** In prinzipieller Weise untersucht Lauer in Kattowitz im Organ für die Fortschritte des Eisenbahnwesens die Frage der Wirtschaftlichkeit der Großgüterwagen und gelangt dabei zu dem Ergebnis: Großgüterwagen eignen sich nur für den Massentransport, der weniger als die Hälfte des gesamten Verkehrs ausmacht. In der Bauart ist ein 4achsiger Wagen für 40 Tonnen Ladegewicht und von mindestens 12 Meter Länge zu empfehlen, der für besondere Zwecke auch als Selbstentlader eingerichtet werden kann. Zur Beförderung solcher Wagen in Vollzügen mit 150 Achsen sind Lokomotiven mit mindestens 8 Treibachsen erforderlich. Vor Einführung der neuen Fahrzeuge müssen die Anlagen der Bahn und der angeschlossenen Werke in großem Umfang umgebaut werden. Die Großgüterwagen ermöglichen beträchtliche Ersparnisse im Betrieb. Ob die Vorteile für die allgemeine Wirtschaft überwiegen, hängt davon ab, ob ein rasch und billig arbeitendes Verfahren der Entladung eingeführt werden kann.

Die Frage betrifft nicht Deutschland allein sondern ganz Europa. Ergibt die nähere Prüfung, daß die Einführung 4achsiger Wagen für uns wirtschaftlich günstig ist, so werden auch die anderen Staaten nicht umhin können gleichartige Untersuchungen vorzunehmen. Dadurch würde ein Austausch der Erfahrungen und schließlich die Entscheidung darüber möglich werden, ob sich die in Amerika durchgeführte Vergrößerung der Fahrzeuge auch für Europa eignet.

**Eriekanal** Die Stammstrecke der Schifffahrtskanäle des Staates New York, die unter dem Namen Eriekanal bekannt ist, wurde in ihrem neuen Ausbau im Frühjahr 1918 vollendet. Der Kanal besteht im

wesentlichen aus der großen Stammlinie vom Eriesee bis zum Hudson, an die sich nach Norden und Süden einige Stichkanäle anschließen. Der erste Bau des großen Kanals im Jahr 1817 hatte die Abwanderung des Seeverkehrs von Philadelphia nach New York zur Folge, das sich nun zum Handelsmittelpunkt Amerikas entwickelte. Das neue Kanalnetz benutzte, soweit nur irgend angängig, die natürlichen Wasserläufe und kanalisierte sie; nur 30 % sind Landlinien. Man schätzt, daß durch den Kanal in New York allein 500 000 staatliche Güterwagen für andern Verkehr frei werden. Durch Versuchsfahrten wurde festgestellt, daß die Beförderung der Güter von Buffalo nach New York, die auf der Bahn in gewöhnlichen Zeiten durchschnittlich 11 Tage dauert, auf dem Kanal in 7 Tagen vor sich gehen kann. Auch für militärische Zwecke hat sich die Verbesserung des Kanals als wertvoll erwiesen, so daß damit die Beteiligung der Bundesregierung an der Verwaltung und dem Betrieb des Kanals begründet wird.

**Kurze Chronik** Die Verkehrstechnik, das Organ des Vereins deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen, erläßt das folgende **Preis Ausschreiben**: »Wie können Ersparnisse und Verbesserungen im Werkstättenbetrieb von Verkehrsunternehmungen in technischer wie organisatorischer Beziehung erzielt werden?« Als Endtermin der Einsendungen ist der 3. April 1922 festgesetzt worden. Es sind 3 Preise zu 4000, 2000 und 1000 Mark vorgesehen. ◊ Der seinerzeit von den Rumänen zerstörte **Donauübergang** im Zug der Eisenbahn Bukarest-Constanza, die insgesamt 4100 Meter lange Brückenanlage, darunter auch die von den Deutschen wieder instand gesetzte Brücke von Cernavoda, ist jetzt endgültig wieder fertiggestellt und dem Verkehr übergeben worden. ◊ Am 5. Dezember 1921 wurde feierlich die Einfügung des **Schlufsteins** in den 2. Stollen des **Simplontunnels** vorgenommen. ◊ Beim Ausbau des **Londoner Hafens** ist das große Albertdock jetzt fertiggestellt. Der gesamte Plan von 1909 sah eine Kostensumme von 14,5 Millionen Pfund vor, die sich natürlich jetzt noch sehr stark erhöht. ◊ Der Magistrat Berlin schloß mit der Hoch- und Untergrundbahngesellschaft einen Betriebsvertrag für die im Bau befindliche **Berliner Nordsüdbahn** ab. Danach übernimmt nach Fer-

tigungstellung die Hochbahngesellschaft auf 12 Jahre den Betrieb der Nordsüdbahn. Sie stellt das Personal, während die Stadt den Strom liefert. ◊ Die Aktiengesellschaft **Drahtloser Überseeverkehr** (Transradio) hat Anfang 1918 die Großfunkstation Nauen übernommen. Sie arbeitet im Verkehr mit Amerika mit der Radio Corporation of America. Diesen **Funkbetriebsgesellschaften** sind beiderseits die gleichen Rechte eingeräumt worden, wie sie die Kabelgesellschaften seit langem genießen. Die Funkgebühr ist zurzeit beträchtlich niedriger als die Kabelgebühr. Die Gesellschaft erhielt vom Reich eine 30jährige Konzession. Sie hat gleichzeitig die der Hochfrequenzmaschinenaktiengesellschaft Berlin gehörende **Großfunkstation Eilvese** übernommen, die nach dem Goldschmidtssystem arbeitet. ◊ Nach den **Schiffahrtsbestimmungen**, die von der Bundesregierung Australiens angenommen wurden, und die am 1. Oktober 1921 in Kraft traten, werden alle Schiffe, die mehr als 12 Passagiere an der australischen Küste befördern, gezwungen sein Einrichtungen für **drahtlose Telegraphie** an Bord zu führen. ◊ Die Post- und Telegraphenverwaltung von Uruguay hat zur Herstellung eines **unterirdischen Telefonsystems** eine Anleihe von 9 Millionen Dollars aufgenommen.

**Literatur** In den Mitteilungen des Südwestdeutschen Kanalvereins behandelt **Hermann Ehlgötz** das Thema **Siedelung und Wasserstraßen**. Als Beispiele für Siedelungen an einer Wasserstraße bespricht er das Rheinaugebiet, das 1896 bis 1901 oberhalb Mannheims geschaffen worden ist. Diese Siedelung könne allerdings nur ihrer technischen Anlage nach als gut bezeichnet werden, während sie städtebaulich alles zu wünschen übrig lasse. Durch die Rhein-Neckar-Donau-Verbindung wird es, wie durch jede neue Wasserstraße, möglich die Industrie zu dezentralisieren, die Industriearbeiterschaft gesund und in weitem Raum unterzubringen und eine gegenseitige Ergänzung von Landwirtschaft und Industrie herbeizuführen. Die erste vorbereitende Aufgabe ist die Planung der Umschlagufer, Umschlaghäfen, Industrieufer, Bahnanschlüsse und Wohnsiedelungen. Wie sich im einzelnen solche Planung durchführen läßt, zeigt der Autor an den Nachbardörfern Neckarelz und Diedesheim, für die ein eingehender Ortsbauplan nach allen notwendigen Gesichtspunkten wiedergegeben wird.